

ZEHN großartige? beschauliche? verlorene? erfolgreiche? anstrengende? lustige? JAHRE

Umweltbewegung in den neuen Bundesländern

Gemeinsame Ausgabe
der Umweltzeitungen

ALLIGATOR
KREUZBUND DER NEUEN LIGA e.V.

DER RABE RALF
Umweltabhängiges Monatsblatt Februar 00

Briefe
zur Orientierung im Konflikt Mensch - Erde

GrünDerZeit
Lebenskultur • Stadtpolitik • Projekte • Ideen

Reizzwecke
Zeitschrift für Thüringen 7. Jahrgang

KURT
die leipziger umweltzeitschrift

calendula
hallesche umweltblätter

Libell
LIGA

pro terra



10 Jahre – (k)ein Grund zum Feiern?

von Oliver C. Pfannenstiel und Matthias Bauer

Zehn Jahre Umweltbewegung in den neuen Bundesländern – ein Grund zum Feiern? Als Umweltaktive werden wir immer wieder gefragt, ob sich die ökologischen Zustände in den neuen Ländern in den letzten zehn Jahren verbessert haben. Unterschwellig verbirgt sich hinter dieser Frage ein Systemvergleich zwischen der DDR und der Bundesrepublik, zwischen westlicher Überflusgesellschaft und ostdeutscher Warteschlangenwirtschaft.

Die Frage hat auch heute nichts an Bedeutung verloren. Sie weist darauf hin, dass viele auch mit dem westlichen System unzufrieden sind und ein Bedürfnis nach gesellschaftlicher Veränderung verspüren.

Woran messen sich Veränderungen der Umweltsituation der vergangenen zehn Jahre? Sind viele Autos mit Katalysator „umweltverträglicher“ als wenige Trabis? Sind höhere Abfallberge „bes-

ser“ als eine Schwefeldioxid-reiche Luft? Sind weniger belastete Flüsse „sauberer“ als der Einsatz von Gentechnologie?

Die Probleme liegen heute anders. Umweltzerstörungen werden weniger wahrgenommen, finden ebenso in anderen Ländern statt, werden von sozialen Fragen überlagert. Ökologisches Engagement ist sehr viel schwieriger geworden als kurz nach der Wende. Doch viele Umweltbewegte – nicht alle – blieben sich treu, auch wenn die großen Erfolge ausblieben. Wer gestern bei „Mobil ohne Auto“ engagiert war, fordert heute mehr Tempo-30-Zonen; wer vor zehn Jahren gegen die Braunkohlekraftwerke eintrat, protestiert heute gegen den billigen Atomstrom; wer damals für die Einrichtung von Naturschutzgebieten gekämpft hat, demonstriert nun gegen den Bau gigantischer Einkaufszentren auf der grünen Wiese.

Auch die „Gegner“ haben sich geändert. Wandten sich die Umweltbewegten damals vor allem gegen die ignorante Parteibürokratie, so geht es heute auch um die eigenen Autos, Flugreisen, Abfallberge und die Billigprodukte aus Übersee. Und das auch noch unter „spezifisch ostdeutschen Bedingungen“: Arbeitslosigkeit, Demokratiedefizit, Minderwertigkeitsgefühle, Zukunftsangst. Kann es ein richtiges Leben im „falschen“ geben?

Mit all diesen Problemen ist die Umweltbewegung in den neuen Bundesländern aufgewachsen. Im Vergleich zu ihrem westlichen Pendant ist sie überwiegend basisdemokratisch und autonom in Projekten engagiert und verfügt nur über wenig Medienmacht. Verbände wie BUND oder NABU haben zwar auch im Osten Mitglieder und sind in den Medien präsent, dafür aber weniger vor Ort verwurzelt. Gerade hier liegt der Schwerpunkt der GRÜNEN LIGA – als Netzwerk ökologischer Bewegungen und größter ostdeutscher Umweltverband. Ihr Motto „Visionen haben, Netzwerk knüpfen, Handeln anregen“ ist auch im Jahr 2000 höchst aktuell.

Umweltzeitungen – zeitgemäß?

Umweltinformationen waren in der DDR Staatsgeheimnis. Nach der Wende wurden in vielen Städten Ostdeutschlands Umweltzeitungen gegründet. Heute halten sie sich trotz ihrer brisanten Themen gerade so am Leben (oder auch nicht) und genießen nur wenig öffentliche Beachtung. Mitunter fragen sich die Redakteurinnen und Redakteure: Ist das Thema Umwelt überhaupt noch zeitgemäß? Einige Zeitungen haben mit Kooperationsprojekten oder themenübergreifenden Ansätzen experimentiert – mit unterschiedlichem Erfolg.

Die vorliegende Publikation ist eine gemeinsame Ausgabe mehrerer Umweltzeitungen aus den neuen Bundesländern. Sie will einen kurzen Überblick über dortige Befindlichkeiten, Erfahrungen und konkrete Projekte zwischen 1989 und 1999 geben. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern ist eher ein Ausschnitt aus einem großen Puzzle. Die Gewichtung der Beiträge in den einzelnen Ländern ergibt sich aus der Schreibfreudigkeit und lässt nicht unbedingt Rückschlüsse über das Maß der Aktivitäten vor Ort zu. Vielen Dank an alle Autorinnen und Autoren!

Wir hoffen, mit der vorliegenden Auswahl einen Anstoß zu einer Auseinandersetzung über Geschichte, Inhalte und Perspektiven von Umweltschutz in den neuen Bundesländern auszulösen. Vielleicht wird sie in den Umweltzeitschriften weitergeführt.

Übrigens: Die beteiligten Redaktionen versenden gern kostenlose Probeexemplare ihrer Zeitungen.

Inhalt

Interview mit Klaus Schlüter: 10 Jahre Umweltbewegung	3
Zehn Jahre später: Wendevertier Natur	5
Gespräch mit Carlo Jordan: Das Grüne Netzwerk Arche	7
Michael Succow im Gespräch: Junge Leute aufs Land!	8
Diskussion: Strategien der Umweltbewegung	10
Aktion: Der Berliner Reichstag als Müllverbrennungsanlage	12
Umweltbewegung und Bürgerbeteiligung	14
Muss Umweltschutz Selbstausbeutung sein?	15
Nachhaltige Regionale Entwicklung	16
Umweltberatung – eine Sisypusarbeit	17
Grenzüberschreitende Umweltschutzarbeit in Osteuropa	18
Jugendseiten	20
Leidet die Umweltbewegung an Altersschwäche?	22
Kirchliches Umweltengagement: David statt Goliath	24
Sachsen: Utopien gemeinsam ausprobieren	26
Bürgerinitiativen gegen Gesteinsabbau	27
Löwen in Leipzig?	28
Thüringen: Bunte Menschen mit grünen Herzen	29
Sachsen-Anhalt: „Wir machen trotzdem weiter!“	30
Verkehrs-Rückschau: Mit Vollgas in den Stau	32
Der Weg zum Handeln führt durch die Umweltbibliothek	34
Mecklenburg-Vorpommern: Nächster Castor nach Greifswald	35
Brandenburg: Rollback – und neue Chancen	36
Umweltkreis Menz: Aus der Kirche ins Dorf	38
Berlin: Geburtstagstorte	39
Lasst den Flüssen ihren Lauf	40
Verbändekooperation zum Nutzen der Umwelt	42
Tolle Orte: Kinder und Jugendliche in die Natur!	44
Vom Wassertest zum Kompostklo	46
Impressum	47
Umweltadressen	48

„Das Leben ist immer lebensgefährlich – aber es macht Spaß!“

Interview mit Klaus Schlüter, einem Protagonisten der ostdeutschen Umweltbewegung

Klaus Schlüter ist ein hochgewachsener, sportlicher Mensch mit einer aufgeschlossenen Art. An der verheißungsvollen Konsumwelt findet er wenig Interesse. Das, was er zum Leben benötigt, lässt sich mühelos in einen kleinen Rucksack packen. Am liebsten bewegt sich der Ehemann und Vater von drei erwachsenen Kindern in der freien Natur.

Er wurde 1939 im Kreis Bad Doberan geboren, hat 1958 in Schwerin Abitur gemacht und dann Vermessungsfacharbeiter gelernt. 1960 wurde er wegen „aktiver Beteiligung an einer aufrührerischen Zusammenrottung“ zu acht Monaten Gefängnis verurteilt und danach „in die Produktion versetzt“. Später studierte er an der TU Dresden Geodäsie und arbeitete 20 Jahre lang in der EDV-Projektierung und Programmierung.

Klaus Schlüter gründete die Fachgruppe Stadtökologie Schwerin und ist Mitbegründer der GRÜNEN LIGA. 1989 nahm er für diese am Zentralen Runden Tisch teil und wurde 1990 in der Regierung Modrow zum Minister ohne Geschäftsbereich ernannt. Von 1991 bis 1994 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Umwelt beim Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Klaus Schlüter ist seit 1990 Vorstandsvorsitzender der GRÜNEN LIGA. Mit ihm sprach Oliver C. Pfannenstiel.

Guten Tag, Klaus Schlüter. Seit wann bist du in der ostdeutschen Umweltbewegung engagiert? Gab es einen Stein des Anstoßes für dein Engagement?

Einen konkreten Anstoß gab es nicht. Mein Engagement lässt sich eher über mein Umfeld beschreiben, in dem ich gelebt habe. Ein wichtiger Anstoß war, dass ich zumindest bis zur Bodenreform auf einem Bauernhof aufgewachsen bin. Ich habe mich außerdem seit meiner Jugend im Naturschutz, in der Ornithologie und später im Umweltschutz sowie in der Stadtökologie engagiert.

Lässt sich die DDR-Umweltbewegung in wenigen Sätzen charakterisieren?

Ich versuche es: jegliche Wirkungsmöglichkeiten und Informationen waren vom Staat eingeschränkt. Die praktische Naturschutzarbeit war auf ehrenamtlicher Basis gut möglich. Es existierten vielfältige Initiativen mit Gleichgesinnten innerhalb der Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) und der Kirchen.

Gab es auch Publikationen, Anlaufpunkte und überregionale Treffen? Wie war das Verhältnis zu anderen Oppositionsgruppen?

Gegen Ende der DDR haben sich die Stadtökologie-Fachgruppen in der GNU vernetzt. Dort gab es einen Austausch von Informationen und „unerwünschter“ Literatur. Weiterhin arbeiteten sie örtlich mit den Kirchengruppen zusammen.

Was waren deren Schwerpunktthemen? Gab es von offizieller Seite auch eine Lobby für bestimmte Umweltbelange oder haben sich die Regierenden möglichen ökologischen Verbesserungen verschlossen?

Schwerpunkt war die Umweltsituation in der DDR: Sie beinhaltete die SO₂- und Staub-Belastung aus der Braunkohle-Energiegewinnung, den Betrieb veralteter Industrieanlagen – insbesondere im Chemiebereich mit starker Schadstoffbelastung in Wasser und Luft. Weiterhin engagierten wir uns gegen die Verschmutzung der stehenden und fließenden Gewässer durch Nähr- und Schadstoffe – aber auch gegen Atomenergie, für Verkehrsberuhigung und für die Freigabe von Umweltinformationen.

Die alten Herren im ZK der SED ignorierten Umweltprobleme. Vielmehr wurde „Ökologie“ als ein Reizwort aus dem Westen wahrgenommen. Unterstützung kam einzig von internationalen Gremien und engagierten Einzelpersonen in Kulturbund und der Kirche. Da die DDR nur ihre internationale Anerkennung durchsetzen konnte, indem sie auch auf ökologische Belange wie z.B. die Verschmutzung der Elbe einging, erhielten wir als Umweltbewegung eine unerwünschte, aber tolerierte Existenzberechtigung. Wir bewegten uns also in einer Grauzone zwischen staatlicher Duldung und kriminalisiertem Protest.



Foto: privat

Wie seid ihr damals in Eurer Gruppe mit der Staatsicherheit umgegangen? Welches Interesse hatte die Stasi an der Umweltbewegung? Verbuchte sie mit ihren Aktionen Erfolge?

Mit der Stasi hat man sich in der DDR abgefunden. Ich hatte nach meiner Verurteilung 1960 keinerlei Illusionen, aber auch wenig Ängste. Teilnehmerlisten von Umweltveranstaltungen und Diskussionen wurden stets der Stasi hinterbracht. Mit Gleichgesinnten konnte ich mich frei unterhalten.

Erfolge? Die Stasi war „fleißig“, aber nicht so wirksam. Außerhalb der DDR war sie wohl wesentlich wirksamer. Über die Jahre entwickelte man in seinem Freundeskreis ein Gespür, wer als Umweltbewegter eklatante Widersprüche lebte, ohne sie zu problematisieren. Vor derartig zwiesgespaltenen Persönlichkeiten war ich auf der Hut.

Mit dem Fall der Mauer ist der Grad an Umweltverschmutzung gestiegen. Sicher war die DDR kein Ökotoxia. Doch die Müllberge sind mit dem Konsum gewachsen und fast jeder besitzt heute ein Auto. Der Autobahnbau wurde forciert. Das Thema Ökologie wird vielerorts zugunsten der Arbeitsplatzdiskussion fallengelassen. Habt ihr eine derartige Entwicklung in der Wendezeit schon geahnt oder ist sie über die DDR-Umweltbewegung hereingebrochen?

Wir waren überrascht vom Fall der Mauer und daher schlecht vorbereitet auf die Wende. Und doch hatten wir ein wenig Demokratie und freie Diskussion innerhalb der Kirche und auch in der GNU

geübt. Wo wir stark waren, z.B. im Naturschutz, haben wir durch viel Eigenarbeit große Erfolge erreicht - siehe das 1990 verabschiedete Nationalparkgesetz. Verbesserungen gab es auch in den Bereichen Wasser und Luftreinhaltung sowie bei der SO₂-Bilanz.

Über die ökologischen Zustände im Westen haben wir einiges über das Westfernsehen erfahren. Aber solange wir es nicht vor Ort miterlebt hatten, wie zum Beispiel das riesige Verkehrsaufkommen, blieb es für uns nur theoretisch und abstrakt.

Gab es Ende 1989 mit dem Mauerfall Hoffnungen auf eine ökologische Wende? Wenn ja, existieren sie heute noch, insbesondere mit dem „neuen System“?

Wer im Umweltschutz engagiert ist, lebt unter anderem von großen Niederlagen und kleinen Erfolgen. Das ist eben so geblieben. Unsere wichtigsten Forderungen für das eigene Land – Senkung von Emissionen, Gewässerreinhaltung und Umweltinformationen – sind erfüllt. Wir sind aber viel mehr als zu DDR-Zeiten an den weltweiten Umweltproblemen beteiligt: Unterernährung, Wüstenbildung, Abholzung des Regenwaldes, Artensterben, Überfischung der Meere, Gifteinsatz in Entwicklungsländern. Unsere Hoffnungen relativieren sich, weil uns die Komplexität dieser Probleme schlichtweg überfordert.

Gibt es ein Umwelt-Thema, das in den neuen Bundesländern gegenüber den alten eine ganz besondere Relevanz besitzt? Hat die Umweltbewegung im Osten andere Themen?

Viele Themen sind relativ neu für uns und sie haben sich angeglichen. So hatte der Verkehr keinen so großen Stellenwert wie heute. Das höchste Verkehrsaufkommen in der DDR gab es auf den Transitstrecken nach Berlin. Ebenso sind wir heute mit unsinnigen

Großprojekten wie dem Transrapid, der Gentechnik, den – in Ostdeutschland längst stillgelegten – Atomkraftwerken sowie internationalen Verflechtungen der Umweltzerstörung konfrontiert. Speziell ostdeutsche Themen waren und sind beispielsweise die Entsorgung von DDR-Altlasten, der Boom an Müllverbrennungsanlagen und der Braunkohleabbau.

Woher hat die GRÜNE LIGA ihren Namen? Hat er etwas mit der grünen Bewegung im Westen zu tun?

Nein. Ebenso wenig lehnt er sich an die grüne Partei an. Dieser Verwechslung begegnen wir häufig. Wir werden heute von deren Negativimage in den neuen Bundesländern beeinflusst: Bei uns rufen die Leute an und beschweren sich.

Der Name kam folgendermaßen zustande: Grün stand für die Hoffnung und für Natur. Der Begriff Liste erinnerte uns zu sehr an Partei. In einer Liga spielen unterschiedliche Teams miteinander. Das ist einer der Gründe, warum wir diesen Namen wählten.

Wie ich neulich mitbekommen habe, gibt es auch im rechtsextremen Lager „Ligen“. Von denen wollen wir uns natürlich erst recht distanzieren. Ich muss anmerken, dass wir nicht viel Zeit für die Namensgebung hatten, da es damals dringendere Themen gab.

Besser als in dem Namen GRÜNE LIGA wird der Inhalt im Beinamen „Netzwerk ökologischer Bewegungen“ deutlich.

Was unterscheidet die GRÜNE LIGA von anderen Umweltverbänden wie BUND, Greenpeace, WWF, Robin Wood oder NABU?

Die GRÜNE LIGA ist ein ostdeutscher Umweltverband. Wir haben fast ausschließlich aktive Mitglieder, die an der Basis in Gruppen arbeiten. Mit verschiedenen Themen sind wir oft zeitlich begrenzt. Wir haben es von Anfang an abgelehnt, Mitgliedschaften ohne Engagement zu verwalten. Das erinnerte uns an FDJ-, Pionierorganisations- oder SED-Zeiten, in denen passives Mitmachen gefragt war. Wir wollen Selbstverwaltung statt Management und Eigeninitiative statt Bevormundung. Ich glaube, wir unterscheiden uns in dieser Hinsicht in vielen Punkten von den „westdeutschen“ Verbänden.

Aus der Wendezeit gibt es kaum mehr nennenswerte Gruppen und Organisationen aus den neuen Bundesländern. Scheinbar sind sie von den Verheißungen des Westens verschluckt worden. Ist die GRÜNE LIGA eine vom Aussterben bedrohte Spezies?

Wir bestehen seit zehn Jahren. Das gelang nur wenigen von damals - z.B. der Volkssolidarität und dem Anglerverband. Die deutsche Einheit als Anschluss oder Beitritt machte es politisch und gesellschaftlich schwer, neue Wege zu gehen. Unser Ansatz mit dem Themenkreis Umwelt und Entwicklung und die Organisation als Netzwerk hat Zukunft.

Die GRÜNE LIGA hat einen stark regionalen Netzwerkcharakter. Hat sich diese Struktur bisher bewährt?

Ja, viele Menschen sind gerade wegen dieser Strukturen Mitglied in der GRÜNEN LIGA. Ich sehe dazu keine Alternative, das weiterzubringen, was wir angefangen haben und was sich vor 10 Jahren in der LIGA manifestiert hat.

In welchem Verhältnis stehen soziale Belange zu ökologischen Themen?

Soziale Belange stehen oft im direkten Zusammenhang mit ökologischen Problemen. Innerhalb der GRÜNEN LIGA werden neue Formen des Zusammenlebens unter besseren ökologischen Bedingungen ausprobiert.

Im Westen hat die Frauenbewegung die ungleichen Geschlechterverhältnisse thematisiert. Auch die dortige Umweltbewegung hat sie beeinflusst – z.B. paritätische Besetzung von Gremien, Kritik an männlich dominierten Inhalten. Im Bundesprecherrat der GRÜNEN LIGA ist nur eine Sprecherin vertreten. Setzt ihr euch mit diesen Problemen auseinander?

Dieses Thema hatte in der DDR nie eine solche Bedeutung wie im Westen gehabt. Das hing unter anderem mit der Rolle der Frauen in Arbeit und Gesellschaft zusammen. Zu Konflikten hat es in der Art meines Wissens nie geführt. Beispielsweise hatten wir fast ausschließlich Frauen als Bundesgeschäftsführerinnen. Kritik, falls es sie gibt, sollte im Konkreten von Frauenseite aus kommen.

Ökologische Arbeit lebt auch vom Protest gegen behördliche Umweltpolitik. Wer „unbequem“ wird, gerät in den Zuständigkeitsbereich des Staates – siehe Anti-Castor-Bewegung oder Anti-Gentech-Aktionen. Ist die ostdeutsche Umweltbewegung „zahm“ geworden oder kann man hier Vergleiche mit der Zeit vor 1989 ziehen?

Nur auf Provokation zu setzen ist eingleisig. Die GRÜNE LIGA ist vielgleisig und es gehört bei uns dazu, unbequem zu sein. Protest

Fortsetzung Seite 5 unten



Foto: Archiv

Wendeverlierer Natur

Im Osten gehen Tier- und Pflanzenarten dramatisch zurück

von Klaus Hart

Vierzig Jahre rücksichtsloser SED-Planwirtschaft haben der ostdeutschen Natur und Umwelt schwerste Schäden zugefügt. So hieß es nach 1989 fast einhellig, und PolitikerInnen wie die vormalige CDU-Bundesumweltministerin Angela Merkel betonten, die neuen Bundesländer sollten möglichst rasch und mit großem Mitteleinsatz an das weit höhere ökologische Niveau im Westen angepasst werden.

Zehn Jahre nach der Wende stellt sich heraus, dass das Übertragen bundesdeutscher Umweltpolitik auf den Osten dort Flora und Fauna keineswegs zum Aufblühen gebracht hat. Wie Fachleute aus Landesumweltministerien und Naturreservaten betonen, zählten nicht wenige Arten eindeutig zu den „Verlierern der Einheit“ und gingen teils dramatisch zurück. Das Ausweisen neuer Schutzgebiete als ein zunächst nur formaler Akt garantierte nicht automatisch die Zunahme bedrohter Arten, heißt es.

Naturschutz sei nicht leichter, sondern eher schwieriger geworden, sagen frühere Umweltaktivisten, die sich in der DDR mit dem System anlegten, nach der Wende in Ämter und Behörden aufrückten und dort heute „Berufsnaturschutz“ betreiben. Viele von ihnen sind mittlerweile frustriert und sehen sich „am Gängelband von Politik und Wirtschaft“. Eingebunden in den Verwaltungsapparat, können sie längst nicht mehr fordern, was sie sich früher vorstellten – und realisieren schon gar nicht.

„Eigentliche Wendegewinner gibt es nicht, weder bei Tieren noch bei Pflanzen, ebenso wenig einen positiven Bestandstrend“, konstatiert Dr. Frank Zimmermann, zuständiger Referatsleiter im Landesumweltamt Brandenburg. „Ein Erfolg bundesdeutscher Umweltpolitik lässt sich im Artenbestand und bei den Biotopen überhaupt nicht feststellen.“ Die Bestandsentwicklung sei schließlich ein Anzeichen für den ökologischen Zustand einer Region.

Dass manche Arten, wie Fisch- und Seeadler, zunehmen, so Zimmermann, sei lediglich die Fortsetzung eines Trends aus der DDR-Zeit, der sich durch Nachwende-Faktoren teilweise sogar verlangsame. Deutlich bis extrem zurückgegangen sind dem Biologen zufolge Greifvögel wie der einst so häufige Bussard, aber auch Milan, Habicht und Weihe. „Ziemlich katastrophal“ sehe es bei Bodenbrütern offener Landschaften, darunter Kiebitz, Rebhuhn, Bekassine und Rohrdommel, aus. Gleiches gelte für den auf einem „Tiefststand“ angelangten Schwarzstorch oder den für die Milane wichtigen Feldhamster. In den Sanierungsgebieten der Städte geht allein der Vogel- und Fledermausbestand bis zu neunzig Prozent zurück. Auch die neue Umweltpolitik hat es nicht verhindert.

Dennoch, so hebt der Referatsleiter hervor, sind Flora und Fauna des Ostens weiterhin vielfältiger und gesünder als in Westdeutschland. Kurz nach der Wende hatte das ein OECD-Gutachten be-

Fortsetzung Seite 6



Roter Milan

Foto: NABU

Fortsetzung von Seite 4

in unterschiedlichsten Formen gibt es heute noch und wir arbeiten nach wie vor an der Basis – vielleicht nicht immer so spektakulär.

Wie kann ein Umweltverband ökologischen Protest aufrecht erhalten, der einen Großteil seiner Stellen aus Staatsgeldern finanziert? Sind hier die Umweltverbände nicht unglaublich mit ihrer Politik?

Einerseits sind es ja auch unsere Steuergelder, andererseits ziehen wir keinerlei Vorteile aus unserer §29-Umweltarbeit. Wir sind z.B. über die Beteiligungsregelungen fest eingebunden, da ist es unstrittig, dass wir auch Gelder hierfür bekommen.

Haben in den neuen Bundesländern die hohe Arbeitslosigkeit und das steigende Konsumverhalten als „Westimporte“ zu einer Abkehr von Umweltthemen beigetragen?

Das Interesse war nie groß. Nicht in dem Maße. Sicher hat das Umweltbewusstsein enorm nachgelassen. Die sozialen Rahmenbedingungen sind härter geworden, die Menschen machen sich mehr Gedanken um ihre Arbeitsplätze bzw. ihre Arbeitslosigkeit. Außerdem steht heute mehr die Frage im Vordergrund, was jemand im Gegenzug dafür bekommt, wenn er Umweltschutz leistet. Das Problembewusstsein und die Eigeninitiative hat auf Kosten der sozialen Frage und der Konsumgüter nachgelassen.

Unsere Zeit ist schnelllebig und technikgläubig. Die globale Umweltzerstörung lässt kaum mehr hoffen, dass die Menschen umzudenken beginnen. Macht- und Warenfetischismus auf der einen Seite sind verknüpft mit Umweltzerstörung und sozialem Elend auf der anderen. Was kann die GRÜNE LIGA den Menschen bieten, um aus diesem Teufelskreis herauszukommen?

In erster Linie Hoffnung, dass es Menschen gibt, die versuchen, etwas zu ändern. Weiterhin unser Angebot, bei uns mitzumachen, und das recht selbstständig und vielfältig.

Willst du zum Schluss noch ein Leitmotiv, ein Zitat oder ein paar Worte an die Leserinnen und Leser loswerden?

Da gibt es bekannte Worte von Luther über den zu pflanzenden Apfelbaum, von Goethe über die Weitergabe des Ererbten bis dahin, dass wir unsere Erde nur geliehen haben und sie unseren Kindern besser übergeben sollten. Ich habe drei Kinder, mir macht die Umweltschutzarbeit, genauer die Naturschutzarbeit, Spaß. Es wäre schön, wenn für sie und viele andere die Erde lebenswert bleibt. Aber abschließen will ich mit Erich Kästner: „Seien wir ehrlich: Leben ist immer lebensgefährlich.“

Vielen Dank für das Interview.

scheinigt – die industriellen Ballungszentren ausgenommen. So brüteten vor zehn Jahren in der DDR über 2500 Storchpaare, im dreimal größeren Bundesgebiet aber nur 600. 1989 zog im Westen kein einziges Fischadlerpaar mehr Nachwuchs auf, im Osten waren es über 200. Zimmermann sieht dies vor allem als einen Erfolg der ehrenamtlichen DDR-Naturschützer, die über Jahrzehnte ein dichtes Betreuernetz entwickelten. „Da ist natürlich nach der Wende eine ganze Menge weggebrochen.“ Als „absolutes Blech“ bezeichnet er Politikersprüche von der ökologischen Anpassung des Ostens: „Wir hatten eine gute, fortschrittliche Naturschutzgesetzgebung. Horstschutzzonen für Greifvögel wurden in Mitteleuropa zuerst von der DDR eingerichtet, lange vor der Bundesrepublik. Damit wurden große Erfolge erreicht – und auch eine allgemeine Akzeptanz.“

„Der Zuwachs wird totgefahren“

Die neue Umweltpolitik nach der Wende machte mit vielem davon Schluss. Das „Volkseigentum“ Wald wird zunehmend privatisiert. Neue Besitzer fällen sogar Horstbäume, trotz brütender Greifvögel. Die Wälder werden gesetzwidrig mit Kraftfahrzeugen befahren, Polizei und Förster schreiten gewöhnlich nicht ein. Tiere werden wie nie zuvor bei der Nachwuchsaufzucht gestört oder davon abgehalten. Politik und Behörden lassen zu, dass Umweltstraftaten als Kavaliersdelikt gelten und stark anwachsen. „Was bekannt wird,“ weiß Zimmermann, „ist oft nur die Spitze des Eisbergs. Viel mehr passiert im Dunkeln, gerade bei Greifvögeln: Ausnahmen von Gelegen, Aushorsten von Tieren. Auch die Landschaft wird wieder stärker chemisiert.“

Dazu kommen die enorm gewachsenen Verkehrsprobleme. In der DDR wurden Personen und Fracht größtenteils über die umweltfreundlichere Schiene transportiert. Nach der Wende stellte man zur Freude der Autokonzerne zielstrebig auf die Straße um und machte Bahnfahren durch starke Preisanhebungen unattraktiv. Wertvolle Naturräume werden erstmals durch Verkehrswege zerschnitten. Die technisch größtenteils durchaus vermeidbaren Tierverluste an Straßen sind erschreckend in die Höhe geschwellt: „Eine ganze Reihe von Arten leiden ganz massiv unter dem zunehmenden Straßenverkehr nach der Wende“, meint Zimmermann. Als Beispiel nennt er den Fischotter: „Der Zuwachs wird totgefahren.“

Wenn der Storch das Auto beschützt

Auch andere Gründe für den Arteneinbruch nach 1989 sind bekannt, ohne dass die Politik angemessen reagiert. Der Nutzungsdruck auf der Landschaft, der Flächenverbrauch und die Bodenversiegelung haben stark zugenommen, desgleichen die Müllberge.

Die Nachwendebilanz von Paul Sömmer, Greifvogelexperte der Naturschutzstation Woblitz, klingt ebenfalls wenig optimistisch: „Fakt ist, dass die Großtrappe aussterben wird. Man ist dabei, fast alle Vogelarten des Offenlandes auszurotten oder an den Rand des Abgrunds zu bringen. In Brandenburg ist der Feldhamster so gut wie ausgestorben, in Sachsen-Anhalt ging er nach der Wende dramatisch zurück, als Folge ebenso der Rotmilanbestand. Eine Art nimmt immer mehrere andere mit „Den starken Rückgang von Saatkrähe oder Kiebitz hält er ebenfalls für ein Nachwende-Problem. „Heute hat jeder Depp eine Waffe und ballert damit herum. Sogar Adler werden abgeschossen, die früher tabu waren.“

Nicht nur die Umweltpolitik änderte sich, auch das Umweltverhalten der Bevölkerung. „Die Akzeptanz gegenüber Mitgeschöpfen“,

so Sömmer, „hat sich seit 1989 verschlechtert. Die Intoleranz wird immer größer. „Von denen, die in Woblitz wegen Störchen anrufen, sähen fast fünfzig Prozent nur Probleme: „Der klappert zu laut, kackt aufs Auto – das wurde früher einfach toleriert. Da gab es nicht diesen absurden Ordnungsfimmel.“ Die Leute störten sich heute selbst an Schwalbennestern. „Die werden einfach runtergeworfen.“

Die oft erschreckend sterilen, aseptischen Dörfer Westdeutschlands gibt es jetzt auch im Osten. Vor dem sanierten Gebäude muss auch der Garten so aussehen wie in der Baumarktwerbung. So verschwinden Wildkräuter ebenso wie undiszipliniert wachsendes Gesträuch, in dem sich früher Nachtigallen und Igel tummelten.

Erschreckende Naturentfremdung

Sömmer's Kollege Torsten Langgemach, Leiter der Vogelwarte Buckow, zählt Bodenbrüter zu den „Verlierern der Einheit“. Ständig würden absurde Fehlurteile propagiert, mit fatalen Folgen. Obwohl Greifvögel deutlich zurückgingen, werde das Gegenteil behauptet. Inzwischen gebe es sogar Forderungen, sie zu bekämpfen, neuerdings auch in Ostdeutschland. Dies werde auch schon getan – illegal.

„Jetzt ziehen wieder große Schwärme durchs Land, und die Leute sagen, Vögel gibt's doch genug“, erzählt Langgemach ironisch. Dabei sehe kaum einer, dass es sich, wie beim Kiebitz, kaum um heimische Brutvögel, sondern eher um nach Westen ziehende Scharen anderer Länder handle.

Auch in der Vogelwarte wird eine erschreckende Naturentfremdung als Wendefolge konstatiert, gerade bei Jugendlichen: „Wir hatten in unserer Naturschutzstation viele Oberstufenklassen, die noch nie einen Weißstorch gesehen haben und angesichts unserer Pfleglinge aus allen Wolken fielen“, berichtet Langgemach. „Was ist'n das, das ist ja noch ein Storch!“ – Die denken, das wäre was Archaisches, obwohl doch auf dem Land überall welche sind.“ Das neue Schulsystem versage hier offenbar. Auch die Naturschutz-Arbeitsgemeinschaften, die früher an den Schulen ständig junge Leute an den Naturschutz heranführten, seien abgeschafft worden.

„Praktischer Naturschutz ist schwieriger geworden“

„Schüler-AGs“, erinnert sich auch Frank Zimmermann, „haben sich in der DDR auch stark um Amphibiengewässer gekümmert, Zäune gebaut, Frösche und Kröten über die Straßen getragen.“ Ihr Fehlen spürt man überall. „Wir kriegen heute keinen Nachwuchs mehr“, sagt der Westberliner Biologe Wolfgang Mädlow, NABU-Geschäftsführer in Brandenburg.

Noch besser vergleichen kann Dr. Horst Zimmermann, einst Bezirks-Naturschutzbeauftragter in Schwerin, heute Referatsleiter Naturschutz im dortigen Umweltministerium. Auch er bestätigt den teils drastischen Artenrückgang. „Alles ist schwieriger geworden. In der DDR gab es weniger Verfehlungen, der praktische Naturschutz war einfacher und funktionierte gut.“

Und die Grünen? Fragt man heute im Osten nach ihrer Rolle im Naturschutz, bekommt man oft ein bitteres Lachen zu hören. „Die sind gar nicht kompetent. Sie interessieren sich nicht für den dramatischen Artenschwund“, heißt es dann. Die ostdeutschen Naturschützer sind gespannt, mit welchen Projekten Umweltminister Jürgen Trittin den Artenrückgang stoppen will.

Der Autor ist freier Journalist mit den Schwerpunkten Umwelt und Entwicklung und lebt in Berlin.

„Sich zu wehren war wichtiger als Schuldige zu suchen“



Gespräch mit Carlo Jordan

Wie ist das Netzwerk Arche entstanden? Was waren Eure Ziele, und was wurde erreicht?

Die Arche ist 1987/88 entstanden als Versuch, zum ersten Mal ein DDR-weites Netzwerk von Umweltgruppen aufzubauen. Schon früher gab es Vernetzungsdiskussionen, und natürlich war das sehr umstritten, weil besonders Umweltgruppen in Sachsen annahmen, wir würden sie der Stasi ausliefern, indem wir eine landesweite Organisation entwickeln.

Es gab zwei Grundideen, nämlich zum einen, nicht zentralistisch, sondern föderalistisch zu strukturieren und nach dem Vorbild des „Europa der Regionen“ auch in Ostdeutschland die alten regionalen Identitäten wieder aufzugreifen und mit dieser Umweltsarbeit ein neues „umweltdefiniertes Heimatbewusstsein“ zu entwickeln; zum anderen ging es um Aufklärung über die ökologische Krisensituation in der DDR. Dieses Netzwerk verstand sich als Organisation, aber als offene Organisation. Viele Leute bewegten sich im Umfeld der Arche, wurden aber erst formal Mitglied, wenn sie dieses „ökologische Bekenntnis“ unterschrieben. Erst dann hatten sie Stimmrecht.

Die Struktur orientierte sich an den jetzigen Bundesländern und an den kirchlichen Strukturen, weil die Ländergliederung im Osten Deutschlands in den Strukturen der evangelischen Kirche überdauerte, die nie die zentralistischen Bezirksstrukturen der DDR übernommen hat. Viele haben schon vergessen, daß die DDR ja analog der Sowjetunion in 15 Bezirke gegliedert war. Diese Bezirke lagen nicht kongruent zu den alten Ländergrenzen und zerstörten auch regionale Mentalitäten, die jetzt wieder eine größere Rolle spielen.

Bei der ökologischen Aufklärungsarbeit ging es darum, phänomenologisch heranzugehen, zu beschreiben, was passiert. Vieles war bekannt, aber nicht erkannt. Ein wichtiges Medium damals war die Herausgabe von halblegalen, sogenannter Samisdat-Literatur.

ARCHE NOVA

Die Zeitung „Arche Nova“ setzte im Gegensatz zu den „Umweltblättern“ auf wissenschaftlich begründete, reportageartige Schilderungen der Krisengebiete. Dazu kam das damals relativ neue Medium Videofilm. Wir haben über die ökologischen Katastrophengebiete der DDR Filme gemacht, die damals Millionen von Leuten gesehen haben. Der Bitterfeld-Film ist wohl der bekannteste.

Auffällig ist dabei, dass keine Menschen gezeigt werden. Die Umweltzerstörung wurde wissenschaftlich genau analysiert und mit beeindruckenden Bildern belegt, z.B. bei dem Waldsterben-Film, aber ohne Menschen konkret in die Verantwortung zu nehmen. Das stand gar nicht so im Mittelpunkt unserer ökologischen Aufklärung.

Auch später, als ich am Zentralen Runden Tisch der DDR saß, war meine Argumentation nicht so sehr darauf aus, Schuldige zu benennen. Die Schuldfrage haben wir nicht so in den Mittelpunkt

gestellt, wie es heute eher getan wird, sondern es standen Umweltkatastrophen als apokalyptische Bilder im Vordergrund.

Und wenn die Menschen jetzt nichts dagegen tun, dann werden die Städte von den Chemie Giganten aufgefressen, wie die Flüsse schon tot sind. Sich gegen diese apokalyptische Bedrohung zu



Demonstration beim Umwelttag in Espenhain, Frühjahr 1989. Mit dabei: Carlo Jordan (Mitte).

Foto: Matthias Voigt

wehren war wichtiger als Schuldige zu benennen. Ich habe damals Gefahren wie explodierende SS-20-Mittelstreckenraketen, Atomkraftwerke und riesige Chemiefabriken, diese apokalyptische Bedrohung, gegen die man unbedingt etwas unternehmen mußte, mehr im Blickfeld gehabt als die persönliche Verantwortung bestimmter Personen.

Sicher konnte man dem Politbüro die Schuld geben oder den für Umweltpolitik Verantwortlichen. Die DDR hatte seit 1971 immerhin das zweite Umweltministerium in Europa überhaupt, das aber dann spätestens ab Ende der 70er Jahre ein Katastrophenvertuschungsinstitut war. Der Umweltminister und stellvertretende Ministerpräsident Reichel war hauptverantwortlich für den geheimen Ministerratsbeschluss zur Geheimhaltung der Umweltdaten. Die Arche war 1988 die erste Organisation, die diesen Beschluss öffentlich machte. Die DDR war aufgeteilt in Kategorien von 1 bis 3. Von Kreisen der Kategorie 3 durften die Daten erst nach 15 Jahren veröffentlicht werden. Für Bitterfeld, hätte die DDR weiter bestanden, dürften jetzt die Daten für 1985 veröffentlicht werden. Wir konnten zwar damals den Beschluss – den hatte uns ein Umweltbeauftragter eines Großbetriebs zugespielt –, die Aufteilung in Kreise habe ich aber zum ersten Mal am Runden Tisch gesehen.

Die Hauptthemen, zu den Arche gearbeitet hat, waren das Chemiedreieck – also Bitterfeld, Halle, Leipzig, Espenhain, Leuna, Buna – und das Waldsterben. Dazu sollten zwei Filme entstehen. Der Film über das Waldsterben ist fertig geworden, der über Buna dann nicht mehr. Wir hatten auch viel Material über Städtezerfall gesammelt. Den Zerfall der Altstädte in der DDR würde man heute

Fortsetzung Seite 8 unten

„Wir brauchen Leute aus der Stadt, die auf dem Land etwas bewegen wollen“

Michael Succow im Gespräch

Professor Michael Succow war stellvertretender Umweltminister der letzten DDR-Regierung. In der letzten Ministerratssitzung erreichte er die Festlegung von 14 Naturschutzgebieten auf fast fünf Prozent des Territoriums der neuen Länder. Später gründete er an der Universität Greifswald den in Deutschland einzigen Lehrstuhl für Landschaftsökologie und Naturschutz und erhielt 1997 den „Alternativen Nobelpreis“. Auszüge aus einem Gespräch mit dem Biologen und Naturschützer:



„Hier in Mecklenburg-Vorpommern kämpfe ich darum, einen Naturpark auf der Insel Usedom durchzusetzen, aber der Landrat ist dagegen, weil er fürchtet, Investoren abzuschrecken, die der Insel das schnelle Geld bringen. Es ist eine weit verbreitete Meinung, dass ein Naturpark die freie Entwicklung behindert. Der Naturschutz ist für mich ein Nebenprodukt, das eigentlich Entscheidende ist die soziale Frage. Auf der Insel Rügen z.B. ist es anders. Es gibt dort eine Landrätin, die sich mit uns dafür einsetzt, eine Modellregion für alternatives Wirtschaften im Bereich der Landnutzung zu entfalten. Das braucht natürlich Menschen vor Ort, die das auch wollen. Nur bei einem kleinen Teil der Bevölkerung finden wir hier noch das bäuerliche Denken. Durch die Entwicklung der landwirtschaftlichen Großstrukturen sind die meisten im Laufe der Jahre dem bäuerlichen Denken entfremdet worden. Dann kommt hinzu, dass viele, vor allem die Eliten, schon zu Zeiten der DDR von hier weggegangen sind. Dadurch findet man hier schwer Leute, die Lokomotiven sind, die etwas bewegen wollen.“

Deshalb brauchen wir die Erneuerung aus der Stadtkultur, brauchen die Infiltration von Leuten, die etwas bewegen wollen. Aus der Region heraus allein schaffen wir es nicht, das ist meine Erfahrung.

Die gesamte Landnutzung in Europa unterliegt nicht der Marktwirtschaft. Sie würde über Nacht zusammenbrechen, wenn keine Transferzahlungen mehr kämen. Deshalb hätten wir die Möglichkeit, in diesem Wirtschaftszweig, der subventioniert wird und werden muss, die Gelder konsequent an ökologische und soziale Leistungen zu binden. Dadurch würden mit der Zeit weniger Gelder gebraucht, man könnte eine gesunde Landschaft erzeugen, würde wieder Arbeit auf dem Land schaffen können. Das wäre ein vernünftiges Konzept.

Neuorientierung in der Agrarpolitik

Die jetzige Agrarpolitik wird bald nicht mehr bezahlbar sein, und die Einsicht, dass sie nicht auf Osteuropa anwendbar ist, greift um sich. Wenn wir dort das wiederholen, was wir in der ehemaligen DDR nach dem Fall der Mauer gemacht haben, werden wir Ströme von Arbeitslosen bekommen. Dann bekomme ich Angst um die Demokratie. Deshalb halte ich es für eine der wichtigsten Aufgaben, diese heutigen westeuropäischen Agrarmodelle nicht mehr fortzusetzen, sondern andere Wege zu gehen.

Wir haben nicht mehr viel Zeit. Ländliche Kultur und Natur werden zerstört, und reich werden ein paar Konzerne, die ihre Agrochemikalien und ihre Hightech loswerden wollen. Dagegen muss sich eine aufgeklärte Mehrheit wehren, denn die Fortschreibung der bisherigen Entwicklung bedeutet den Untergang der Hochzivilisation.

Ich persönlich traue dieser Zivilisation eine Neuorientierung, eine Reformation nicht mehr zu. Meine tiefe Überzeugung ist, dass diese Hochzivilisation eingehen wird, weil sie nicht mehr bescheiden genug sein kann. In ihrer letzten Phase macht unsere Gesellschaftsordnung noch ringsum alles kaputt, greift nach allem und zieht es mit in den Strudel.

Landschaften und Kulturen stabilisieren

Deshalb ist meine Option: in den Teilen dieser Welt, die noch nicht vom Raubbau erfasst sind, Landschaften und Kulturen zu sichern,

Fortsetzung von Seite 7:

gar nicht mehr so unter „Umwelt“ thematisieren. Vor allem zu Leipzig, Potsdam, Greifswald und Altenburg haben wir viel Filmmaterial.

Zu den Atomkraftwerken haben wir die Arche-Nova-Ausgabe 3 gemacht. Das war wohl der größte Erfolg: dass – auch auf Grund dieser Vorarbeit – die Atomkraftwerke abgeschaltet wurden, ohne dass es eine größere Anti-AKW-Bewegung gegeben hätte. Auch das Verhältnis zum Uranbergbau war sehr ambivalent, weil die Leute, die dort arbeiteten, besonders gut verdienten und versorgt wurden. Dort hieß es: „Lieber 50 Jahre gut gelebt als 80 Jahre lang gekrepelt.“ Besser thematisierbar war der Müllimport. Da protestierten die Menschen eher.

Die Gründung der Grünen Partei und der Grünen Liga erfolgte dann parallel?

Ja, weil die einen mehr politische Partizipation wollten und damit eine eigenständige Grüne Partei in der DDR, während die Liga-Befürworter parteipolitische Unabhängigkeit wollten.

Die Ost-Grünen wurden dann jedoch durch die West-Grünen nicht aufgebaut, sondern abgewickelt. Für die West-Grünen war im Osten mehr die Bürgerbewegung relevant, also das Bündnis 90, mit dem sie dann fusionierten – mit etwas, das es schon kaum noch gab. Die Grünen hatten zur sozialen Problematik wenig zu sagen.

Carlo Jordan war Mitbegründer des grün-ökologischen Netzwerks Arche und Redakteur der Zeitschrift Arche Nova. Heute ist er bei Bündnis 90/Die Grünen aktiv. Das Gespräch führte Gudrun Vinzing von der GRÜNEN LIGA Berlin.

zu retten, damit es, wenn die Hochzivilisation am Ende ist, weitergehen kann. Nicht wie es die Amerikaner gemacht haben: die Indianer und ihre Kultur wurden zuerst vernichtet und dann wurden Nationalparks geschaffen, in denen die Überlebenden vegetieren müssen. Der Sozialismus in seiner Ineffizienz hat hingegen noch einiges übriggelassen.*

Unsere Konzepte sind sehr vorsichtig und knüpfen am Vorhandenen an. Zur Zeit der Sowjetunion wurden z.B. in Kamtschatka Lachse und Krabben gefangen und dort in den Fabriken zu Konserven verarbeitet. Diese Fabriken sind alle eingegangen. Heute kommen Fast-Food-Schiffe und bringen Erdnüsse aus den USA, Joghurtbecher aus Korea usw. Die Krabben werden schon auf See zu Dumpingpreisen verkauft. Keiner hat mehr Arbeit, die Kolchosen und damit die ganze Landnutzung sind zusammengebrochen, weder Milch noch Käse werden mehr erzeugt. Viele Leute gehen im Alkohol unter.

Ähnlich in Kirgistan, dem Ursprungsland der Aprikosen. Es gibt dort heute keine Verarbeitung mehr, der Apfel- und Kirschsafte wird aus Ungarn, der Orangensaft aus Java geliefert.

Früher mussten die reichen Länder noch Kriege führen, um Kolonien zu erobern. Heute braucht es dafür keine Kriege mehr, die Länder liegen danieder und der neu eingeführte Kapitalismus raubt ihnen das Letzte. Dort etwas zu tun, habe ich mir zum Schwerpunkt gemacht.

Perspektiven für die Jugend

Wir leben in einer Zeit, in der die Zahl der 'Umsonstgeborenen' – ein hartes Wort, aber es ist so – immer mehr ansteigt. Zum Beispiel kommen aus allen Teilen Deutschlands Studenten nach Greifswald, um bei mir zu studieren. Doch schon heute haben sie keine Aussicht mehr auf einen Arbeitsplatz nach dem Studium. Diesen Jungen sage ich ständig: Studiert, wie man ökologischen Landbau betreibt, das muss nicht an der Universität sein, da reicht auch eine Fachhochschule. Bildung und Wissen sind wichtig, aber dann tut selbst etwas, die Gesellschaft wird euch keine Arbeit mehr geben.

Es ist gut, wenn intelligente und gebildete Leute in die ländlichen Gebiete gehen, dort etwas tun, und durch die Natur, die Geselligkeit und Kommunikation mit anderen, alles das, was sonst immer verdrängt wird, ihren Platz, ihren inneren Frieden finden. Diese Studierenden werden für die Zukunft einen immer größeren Pool für neue Projekte auf dem Land bilden. Heute in die Wissenschaft zu gehen und sich hochstylen zu lassen, das bringt es ja wirklich nicht mehr. Ich habe hier eine reine Managerfunktion und versuche, Geld von Stiftungen zu akquirieren, um noch eine Generation von klugen Menschen breiter auszubilden.

Wir müssen jetzt ländliche Räume stabilisieren, indem die traditionellen Wirtschaftsweisen und die geschlossenen Kreisläufe geschützt werden. Dafür Leute auszubilden ist noch ein sinnvoller Lebensinhalt. Auch hier bei uns müssen wir versuchen, mit Bauern zusammen ökologische Gebiete aufzubauen und Gelder dafür zu bekommen. Ich glaube, dass immer mehr Leute zu den Gruppen kommen werden, die damit angefangen haben.

Ich habe zwei Empfehlungen für die Förderung einer ökologischen und sozialen Entwicklung:

1. Ökologische Leistung muss bezahlt werden

Die Kopplungsprodukte müssen endlich bezahlt werden. Das heißt z.B., wenn ein Landnutzer gutes Grundwasser erzeugt, mannigfaltige Landschaft erhält, dann muss er dafür bezahlt werden.

Die Massenprodukte hingegen, die eine schlechte Qualität haben und sozial unverträglich hergestellt werden, dürfen nicht mehr gefördert werden. Heute darf nicht mehr die Produktionslandschaft im Mittelpunkt stehen, sondern das, was die Landschaft der Stadtkultur an Werten liefert, die bisher nicht bezahlt wurden. Der kommunale Finanzausgleich muss ebenfalls ökologische Leistungen honorieren.

2. Verkehr muss teurer werden

In spätestens zehn Jahren sollte der Liter Benzin fünf Mark kosten. Wenn die Mobilität teurer wird, werden die Regionen wieder lebendig, das Erzeugte wird wieder an Ort und Stelle verbraucht.



Anders leben, anders arbeiten: Landprojekt in der Altmark Foto: Matthias Bauer

Die Natur ist die Grundlage für die Zukunft. Jetzt, nachdem ich einige Jahre die Marktwirtschaft erlebt habe, sehe ich ziemlich klar. Diese Wirtschaftsweise ist nicht in der Lage, das Überleben zu sichern. Sie kann nur bestehen, indem sie wächst, wächst, wächst, zur Verschwendung animiert und die Welt weiter kaputt macht.

Im Sozialismus hatten wir ja noch Hoffnung auf eine vernünftigeren Welt, haben uns eingesetzt, um vielleicht etwas zu verbessern. Und nun erleben wir eine Gesellschaft, die überhaupt nicht mehr in der Lage ist, diese Versöhnung mit der Natur und mit der armen Welt zu meistern.

Sie schafft nur weitere Wachstumsmodelle der Reichen, Insellösungen für die Reichen. Daher kommt eigentlich unsere Verzweiflung: Im Sozialismus hatte man die Hoffnung, dass es noch irgend etwas geben könnte. Trotzdem werde ich weitermachen und sicherlich viele andere auch, an den verschiedensten Orten.“

* 1991 war Prof. Succow Projektleiter in Georgien und richtete dort mit Freunden sieben Nationalparks ein. Dies entspricht einem Drittel der Landesfläche. Er initiierte ein Nationalparkprogramm in der Mongolei, wo die Steppen mit ihren Wildtieren, aber auch den Weidetieren und Nomaden noch eine Einheit bilden. Er setzte sich für die Einrichtung des Biosphärenreservats „Zentraler Tianschan“ in Kirgistan ein.

Auf Kamtschatka konnten 1995 mit seiner Unterstützung insgesamt 4,2 Mio ha Landfläche vor dem Raubbau durch südkoreanische, japanische, US-amerikanische und kanadische Firmen gesichert werden. Das Gebiet von der Größe der Schweiz wurde innerhalb eines Jahres zum Weltkulturerbe der UNESCO erklärt.

Notiert von Beatriz Graf; aus: Archipel, Monatszeitung des Europäischen Bürgerforums. Wir danken für die freundliche Genehmigung.

Strategien der Umweltbewegung

von Uta Knischewski

Der heutige Umweltschutz besteht einerseits aus staatlichen Reglementierungen, viel Technik und Behörden. Andererseits aus der Arbeit von Umweltgruppen, -vereinen und Bürgerinitiativen. Diese Gruppen sind oft mit dem staatlichen Umweltschutz in irgendeiner Weise verbunden (informativ, personell, finanziell). Die gesellschaftliche Akzeptanz von Umweltschutzmaßnahmen ist sehr gering. Und dies liegt keineswegs nur daran, dass die Menschen eine Reglementierung von oben ablehnen. So wünschenswert es ist, dass die Menschen in einer Region selbstbestimmt über ihre Umwelt entscheiden, so sehr würde dies heutzutage der Naturzerstörung Vorschub leisten. Denn Natur ist nach allgemeinem Verständnis nur so lange schön, wie sie andere Interessen nicht behindert. Der Wert von Natur lässt sich nicht in Geld ausdrücken, ist also im Vergleich zu den Vorteilen eines Gewerbegebietes oder einer Autobahn wertlos. Die allgemeine anerkannte Rechtsauffassung lautet: Alles, was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt. Also werden auch im Umweltschutz Gesetze gebraucht.

Was also sollte die Umweltbewegung tun?

Keine Verschlechterung der Umweltbedingungen zulassen

Die Umweltbewegung sollte die derzeit vorhandenen Mittel nutzen, um die Umweltverhältnisse zu verbessern oder zumindest nicht schlechter werden zu lassen. Das schließt für mich durchaus auch die Nutzung und Verbesserung derzeit bestehender Gesetze und Verordnungen ein. Dies sind zumindest für die nächsten Jahre die einzigen wirkungsvollen Werkzeuge. Dazu ist ein guter Kontakt zur Politik notwendig.

Echte Mitbestimmung einfordern

Wichtig ist der Erhalt der verbliebenen Überreste staatlicher Kontrolle über die Wirtschaft. Der Staat unterliegt zumindest noch einer parlamentarischen Kontrolle, die Wirtschaft nicht. Die Bürgerbeteiligungsrechte müssen gestärkt werden. Auf der Basis der derzeit bestehenden Mitbestimmungsrechte muss sich eine neue Demokratie-Kultur entwickeln. Neue und wirkungsvollere Methoden müssen erprobt und eingeführt werden – Mitbestimmungsmethoden, die nicht, wie bisher üblich, in Frust und Resignation enden, sondern wirklich etwas bewegen können.

Keine Selbsterfleischung in der Umweltbewegung, sondern Aufgabenteilung

Es gibt Vordenker, die an der Vision einer gerechten Gesellschaft arbeiten.

Es gibt Leute, die spektakuläre Aktionen machen, um den nötigen Druck zur Entscheidung zu erzeugen, aber keine Lust haben, konzeptionell zu arbeiten.

Es gibt Leute, die Kontakte zum Staat pflegen, Informationen sammeln und bereitstellen, Poli-

tikerinnen beraten, langfristige Projekte durchführen, die Umweltarbeit finanziell absichern.

Es gibt Leute, die ausschließlich an einem bestimmten Fachgebiet arbeiten.

Es gibt Leute, die sich für die Erhaltung der Natur einsetzen und selbst Biotope pflegen.

Es gibt Bürgerinitiativen, die sich nur um ihr ganz spezielles Problem kümmern wollen.

Hierarchische Verbände sind in der Lage, Kampagnen zu organisieren. Netzwerke nicht. Gute Kampagnen sind sehr öffentlichkeitswirksam. Netzwerke bieten bessere Arbeitsbedingungen für Gruppen, die ihre Selbständigkeit erhalten wollen, können aber nicht geschlossen auftreten und sind oft wenig öffentlichkeitswirksam.

Und alle sind gleichermaßen wichtig! Sie müssen sich gegenseitig ergänzen und weitere Verbündete suchen, beispielsweise entwicklungspolitische, linke und soziokulturelle Gruppen.

Eigene Strukturen überprüfen

Je länger ein Verband besteht, desto größer ist die Gefahr der Verkrustung seiner Strukturen. Es entsteht eine Funktionärebene, die zunehmend den Kontakt zur Basis verliert. Die Basis nutzt ihre eigentlich vorhandene Macht (Mitgliederversammlung) nicht, um dies zu ändern. Die Verkrustung entsteht nicht unbedingt aus Machtgier der Vorstandsmenschen, sondern oft auch aus fehlender Bereitschaft von Basismenschen zur Gremienarbeit. Verschärft wird der Konflikt durch hauptamtliche Mitarbeiter, die ja zunächst nur bessere Arbeitsbedingungen für die Ehrenamtlichen schaffen sollen. Die Hauptamtlichen übernehmen irgendwann einen großen Teil der Vereinsarbeit und die Ehrenamtlichen lassen dies aus eigenem Zeitmangel oft willig zu. Irgendwann droht die Basis wegzubrechen und der Verein wird zur hohlen Blase.

Um dies zu verhindern, bedarf es der Aufmerksamkeit aller Mitglieder. Im Zweifelsfall muss man sich von veralteten Strukturen verabschieden können. (Beispielsweise ist es der GRÜNEN LIGA gelungen, die gründungsbedingt personensstarke Bundesgeschäftsstelle bis auf ein unbedingt notwendiges Maß zu verkleinern. Nachdem sich Landes- und Regionalverbände gegründet hatten, bestand dieses notwendige Maß nur noch aus der Koordination von Treffen dieser Verbände und der Herausgabe eines bundesweiten Rundbriefes. Alle anderen Aufgaben wurden an die Verbände weitergegeben.) Sollten sich gerade die hierarchischen Verbände als nicht reformfähig erweisen, so bleibt immer noch die Zusammenarbeit mit einzelnen Gruppen und Mitgliedern auf regionaler Ebene. Darauf zu verzichten wäre angesichts unserer Kräftesituation sträflicher Leichtsinns.

DICKE LUFT IN DER KOMMUNE?

Basisgruppen der GRÜNEN LIGA sorgen für klare Verhältnisse. Umweltberatung, Aktionen vor Ort, Fachleute in die Parlamente. Und alles fast ausschließlich ehrenamtlich – ohne Sie ist das nicht zu schaffen. Schließen Sie sich an, bilden Sie Initiativen. Sie können uns auch durch fördernde Mitgliedschaft, durch Sach- und Geldspenden unterstützen. Spenden in Mark der DDR per Postanweisung Devisenspenden Staatsbank der DDR Kto-Nr. 6651-51-31049

Nicht alles hat sich geändert...

Zeitung der GRÜNEN LIGA, 1990

Medien nutzen („Ich bin in den Medien, also bin ich“)

Die großen Medien bieten für die Umweltbewegung kaum die Möglichkeit, ihre Ideen ungekürzt und unzensiert zu verbreiten. Einerseits ist die Informationslawine gewaltig, andererseits sind diese Medien entweder äußerst kommerzorientiert oder von politischen Interessengruppen gesteuert, so dass kaum ein Interesse an wirklich kritischen Meinungen besteht. Trotzdem müssen diese Medien genutzt werden, da nur dadurch eine größere Zahl von Menschen, die keinen Kontakt zur Umweltbewegung haben, erreichbar ist. Direkte Aktionen sind ein guter Aufhänger, um Themen in diese Medien zu bringen.

Auf alle Fälle sollte verstärkt auf die freien Medien (Radios, Fernsehen, Printmedien, E-Mail, Internet) gesetzt werden, wo es keine „Zensur“ gibt. Allerdings ist der Nutzerkreis dieser Medien begrenzt.

Die eigenen Publikationen dienen zur Information innerhalb der Umweltbewegung und sollten verstärkt zur Vernetzung der einzelnen Gruppen und Verbände genutzt werden. Ihre Außenwirkung ist sehr gering.

Neue Aktionsformen finden

Das deutlich rückläufige Interesse an Umweltarbeit ist auch ein Zeichen dafür, dass die Methoden und Aktionsformen der Umweltbewegung gerade Jugendliche kaum noch ansprechen. Vielen Verbänden droht die Vergreisung. Die Verschiebung der Themen (früher war es der sichtbar dreckige Schlot, heute ist es eher die schleichende Umweltvernichtung, vielfach im globalen Maßstab) erfordert neue Aktionsformen. Und bei aller Ernsthaftigkeit der Themen muss Umweltarbeit auch Spaß machen.

Bildungsangebote erweitern

Die Umweltbewegung hat die Aufgabe, Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu Fragen der Umwelt zu informieren und zur Mitarbeit anzuregen. Die Inhalte dieser Bildungsangebote dürfen sich nicht auf klassische Naturschutzthemen beschränken, sollten aber andererseits auch konkret genug sein, um eine Überforderung und Abschreckungswirkung zu vermeiden. Es kann schnell passieren, dass ein Gesamtüberblick auf alle Probleme eine Blockade auslöst („Da kann ich ja doch nichts ändern!“). Jeder sollte sich frei entscheiden können, auf welchem Gebiet er was machen will, und sich erreichbare Ziele setzen.

Das Wort „Nachhaltigkeit“ vermeiden

Nachhaltigkeit ist zu einem der am meisten missbrauchten Wörter geworden. Die Idee, den kommenden Generationen gute Voraussetzungen zu hinterlassen, ist ja in Ordnung. Aber was treibt das Wort für bizarre Blüten. Man hört von „nachhaltigem Wirtschaftswachstum“ und „nachhaltiger Standortpolitik“, und jeder noch so große Umweltzerstörer nimmt dieses Wort in den Mund. Zum Schluss weiß keiner mehr, was eigentlich gemeint war, und hofft auf eine Auslegung in seinem Sinn. Deshalb müssen wir klarere Begriffe finden für das, was wir wollen.

Stabile Vernetzungen schaffen

Es spricht sich immer so leicht vom Vernetzen der Basisgruppen. Zunächst einmal müssen Kontakte geknüpft, Informationen und Publikationen ausgetauscht, gemeinsame Themen gefunden und erste gemeinsame Aktionen verabredet werden. Dann kommt jede Menge Arbeit, um die Kontakte zu erhalten – und da fangen die Probleme meist an. Wer kümmert sich um den Papierkram, wer lädt zu Treffen

ein, wer drängelt und wer hat auf Dauer überhaupt genügend Zeit übrig für diese zusätzliche Arbeit? Schafft man nicht doch besser eine gewisse Infrastruktur (Büro mit Ansprechmenschen) oder droht da schon wieder die Hierarchie? Wenn der Mensch im Büro sitzt und sich um die Koordination müht, aber kaum mal ein Echo von den Gruppen kriegt, weil die das eben gerade nicht für sich wichtig finden, kriegt er bald eine Sinnkrise (alte GRÜNE LIGA-Erfahrung). Könnte eine Art Rotationsprinzip (wechselnde Verantwortung) unter den Gruppen helfen? Auf alle Fälle braucht eine stabile Vernetzung eine Menge guten Willen bei allen Beteiligten.



Karikatur: Umweltschnippelbilderbuch

Sponsoring vermeiden

Jedes Sponsoring verringert die Glaubwürdigkeit. Ein Verein verkauft damit ein Stück seiner Ideale und seiner Freiheit, denn Sponsoring ist immer mit einer Positivdarstellung des Sponsors verbunden. Der Geldgeber braucht ein grünes Mäntelchen zur Imageverbesserung. Die größten Geldgeber sind meist auch die größten Umweltzerstörer (Banken, Konzerne). Selbst in einer verzweifelt finanziellen Lage sollte sich ein Verein besser auf eine drastische Ausgabenkürzung einigen als auf Sponsoring zurückzugreifen. Für klar abgegrenzte Projekte (Umweltfeste o.ä.) dagegen ist eine Mitfinanzierung durch regionale Unternehmen durchaus möglich.

Fortschrittsgläubigkeit und Arbeitssucht bekämpfen

Seit Jahrhunderten werden technische Entwicklungen als „Fortschritt“ definiert. Dabei wird immer deutlicher, wie wenig Fortschritt, aber wie viele Probleme sie der Gesellschaft bringen. Der Effizienzwahn machte Millionen Menschen arbeitslos. Technik droht den Menschen aus allen Bereichen der Produktion zu verdrängen. Arbeit (gemeint ist Lohnarbeit) ist aber nach heutigem Verständnis sowohl Lebenszweck als auch die Geldquelle, die für den Konsum gebraucht wird.

Die meisten Arbeitslosen können sich nicht über die neu gewonnene Zeit freuen und ihr Leben von nun an selbst organisieren. Stattdessen tun sie (fast) alles, um wieder einen Lohnarbeitsplatz zu bekom-

Fortsetzung Seite 12 unten



Der Reichstag als Müllverbrennungsanlage

Mit einer spektakulären Besetzung des deutschen Parlamentsgebäudes versuchte die GRÜNE LIGA im Februar 1993 ein Gesetz zu verhindern

von Nick Reimer

Es ist der 4. Februar 1993, kurz nach zehn: Am Hauptportal des Berliner Reichstages hält ein unscheinbarer Transporter, dem ein Bauarbeiter entspringt. Nein: Einige Bauarbeiter. Genau genommen ziemlich viele Bauarbeiter. Binnen weniger Minuten sperren sie das Hauptportal für den Besucherverkehr, die Hauptstraße – zumindest teilweise – für den Berufsverkehr.

Bauzäune werden aufgestellt, Straßenschilder postiert, Verkehrsleitkegel in Stellung gebracht. Ein Investitionsschild wird montiert. Schließlich prangt an den Säulen, die das Hauptportal des Reichstags tragen, ein dreißig Meter langes Spruchband: „Hier entsteht eine Müllverbrennungsanlage“ – direkt unter der in Stein gehauenen Widmung „Dem Deutschen Volke“. Während die Touristen und Reichstagsmitarbeiter ziemlich verdattert wirken, sammelt sich plötzlich eine Journalistenmeute. Irgendwoher müssen die Wind bekommen haben: Fernsehteams filmen die Bauvorbereitungen, Radioreporter interviewen Bauarbeiter, Schreiberlinge machen sich Notizen, Fotografen suchen die beste Perspektive.

Wind bekommen hat auch die Polizei. Offenbar wussten aber die Beamten nichts vom bevorstehenden Umbau. Und was da auf dem Investitionsschild zu lesen ist, scheint ihren Argwohn zu verstärken: „Hier bauen die GRÜNE LIGA und das Unabhängige Institut für Umweltfragen eine Müllverbrennungsanlage. Bürgerbeteiligung: Laut Investitionserleichterungsgesetz keine“.

Was soll denn dieser Quatsch? Kann mir das mal jemand erklären?

Ein Öffentlichkeitsarbeiter erinnert sich:

Wochenlang waren Medien und Öffentlichkeit damals mit dem Paragraphen 218 – beziehungsweise mit seiner Abschaffung – beschäftigt – mit dem berüchtigten Abtreibungsparagraphen, den die alte DDR der neuen Bundesrepublik eingehandelt hatte. Egal ob in den Zeitungen, in Frauengruppen, Talkshows, an Stammtischen oder im deutschen Parlament: Überall wurde über dieses Thema gestritten. Überall war es präsent. So fiel scheinbar niemandem auf, dass ein ganzes Gesetzespaket mit weitreichender Bedeutung für den Natur- und Umweltschutz in zweiter – also abschließender Lesung – anstand: Das „Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz“. Hinter diesem typisch verwaltungsdeutschen Namen verbarg sich, dass die Umweltstandards gesenkt wurden und die Bürger nur noch bedingt gegen Bauplanungen vorgehen können.

Wir als Umweltverband starrten ein bisschen wie das Kännchen auf die Schlange: Wieso meldete sich kein Widerspruch bei der politischen Opposition? Wieso gab es keine öffentliche Debatte? Wieso fehlten Stimmen von Fachleuten – egal ob nun für oder gegen den Gesetzentwurf der Regierung?

Die Antwort war ganz einfach: Es nahm einfach keiner Notiz. Wir mussten also wohl oder übel in die saure Schlange beißen. Als Ka-

Fortsetzung von Seite 11:

men. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist jedoch oft mit weiterer Umweltzerstörung verbunden. Wer Arbeit hat, hat zwar Geld, aber keine Zeit, nach seinen eigentlichen Interessen zu leben.

Mit diesen unglücklichen Arbeitslosen und Überarbeiteten ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft nicht machbar. Die Befreiung von der Arbeitsucht (z.B. durch Einführung einer Grundsicherung, drastische Arbeitszeitverkürzung) ist Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben.

Umweltschutz als Lebensstil

Jeder Mensch ist auf der Suche nach gesellschaftlicher Anerkennung. Absurderweise hängt heute der Grad der Anerkennung meist von der verfügbaren Geldmenge ab, also wer viel hat, ist anerkannt. Das sieht man in „Herrschaftskreisen“, das setzt sich aber bis zu den „Unterdrückten“ fort. Die Sucht nach immer mehr führt zu einer gigantischen Verschwendung und Zerstörung, stellt aber immer weniger zufrieden. Die Umweltbewegung muss nach alternativen Wertvorstellungen suchen. Alte philosophische Ideen (Verzicht als Gewinn) müssen weiterentwickelt und mit einem neuen Verständnis für die Umwelt (sowohl Mitmenschen als auch Natur) verbunden werden. Konsumverweigerung ist Umweltschutz und ein wichtiger Schritt zur Selbstbestimmung.

Konfrontation und Zusammenarbeit - Das eine tun, ohne das andere zu lassen

Die GRÜNE LIGA versucht gleichzeitig die Konfrontation und die Zusammenarbeit. Dies ist möglich und bietet den Vorteil, sowohl miteinander im Gespräch zu bleiben als auch Aktionen zu bestimmten Themen (Atomkraft, Gentechnik) machen zu können. Also Druck zu erzeugen und dann zu verhandeln. Wenn an Gespräche oder Förderungen allerdings Bedingungen geknüpft werden (Stillschweigen, Loyalität usw.) müssen die Gespräche umgehend abgebrochen, auf die Förderung verzichtet werden. Oft ist es sogar besser, sich zunächst auf Gespräche, Runde Tische u.ä. einzulassen und dann das ganze medienwirksam platzen zu lassen, wenn deutlich wird, dass es nichts bringt.

Doch warum sollten wir ohne Not auf staatliche Förderung verzichten? Die Gelder vom Arbeitsamt sind an keine politischen Erklärungen gebunden, ebenso wie die Gelder von Landesregierungen oder Stiftungen. Darauf zu verzichten wäre vielleicht edel, würde aber unsere Arbeitsfähigkeit gefährden. Langfristig ist es sicherlich besser, sich finanziell unabhängig zu machen. Dies geht am besten über viele zahlende Mitglieder. Dies ist hier allerdings noch Utopie.

Die Autorin war bis 1997 Geschäftsführerin der GRÜNEN LIGA Sachsen.

ninchen mussten wir so laut schreien, dass uns jemand hört. Wir planten deshalb ein Spektakel.

Der Fachmann sieht das naturgemäß anders:

Spektakel in allen Ehren: Es ging uns sehr um eine fachliche Analyse des Gesetzes. Wir setzten uns hin und klopfen den Text unter juristischen Gesichtspunkten ab. Für jeden nachvollziehbar, wollten wir die Folgen – positive wie negative – aufzeigen. Logisch, dass man eine solche Sisyphus-Arbeit in den Medien publik zu machen sucht. Aber es ging uns um mehr: Wir schickten damals die Analyse jedem Bundestagsabgeordneten zu. Jeder sollte wissen, was er da entscheidet.

760 Brandbriefe

Das waren mehr als 760 Briefe – damals gab es noch so viele Abgeordnete, erinnert sich der Öffentlichkeitsarbeiter. Ein ziemlicher Postberg. Im Umschlag war aber nicht nur die Analyse, sondern auch ein Brandbrief: Hilfe, der Reichstag brennt. Zumindest wenn ihr dem Gesetz zustimmt. Die Vorbereitungen für den Anschlag liefen auf Hochtouren.

Ein Demonstrant berichtet:

Bauhelme, Bauarbeiterjoppen, Gummizeug haben wir uns aus dem ehemaligen Defa-Fundus ausgeliehen. Die Baustellenabspernung sponsorte eine Baufirma. Natürlich hatten wir ganz ordnungsgemäß eine Demo angemeldet – als Tarnung sozusagen. Und natürlich bekamen wir Auflagen. Weil um das Parlamentsgebäude in spe eine Bannmeile gilt, durften wir uns, glaube ich, nur auf 100 Meter nähern. Und natürlich hatte die Polizei uns einige Beamte geschickt, die die Auflagen auch durchzusetzen hatten. Notfalls mit Gewalt.

Gegen zehn waren wir fünf Demonstranten. Zehn Minuten später begannen die Polizisten zu feixen. Noch ein paar Minuten später holten sie ein Kartenspiel raus: Das wird hier nix mehr mit Demo. Kommt ja keiner.

Ein verkappter Tourist war auch dabei:

Da hatten sie sich aber mächtig getäuscht. Als der Transporter vor dem Reichstag einbog, holten alle „Touristen“ ihre Bauklamotten raus. Binnen kurzer Zeit wimmelte es vor dem Portal nur so von Bauarbeitern. Es dauerte drei, vier Minuten, bis unsere Bauzäune standen. Dann fuhr das Auto weiter zum Seiteneingang. Auch dort verwandelten sich einige Touristen in Bauarbeiter. Auch dort wurde der Eingang versperrt. Das war uns wichtig: Schließlich wollte im Reichstag der für die Gesetzesnovelle zuständige Bundestagsausschuss tagen.

Der Polizist war sauer:

Ein bisschen komisch war das schon. Der Oberdemonstrant sagte immer: „Wo bleiben denn bloß die anderen?“ Viertel nach zehn habe ich eine Streife losgeschickt. Man weiß ja nie. Und richtig, die meldeten über Funk: Das bei euch ist nur Ablenkmanöver. Die Musike spielt am Reichstag. Ich bin sofort mit meinen Leuten los. Mann, war da ein Presseauflauf. Wir konnten nicht so ohne weiteres gegen die Demonstranten vorgehen. Wurde ja alles gefilmt. Und vielleicht legten die's nur auf Krawall an. Ich suchte also den Verantwortlichen. Ja, sagte einer der Demonstranten, ist so'n klei-

ner Dunkler. Steht am Westportal. Dort hieß es: Ach der. Ist am Südeingang. Ein großer Blonder. Nicht zu übersehen. Und so weiter. Als ich zweimal um den Reichstag rum war, hatte ich ziemliche Wut. Ich griff mir den Erstbesten, nahm die Personalien auf und drohte mit Anzeige, falls er nicht sofort die Räumung veranlasst. Überraschenderweise dauerte es kaum zehn Minuten, bis der ganze Spuk vorbei war.

Und was hat es genützt?

Wieso überraschenderweise, fragt der Öffentlichkeitsarbeiter. Wir hatten den Journalisten alle naheliegenden Fragen beantwortet, den Radioreportern genügend O-Töne gegeben, für die TV-Teams genug Action geboten. Unser Ziel war erreicht. Alle Berliner Zei-



Hinter einer ordentlichen Abspernung ist alles möglich...

Foto: Archiv

tungen berichteten am nächsten Tag, warum Bauarbeiter den Reichstag zur Müllverbrennungsanlage umbauen wollten: wegen dieser verrückten Gesetze. Eine Zeitung druckte die Aktion sogar als Aufmacher auf Seite 1. In vielen Provinzzeitungen war unsere Aktion präsent, in den Fernseh-Nachrichten liefen Bilder, in verschiedenen Radiostationen Berichte. Jetzt war das Thema wenigstens mal bekannt gemacht worden. Gut gebrüllt, Kaninchen.

Es gab dann sogar eine Sachdebatte, erinnert sich der Fachmann. Wir bekamen ziemlich viel Post von Referenten, Bundestagsabgeordneten, Fachleuten. Sogar Juristen der mitregierenden FDP teilten unsere Bedenken. Zumindestens in Teilen. Plötzlich war das Thema auch in den Medien präsent.

Genützt hat es aber gar nichts, sagt – nicht frei von Häme – der einst gelinkte Polizist. Na gut, das Spektakel ist gelungen. Das Gesetz aber, das habt ihr nicht verhindert. Das wurde beschlossen, wenn auch mit ein paar Veränderungen. Klitzekleinen.

Der Autor war bis 1994 Pressesprecher der GRÜNEN LIGA und ist heute freier Journalist in Dresden.

Der schwere Weg in eine lebendige Gesellschaft

Bürgerbeteiligung im Umweltschutz – klar geregelt, aber schwer durchschaubar

von Michael Zschiesche

Die Bürgerbewegungen 1989 standen für gelebte Demokratie, für die Beteiligung der Bürger an allen gesellschaftlichen Prozessen. Diesen Anspruch soll der Begriff Bürgergesellschaft heute, in gesellschaftlich ruhigen Zeiten, aufgreifen und hochhalten. Im Osten Deutschlands ist die Bürgergesellschaft noch kein verbindender Konsens. Bürgerbeteiligung findet als mühsamer, oft frustrierender Lernprozess von zu wenigen statt. Im Umweltschutz wird Bürgerbeteiligung ohnehin fast nur über staatlich alimentierte Maßnahmen am Leben erhalten.

1990 - Erinnerung an den Anfang

1990 wurden mit dem Einigungsvertrag alle bundesdeutschen Regeln der Bürgerbeteiligung im Umweltschutz eingeführt. Diese Beteiligung ist formalisiert, strikt geregelt. Sie gilt bis heute in Zulassungsverfahren, in der Bauleitplanung, in der Umweltverträglichkeitsprüfung, als plebiszitäre Mitwirkungsmöglichkeit auf lokaler und Landesebene. Auch die Mitwirkung anerkannter Naturschutzverbände in Verwaltungsverfahren und die Möglichkeiten, Verbandsklage zu erheben, unterliegen strengen Vorschriften.

Schon 1990, die Lernbereitschaft im Osten Deutschlands war noch groß, setzte Ernüchterung bei den Bürgern ein.

Die Beteiligungsmöglichkeiten im Umweltschutz zu nutzen, bedeutete, sich in die Niederungen der Verwaltungsbürokratie zu begeben. Nur wer sich mit deren Regeln gut auskannte, konnte überhaupt mitmachen.

Und aus der Sicht der Bürger gab es wieder sichtbare und unsichtbare Zäune und Mauern, verklausuliert und in juristische Sprachhüllen gebannt. Gleichberechtigt mitzuentcheiden, wie das Wort Bürgerbeteiligung suggeriert, das ist auch in der Bundesrepublik nicht möglich. Der kurze Herbst der Bürgerbewegung in der DDR hatte ein Mehr an Erwartung erzeugt, das sich mit solchen Begriffen verband. Die demokratische Praxis der Bundesrepublik konnte diese Erwartungen nicht erfüllen. Bürgerbeteiligung im Umweltschutz seit 1990, das bedeutet auch für Bürger in den neuen Ländern (lediglich) Informationsbeteiligung, aber nur selten Beteiligung an der Entscheidung.

1999 – Erinnerung nach vorn

Hurra, die Bundesregierung hat die Aarhus-Konvention, die den verbesserten Zugang zu Umweltinformationen, die verstärkte Teil-

nahme an Verwaltungsverfahren und den leichteren Zugang für Bürger und Umweltverbände zur gerichtlichen Überprüfung von Verwaltungsverfahren regelt, quasi in letzter Minute noch unterzeichnet. Damit setzt sie sich selbst unter Druck, die durch die „Beschleunigungsgesetze“ seit 1991 abgebauten Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger und anerkannte Umweltverbände wieder rückgängig zu machen. Allerdings, die alten Regeln wieder herzustellen wäre zu wenig. Die letzten Jahre haben deutlich gezeigt: Bürgerbeteiligung darf nicht nur bei der Information „hängen“ bleiben, sie muss zu einer echten Beteiligung an der Entscheidung ausgebaut werden.

Leider ist die alltägliche Situation der Beteiligung an Planungsprozessen in den neuen Ländern eher geprägt von Desinteresse und Apathie seitens der Bürger. Zwar ist das Engagement einiger Unentwegter hoch einzuschätzen, jedoch können schon die meisten Bürger mit den vielen Anzeigen in den Tageszeitungen zu Planungsverfahren nichts anfangen. Sich auf langwierige und letztlich fruchtlose Diskussionen und die Lektüre von kiloschweren Gutachten einzulassen, ist nicht nach jedermanns Geschmack. Bürgerbeteiligung in Verwaltungsverfahren ist bei Lichte besehen ein gar zu

langweiliger und aufwendiger Vorgang. Niemand will heute noch seine Zeit in Akzeptanzbesprechungsrunden verplempern.

Der Gesetzgeber ist aufgefordert, das gesamte Instrumentarium der Bürgerbeteiligung neu zu konzipieren. Bürgerbeteiligung, wenn sie wirklich ernst gemeint ist, sollte anhand von Kriterien beurteilt werden. Diese sind u.a. Fairness und Transparenz, Beteiligung von Anfang an als offener Prozess, verständliche, gut zugängliche Informationen, gemeinsame Festlegung von Entscheidungs- und Verfahrensregeln, Verbindlichkeit von partizipativen Planungsergebnissen, Kompetenz der Beteiligten, Ausgleich zwischen kurz- und langfristigen Interessen.

Die Bürger in den neuen Ländern wissen (noch), welche Kraft Bürgerbewegungen besitzen, und was echte Bürgerbeteiligung heißt. Auch im Umweltschutz wird es erst echte Bürgerbeteiligung geben, wenn die Spielregeln offen für eine Mitentscheidung sind. Man sollte den Schatz an Erfahrungen in der Bundesrepublik befragen.

Der Autor arbeitet beim Unabhängigen Institut für Umweltfragen e.V. (UfU).

Literatur aus dem UfU:

M. Zschiesche: „Einmischen – rechtliche Wege der Bürgerbeteiligung im Umweltschutz“, Berlin 1996

UfU (Hrsg.): Die Verbandsklage kommt... – Erfahrungen und Perspektiven zur Verbandsklage im Umwelt- und Naturschutzrecht in Deutschland, Berlin 1999



Karikatur: Uwe Kraeusel

Öko-Frust oder Öko-Lust

Von Heidrun Lüer

Gerade jetzt habe ich wieder dieses Lebensgefühl wie nach der Wende vor zehn Jahren: "Eine Tür in eine unerforschte Welt voller ungeahnter Möglichkeiten tut sich für mich auf!" Ich habe nämlich gerade diesen Schein gemacht, mit dem ich mich "Heilpraktikerin" nennen darf... Mir ist noch in Erinnerung, wie es damals war. Wir waren beseelt von der Idee, einen starken, unabhängigen Umweltverband zu schaffen. Da sprachen mich unerwartet Menschen von Greenpeace an, ob ich nicht in der DDR eine Sektion mit aufbauen möchte. Dieses Greenpeace war damals für mich sehr weit weg, trotzdem war da ein Reiz des Fremden und zwei Monate später legte ich los, gemeinsam mit vier anderen.

...wir fingen einfach an

Auf die Schnelle fanden wir ein Büro und starteten mit der "Beluga-Tour" auf der Elbe, wo wir vielen Großverschmutzern auf die Finger klopfen – obwohl wir als Verein "Greenpeace DDR" noch gar nicht zugelassen waren. Es war eine Zeit mit enormen Freiräumen. Die Behörden waren quasi handlungsunfähig. Wir konnten alles tun, ohne dass uns irgendwelche Grenzen gesetzt wurden, geschweige denn, dass wir Repressalien befürchten mussten wie zu DDR-Zeiten. Die Sympathie in der Bevölkerung war enorm, auch die Arbeiter in den Betrieben fanden unsere Aktionen toll, trotz unserer Forderungen, die ja auch die Schließung von Produktionslinien betrafen. Es gab viele ehrliche und offene Gespräche und Verhandlungsbereitschaft der Betriebe.

Greenpeace wurde in den ersten zwei, drei Jahren als Umweltpolizei angesehen. Die Leute wandten sich mit ihren großen und kleinen Problemen an uns, und wir sollten immer sofort eingreifen... Für uns aus der ehemaligen DDR wurde es immer wichtiger, von den reinen Anti-Kampagnen wegzukommen, z.B. nicht nur den Müllhandel anzuklagen, sondern alternative Abfallvermeidungskonzepte vorzulegen. Für den Großraum Schwerin haben wir das damals exemplarisch gemacht. Wir wollten Positiv-Projekte entwickeln, die Mut machen mit innovativen Konzepten und Ideen. Für mich wurde der Aufbau der Kinder- und Jugendprojekte bei Greenpeace zur Herzenssache.

Innere Autonomie zum System

Insgesamt hatte die Zeit nach der Wende für mich noch einen stark revolutionären Geist. Die Leute aus der DDR-Umweltbewegung hatten ja früher schon versucht, eine Art innere Autonomie zum System zu entwickeln, so dass der Übergang für sie im Prinzip problemlos war und sie eher die vielen neuen Möglichkeiten sehen und aktiv werden konnten. Das hat uns vorangebracht. Andererseits wurden einige Prozesse von der damaligen Umweltbewegung unterschätzt, zum Beispiel der Übergang von der "Untergrundbewegung" in die Öffentlichkeit, unsere vom Marxismus-Leninismus geprägten ideologischen Altlasten, unser Feindbild-Denken, das Gefühl von Entwurzelung und Desorientierung und die innere Unfreiheit eines Großteils der Bevölkerung.

Ich denke, wir haben uns zu wenig Zeit gelassen, zu schauen, was wirklich Alternativen zu den bestehenden Strukturen sind. Oft sind wir den politischen Entwicklungen hinterhergelaufen, haben Schadensbegrenzung betrieben.

Und die „innere Ökologie“?

Ich habe selbst eine Phase mit viel Frust, Verbissenheit und Ökologismus durchlebt. Vielleicht war diese Phase notwendig, um

an einen Punkt zu kommen, wo ich innehalten und fragen konnte: Welche Widersprüche liegen eigentlich unter der Oberfläche? Wie korrespondieren unsere Ideen und Grundsätze, die wir nach außen tragen, mit unserer "inneren Ökologie"? – Wie gehen wir in der Arbeit miteinander und mit uns selbst um? Ist unsere Umweltarbeit vielleicht ein Stück Kompensation für unbefriedigte Bedürfnisse? Wir kämpfen gegen die Ausbeutung der Natur – doch oft gehen wir genauso mit uns selbst und miteinander um: Selbstaubeutung, selbsterzeugter Leistungsdruck und Erfolgszwang... Für mich wurde zunehmend klarer:

Wenn wir wirklich nachhaltig etwas für die Rettung der Umwelt tun wollen, dann müssen wir den Kontakt zur Natur und zu unserer „inneren Natur“ wiederfinden – unserem Körper, unseren Gefühlen, Überzeugungen, unserem Herzen. Das erfordert natürlich Ehrlichkeit sich selbst gegenüber.

Ich begann, alle meine bisherigen Wahrheiten, alles, was ich bisher gemacht hatte, grundsätzlich in Frage zu stellen und mich für Neues



So haben wir es uns damals alle vorgestellt: Ein Schiff mit einem Regenbogen bemalen und losfahren. Und was ist daraus geworden?

Foto: Noel Matoff

zu öffnen. Einige Monate später begann ich neben meiner Greenpeace-Arbeit eine Ausbildung als Trainerin für Körpersprache und Kommunikation in Freiburg und wurde Schülerin eines amerikanischen Heilkundigen. Rational war das kaum zu erklären, aber es zog mich einfach da hin...

Um visionär sein zu können, ist es nötig, Ballast abzuwerfen, braucht es eine Atmosphäre von Spaß und Freiraum. Um aus dem Zustand des inneren Frustes wieder zu mehr Lebensfreude zu finden, sollten wir uns viel öfter erlauben zu feiern, einfach so spontan. Wir brauchen mehr Zeit für die einfachen Dinge des Lebens, sonst vergessen wir vor lauter Arbeit zu leben. Wir brauchen Zeit für Besinnung, zum Lauschen – ins Herz der Dinge.

Ich lehne mich dazu öfter an einen Baum und höre ihm einfach zu. Dann weiß ich plötzlich wieder, wie schön und reich das Leben ist.

Heidrun Lüer war Mitbegründerin von Greenpeace-DDR und arbeitet heute als selbständige Heilpraktikerin in Berlin.

Gibt es eine nachhaltige Zukunft?

von Tomas Brückmann

Die Bundeskontaktstelle Nachhaltige Regionale Entwicklung der GRÜNEN LIGA arbeitet seit 1996 vorrangig an dem Projekt „EU-Strukturfonds und Nachhaltige Regionale Entwicklung“. Dieses Gemeinschaftsvorhaben von WWF, GRÜNER LIGA und dem nova Insti-



Nicht nur Gurken: Erhalt dörflichen Kulturerbes und extensiver Landnutzung im Spreewald

Foto: WWF

tut Köln wird von UBA und BMU finanziert und läuft noch bis März diesen Jahres. Hauptziel ist die Einflußnahme auf die Planung der EU-Strukturfonds in den neuen Bundesländern für die Jahre 2000 bis 2006.

Zu diesem Zweck organisierten wir Workshops gemeinsam mit den Umweltministerien der Länder. Dort sollten Partnerschaften zwischen den Landesumweltministerien, den Sozialpartnern und den Umweltverbänden im Rahmen der Strukturfonds-Planung aufgebaut werden. 1999 wurden den Umweltverbänden in den Ländern Mittel zur Verfügung gestellt, um die vorliegenden „operationellen Programme“ vorausschauend auf ihre Umweltauswirkungen zu bewerten. Die Bewertungen liegen mittlerweile vor, werden zur Zeit zusammengefaßt und in Kürze den Medien vorgestellt. Die Berichte sind bei den Umweltverbänden erhältlich, die die Bewertung vornahmen: für Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Berlin die GRÜNE LIGA, für Brandenburg der WWF, für Sachsen-Anhalt der BUND und für Thüringen BUND und GRÜNE LIGA.

Ländliche Modellregionen

Ein zweiter Schwerpunkt des Projekts, unter Federführung der GRÜNEN LIGA, bestand im Auffinden von Modellregionen für nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum der neuen Bundesländer. 1997 wurden über 40 Regionen auf entsprechende Kriterien untersucht, sieben davon erhielten das Prädikat Modellregion. Es sind die Insel Rügen, die Odermündung (Mecklenburg-Vorpommern),

der Spreewald (Brandenburg), das Industrielle Gartenreich (Sachsen-Anhalt), die Dübener Heide (Sachsen), der Reinstädter Grund und die Region Saalfeld-Rudolstadt (Thüringen). Die Ergebnisse sind in der Broschüre „Nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum“ veröffentlicht.

Im letzten Jahr verstärkten wir unsere Bemühungen, den Modellregionen eine besondere Förderung über die EU-Strukturfonds zu ermöglichen. Dabei sollte das Instrument des „Globalzuschusses“ Anwendung finden. Wir organisierten dafür 1999 eine intensive Lobbyarbeit auf Landes- und Bundesebene. Doch die Vorbehalte und Ängste der Fondsverwalter gegenüber dem Globalzuschuß waren zu groß. Im Oktober 1999 wurde entschieden, daß die EU-Strukturfonds dieses Finanzierungsinstrument während der nächsten Förderperiode nicht nutzen werden.

Für uns heißt das, jetzt andere Finanzierungsquellen zu erschließen, um die Modellregionen auf dem weiteren Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen. Im Gespräch ist hier unter anderem das Förderprogramm „Leader+“.

Großschutzgebiete: Umweltverträgliche Landnutzung - regionale Vermarktung

Die Bundeskontaktstelle Nachhaltige Regionale Entwicklung plant für die nächsten zwei Jahre ein neues, interessantes Projekt. Dabei geht es um die Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung in Großschutzgebieten der neuen Bundesländer. Landwirte sollen angeregt werden, umweltverträglich unter den Auflagen der Schutzgebiete zu produzieren. Im Gegenzug wollen wir den landwirtschaftlichen Produzenten bei der regionalen Vermarktung ihrer Erzeugnisse helfen. Mit regionalen Großverbrauchern und Verbrauchermärkten sollen stabile Erzeuger-Verbraucher-Beziehungen aufgebaut werden.

Wir wollen mit diesem Modellprojekt helfen, die Grundkonflikte zwischen Landwirten und Schutzgebietsverwaltungen zu entschärfen. Die Großschutzgebiete sollen als Standortfaktor für umweltfreundlich erzeugte Produkte erkannt werden.

Im Gespräch ist derzeit eine Zusammenarbeit mit den Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft und Sächsische Schweiz, den Biosphärenreservaten Südosttrügen, Schorfheide, Spreewald, Mittlere Elbe, Oberlausitzer Teichlandschaft und Rhön sowie den Naturparks Dübener Heide und Thüringer Schiefergebirge. Das Vorhaben ist bei BMU und UBA zur Förderung eingereicht und soll außerdem durch Landesmittel komplementär finanziert werden. Vielleicht können wir schon im Frühjahr diesen Jahres starten.

Der Autor leitet die Bundeskontaktstelle Nachhaltige Regionale Entwicklung der GRÜNEN LIGA.

Die Broschüre „Nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum“ ist bei der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA erhältlich.

Kehrtwendungen und Sparzwänge



Umweltberatung in den neuen Bundesländern muss gegen mehrere Widerstände gleichzeitig angehen

von Gudrun Wille

Von 1990 bis 1992 wurde die Umweltberatung in den neuen Bundesländern als das Beschäftigungsfeld der Zukunft gesehen. Hunderte von Aus- und Weiterbildungsfirmen boten den Tausenden von arbeitslosen Akademikern Fortbildungskurse in der Umwelt- und Abfallberatung an, Beschäftigungsgesellschaften und andere Träger stellten die so Fortgebildeten in ABM ein.

Heute, einige Jahre später, ist damit anscheinend „kein Blumentopf mehr zu gewinnen“. Nach 1992 mußten viele Weiterbildungsträger aufgeben - der Boom war vorbei. Die Arbeitsmarktpolitik der Regierung tat das Ihrige: immer weniger ABM (einschließlich der „Nachfolger“ LKZ, MpA, SAM etc.) wurden bewilligt, feste Stellen entstanden in der Umweltberatung leider nicht in dem erhofften Maße.

Aber es gibt sie noch!

Doch UmweltberaterInnen arbeiten nach wie vor in kommunalen und kirchlichen Einrichtungen, Bildungsstätten, Verbraucherzentralen, Gewerkschaften, Umweltzentren, Vereinen und Verbänden oder als Selbstständige. Zur klassischen Verbraucherberatung wie Energie-, Abfall- und Schadstoffberatung kommt auch noch die Umweltbildung und derzeit verstärkt die Teilnahme an der Lokalen Agenda 21. Verwaltungs- und Öffentlichkeitsarbeit gehören ebenfalls dazu.

Der Wunsch, eine spezielle Interessenvertretung für die UmweltberaterInnen in den neuen Bundesländern zu schaffen, führte 1991 bei einer Tagung der „Kontaktstelle Umweltberatung“ der GRÜNEN LIGA zur Gründung des *Umweltberatung Nordost e.V.* Der Verein setzt sich seitdem für die Anerkennung und Etablierung der Umweltberatung ein und begleitet die Arbeit seiner Mitglieder mit Projekten und Serviceleistungen. Er ist Mitglied der GRÜNEN LIGA und des Bundesverbands für Umweltberatung (bfub).

Sein aktuelles Projekt heißt „Qualitätsmanagement und neue Qualitäten in der Umweltberatung“ und ist eine Kooperation mit dem bfub und der Stiftung Verbraucherinstitut, gefördert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Das Projekt will Meßinstrumente für Erfolg, Qualität und Kundenorientierung in der Umweltberatung nutzbar machen – nicht zuletzt um die Umweltberatung angesichts der Sparzwänge weiterhin zu legitimieren.

Sisyphos auf dem Müllberg

Resümee der letzten 10 Jahre aus der Sicht einer Abfallberaterin

von Gudrun Wille

Bis 1991 arbeitete ich als Umweltschutzbeauftragte in einem großen Betrieb. Nachdem ich betriebsbedingt gekündigt wurde, absolvierte ich eine 1½-jährige Weiterbildung zur Umwelt- und Abfallwirtschaftsberaterin an einer Pädagogischen Hochschule.

Das Schlimmste in den letzten zehn Jahren war für mich, dass ich danach wieder arbeitslos war, obwohl ich durch mein Praktikum genau wußte, dass ich gebraucht wurde. Die Abfallwirtschaft steckte noch in den Kinderschuhen, der Bedarf nach Beratung war groß - und ich saß zu Hause und kam mir vor, als ob mir die Hände abgehackt waren, weil ich nichts tun durfte. Durch einen glücklichen Zufall kam ich schließlich zu der Stelle, die ich heute noch habe.

In der Abfallwirtschaft hat sich in den letzten sechs Jahren einiges geändert. Während ich früher die Abfallberater/innen der Landkreise und Städte zur Abfallvermeidung geschult habe, sagen sie heute: „Wir brauchen den Müll, damit unsere Deponien entsprechend der TASI* bis 2005 voll werden.“ Eine paradoxe Entwicklung.



Karikatur: Umweltschnippelbilderbuch

Trotzdem stehe ich zur Abfallvermeidung und gegebenenfalls zur Abfallverwertung, denn nur so können wir etwas für die nächsten Generationen tun: Keine neuen Deponien, keine neuen Müllverbrennungsanlagen. Denn nur der Abfall, der gar nicht erst entsteht, braucht nicht entsorgt zu werden.

* Technische Anleitung Siedlungsabfall

Die Autorin ist Beiratsmitglied der Umweltberatung Nordost e.V. und lebt in Jena (Thüringen).

Zwischen Komposthaufen und Städtepartnerschaften

Grenzüberschreitende Umweltarbeit bei der GRÜNEN LIGA

von Annette Baumann

Als 1991 die Projektgruppe für Internationale Arbeit in der GRÜNEN LIGA gegründet wurde, war bald klar, dass der Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern liegen würde. Das hat mehrere Gründe: die räumliche Nähe zu dieser Region, die grenzüberschreitenden Auswirkungen vieler Umweltprobleme und die zahlreichen Kontakte zu Umwelt- und Naturschützern in Osteuropa, die schon vor 1989 existierten und weiter gepflegt wurden. Last but not least fühlten wir gerade in den Wendejahren eine besondere Verbundenheit zu dieser Region.

de Verschiebungen ergeben, die Auswirkungen auf die Umweltbewegung haben.

Hohe Arbeitslosigkeit, Existenzängste und andere soziale Sorgen lassen Umweltprobleme weniger wichtig erscheinen. Das Engagement der Menschen für Demokratie und Umweltschutz ist längst nicht mehr so ausgeprägt wie zu Beginn der 90er Jahre.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Bestrebungen osteuropäischer Länder, in die Europäische Union aufgenommen zu werden, möchten wir unsere Erfahrungen weitergeben und Hilfe zur Selbsthilfe leisten.

Begrünte Städtepartnerschaften

Unser erster großer Schritt auf internationalem Boden war die Ost-West-Konferenz, die wir 1992 auf dem Deutschen Umwelttag in Frankfurt am Main organisierten. Dort diskutierten wir zum ersten Mal gemeinsam mit Vertretern von Kommunen und Nichtregierungsorganisationen (NGO) die Möglichkeiten der Kooperation zwischen Ost und West. Ein wichtiges Ergebnis war die Forderung nach neuen und intensiveren Formen der Zusammenarbeit gerade im Umweltbereich.

Daran knüpfte unser Projekt „Umweltschutz in Städtepartnerschaften“ an. Es sollte Städte für die Idee begeistern, ihre Partnerschaften auch auf den Umweltbereich auszudehnen. Neben den Kommunalverwaltungen wurden vor allem die lokalen Umweltgruppen in diese Zusammenarbeit einbezogen. Mit Seminaren, Konferenzen und Broschüren gaben wir Anregungen zur inhaltlichen Ausgestaltung von Umweltpartnerschaften, zeigten Wege zur Finanzierung auf und kurbelten Projekte an.

So übernahmen wir die Patenschaft für ein gemeinsames Schulhofbegrünungsprojekt von Dresden und Ustí nad Labem (Tschechien). Beide Schulen lagen in Wohngebieten mit besonderen sozialen Problemen, und die Schulhöfe boten den Kindern und Jugendlichen kaum die Möglichkeit, ihre Pausen naturnah und kindgerecht zu verbringen. Sie konnten sich nur auf versiegelten Schotter- und Asphaltflächen vom Unterricht entspannen. Bei der Umgestaltung wurde eine phantasievolle und begrünte Umgebung für die Pausengestaltung geschaffen. Durch die aktive Mitarbeit der Kinder entstand auch eine emotionale Bindung zu den neu entstandenen Werten auf ihrem Schulhof. Die Einbeziehung von Jugendlichen, Eltern und Lehrern aus beiden Schulen in gemeinsame Aktionen förderte das gegenseitige Verständnis und stellte die Städtepartnerschaft auf ein breiteres Fundament.



Beim 98er Workcamp in Rodowo/Polen wurde (nicht nur) ein geologisch-botanischer Lehrpfad angelegt.

Foto: Annette Baumann

Warum Osteuropa?

Auch heute gibt es noch Parallelen zwischen den Entwicklungen im Osten Deutschlands und in Osteuropa. So haben sich seit dieser Zeit die Bedingungen für die Umweltbewegung im Osten Deutschlands entscheidend gewandelt. Eine entscheidende Veränderung ist, dass wir nun legal und mit staatlicher Unterstützung arbeiten und unsere Arbeit grundsätzlich akzeptiert wird.

Nichtsdestotrotz stellen uns alte und neue Probleme, wie Müllberge, gigantische Verkehrsprojekte, Castor-Transporte und Autolawinen vor immer neue Aufgaben.

Gerade im Osten Deutschlands haben sich – wie auch in Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei und den anderen postkommunistischen Staaten – im gesamtgesellschaftlichen Kontext gravieren-

In anderen Projekten unterstützten den Aufbau einer Abfallexpertengruppe von lettischen NGOs und führten eine Seminarreihe zu Umwelterziehung und -beratung in Bulgarien durch, um die Gründung eines entsprechenden Zentrums in Sofia zu befördern. Auch die NGO-Konferenz „Das Schwarze Dreieck begrünen“ in Jelenia Góra (Polen) wurde von uns mit vorbereitet und durchgeführt. Ziel war, die NGOs im Dreiländereck Polen-Tschechien-Deutschland zu Umweltfragen zu vernetzen und die inhaltliche Zusammenarbeit abzustimmen.

Alle Jahre wieder...

Von 1994-98 wurden internationale Workcamps in Lettland und Polen in den Sommerferien organisiert. Gemeinsam mit Jugendlichen wurden die Gartenanlagen eines Umweltzentrums instandgesetzt, die erste Pflanzenkläranlage Lettlands gebaut, auf einem Ökobauernhof Modellanlagen für unterschiedliche Kompostierungsmöglichkeiten angelegt, eine Solarlusche und Kräuterspiralen gebaut und ein geologisch-botanischer Lehrpfad in den polnischen Masuren angelegt.

Wirtschaftliche Alternativen im Kaukasus

Die GRÜNE LIGA unterstützt gemeinsam mit dem NABU den Arbeitskreis Nordkaukasus, der 1994 ins Leben gerufen wurde und sich mit der nachhaltigen Entwicklung in der Republik Adygea in Russland beschäftigt. Im Jahr 1998 initiierte die Gruppe eine interdisziplinäre Studie, die dann in Kooperation mit deutschen und russischen Wissenschaftlern durchgeführt wurde. Für eine beispielhafte Bergregion, das „ökologisch-touristische Gebiet Fischt“, werden Möglichkeiten der Umsetzung von naturverträglichen wirtschaftlichen Alternativen aufgezeigt. Dies ist um so notwendiger, als in der Russischen Föderation eine wirtschaftliche Krise der anderen folgt und Geld für die Unterhaltung der Naturschutzgebiete in der Regel knapp oder gar nicht vorhanden ist.

Die Menschen in den Bergdörfern haben zu 60-80% ihre Arbeit verloren oder bekommen ihren Lohn jahrelang nicht ausgezahlt. Was liegt da näher als die Nutzung der nahen, unverbrauchten Naturressourcen. Und so rücken die Holzeinschlagsgebiete gefährlich weit vor, werden Beeren und Pilze in Mengen gesammelt und zur Deckung des Fleischbedarfs das Großwild in seinen letzten Rückzugsgebieten geschossen.

Das nachhaltige Entwicklungskonzept konnte im Juni 1999 der Regierung der Republik Adygea offiziell vorgestellt werden. Diese zeigte sich sehr interessiert. Naturschützer und Wissenschaftler vor Ort benutzen heute schon das Konzept, um einzelne Aspekte in Form kleinerer Projekte umzusetzen. Die Schutzgebietsverwaltung hat z.B. die Idee der Finanzierung von Naturschutzaufgaben durch Einnahmen aus dem Tourismus aufgegriffen und begann in diesem Sommer ihre ersten Schritte zur Kontrolle und Lenkung. Das erarbeitete Geld wird in einen Topf gezahlt, aus dem dringende Aufgaben, nicht zuletzt die Beschäftigung zusätzlicher Ranger, finanziert werden sollen.

All dies ist jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es gibt in der Region auch Stimmen, die für einen intensiven touristischen

Ausbau des Gebietes werben, da sie nur auf diese Weise das wirtschaftliche Überleben gewährleistet sehen.

Ein bedeutender Erfolg, der auch auf das Engagement des Arbeitskreises zurückzuführen ist, war die Ernennung dieses einzigartigen Gebiet zum UNESCO-Weltnaturerbe im Dezember 1999 als fünftes Gebiet der Russischen Föderation.

Grenzenlose Bürgerbeteiligung

Um Bürgerbeteiligung und Umweltschutz in der polnisch-deutschen Grenzregion ging es bei dem 1999 abgeschlossenen Gemeinschaftsprojekt mit dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) und der Polnischen Gesellschaft für Umweltrecht (TNPOS). Fünf Seminare richteten sich an polnische und deutsche Akteure mit dem Ziel, die weitgehende Unkenntnis über die Umwelt- und Rechtssituation jenseits der Grenze abzubauen und eine stärkere Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und zwischen staatlicher und nichtstaatlicher Planungsarbeit zu erreichen. Es wurden Methoden und praktische Beispiele vorgestellt, wie umweltverträgliche Lösungen unter Einbeziehung aller Beteiligten entwickelt werden können. Um über die Seminarreihe hinaus zu wirken, wurde ein deutsch-polnisches Handbuch erarbeitet, das einen Überblick über das polnische und deutschen Umweltrecht



Kies für Lettlands erste Pflanzenkläranlage. Workcamp in Ivande, 1995

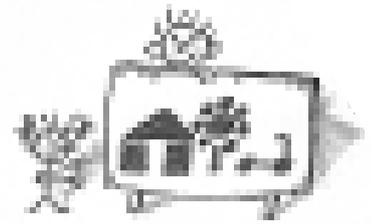
Foto: Corinna Seide

und die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung gibt und dies mit zahlreichen Beispielen aus beiden Ländern illustriert.

50% der Luftverschmutzung und 80% der Gewässerverschmutzung sind grenzüberschreitend. So macht es auch weiterhin Sinn, sich grenzenlos zu engagieren... Themen für neue Projekte werden uns leider so schnell wohl nicht ausgehen.

Die Autorin leitet die Bundeskontaktstelle Internationales der GRÜNEN LIGA.

Und es gibt uns doch...!



von Jule, Ilka und Christoph

Ihr habt's zwar nicht gewusst, aber in Berlin-Prenzlauer Berg existiert schon ein ganzes Weilchen eine Jugendgruppe der GRÜNEN LIGA mit 30 bis 40 Leuten im Alter von 10 bis 20 Jahren. Euch Senioren gibt es jetzt zehn Jahre und uns seit Anfang 1996. Da wir eure Unkenntnis etwas verringern wollen, haben wir uns nun eine unwissende Neugierige eingeladen und uns aushorchen lassen.

Mrs. Neugier: Sagt mal Kinder, seit wann gibt es euch denn eigentlich, und wie hat das alles angefangen?

CB007 und JW013: Oh Watt... dat is ja nu schon lange her. Vor rund vier Jahren hatten Anja und Konrad von den NATOUR-Kinder- und -Jugendreisen die geniale Idee, eine Jugendgruppe ins Leben zu rufen. Zu diesem Zweck druckten sie kleine rote Zettel, die von Ferienlagerteilnehmern ausgefüllt wurden und damit deren Eintritt besiegelten. Als erstes ging's über's Wochenende in die Jugend-NaturschutzAkademie Brückentin, wo der Haufen sich kennenlernte und lustig den Spaten schwang.

Mrs. Neugier: Und warum habt ihr bitte diese roten Zettel ausgefüllt? Wurdet ihr etwa dazu gezwungen?

JW013: Nee, nee... Ich war mit NATOUR im holländischen Wattenmeer segeln. Dabei traf ich auf interessante und liebe Menschen und die Aussicht auf weitere gemeinsame Erlebnisse mit ihnen war wohl der Grund für das Ausfüllen des roten Zettels.

CB007: Hinzu kommt sicher, dass es nun Ermäßigungen auf Reisen mit der GRÜNEN LIGA gab. Nicht wahr, JW013?

JW013: Mh...

IM021: ...außerdem war ich ganz schön verliebt.

Mrs. Neugier: Und warum seid ihr immer noch dabei? Was hält euch denn zusammen?

CB007: Tja... es ist komisch, aber ich denke, dass es zum einen die Freundschaft zu den Leuten aus der Gruppe

ist und zum anderen dann doch der Wille, hier irgendwo mitzumischen und zu zeigen, dass einem so ein, zwei Sachen bezüglich der Umwelt nicht passen. Außerdem ist es auch der Gedanke, dass es ein paar laufende Projekte gibt, die man einfach unterstützen will. Zu guter letzt bin ich in die Sache auch einfach „hineingewachsen“.

Mrs. Neugier: Was habt ihr denn so gemacht in diesen vier Jahren?

JW013 und CB007: Die Frage „Was macht ihr denn so?“ ist ja alt. Tja... wir haben an (Rad)Demos und Straßenfesten aller Art mitgebastelt, so manches in der JugendNaturschutzAkademie Brückentin „umgegraben“, uns an Arbeitseinsätzen beteiligt, mit der Werkstatt Barnim zusammengearbeitet, geguckt, was so in der Natur krecht und fleucht und uns in Jugendumweltkongresse einge-

bracht. Da sind so einige Dinge in vier Jahren zusammengekommen. Ansonsten wurde in Massen Tee und Saft getrunken, selbstgebackene Kekse geknabbert, diskutiert und gelacht. Um genaue Infos zu bekommen, kann man sich mal im RABEN RALF umsehen, da wir dort von fast allen unseren Aktivitäten berichten.

Mrs. Neugier: Welche Aktion ist euch als schönste und lustigste in Erinnerung?

IM021: Spaß hatten wir eigentlich immer. Lustig war auf jeden Fall die Einstudierung und Aufführung unseres Theaterstücks „WaSeLuMü“, besonders die Proben, die regelmäßig wegen eines allgemeinen Lachanfalls unter- oder sogar abgebrochen werden mußten.

CB007: Ansonsten ist es schon von Bedeutung, ob es eine Aktion mit „gewonnenem Gehör“ ist. Spontan fällt mir hier der „Barnimer Radwandertag“ ein. Ich glaube, es war der erste von bisher dreien. Wir waren total viele, auch von der Naturschutzjugend, es war schönes Wetter, wir konnten Rad fahren und es war eine Sache mit Hand und Fuß. Dieser Tag wurde von der Werkstatt Barnim organisiert, wir waren Ordner und haben Schilder aufgestellt, und das ganze war sozusagen der Auftakt zu einer Reihe von Aktionen für ein besseres Radwegkonzept im Norden Berlins.



„WASELUMÜ“ hieß das legendäre Theaterstück...



...und die Jugendgruppe vorneweg

aus: Berliner Morgenpost

JW013: ...aber vergiss nicht die Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen der BVG - die Demo und die Unterschriftenaktion.

Mrs. Neugier: Wie entstehen solche Aktionsideen bei euch?



...mit dem wir sensationelle Achtungserfolge feiern
Fotos: Regine Schulze

JW013: Meist über andere kreative Menschen, denen wir dann helfen - einige entstammten aber auch unseren eigenen Köpfen, wie das Umwelttheaterstück und einige Brückentuinwochenenden.

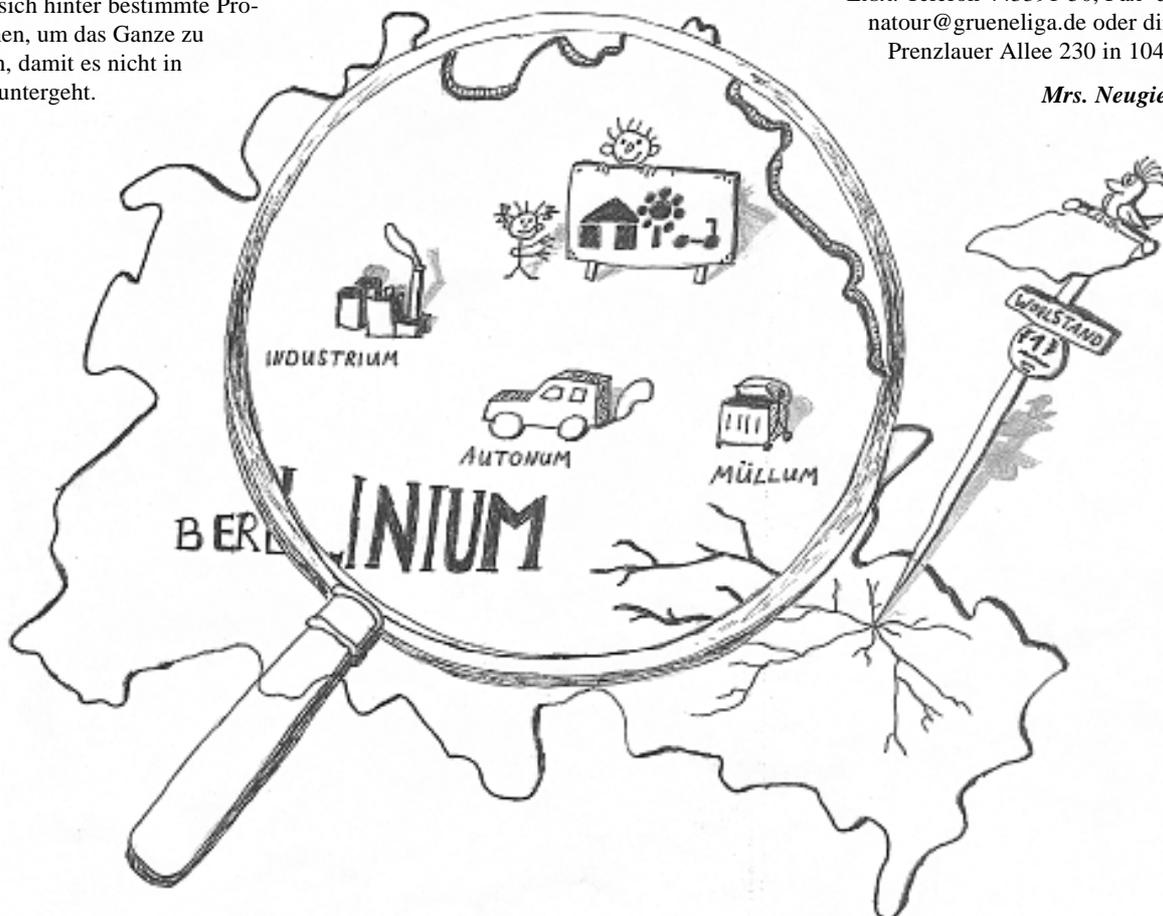
Mrs. Neugier: Ist denn schon mal was richtig schief gelaufen?

IM021: Irgendwie kriegen wir uns nicht wirklich organisiert, und oft fehlt einfach die Zeit sowie 'ne zündende Idee, um was auf die Beine zu stellen.

JW013: Wenn etwas auf die Beine gestellt wird, ist das meistens gar nicht so uncool. Es müsste nur mehr passieren und die Organisation besser verteilt bzw. zugeordnet werden. So ist z.B. die Turmfalkenaktion im Sande verlaufen.

Mrs. Neugier: Seht ihr dazu Alternativen?

JW013: Man bräuchte einfach Ansprechpartner, die sich hinter bestimmte Projekte klemmen, um das Ganze zu koordinieren, damit es nicht in der Gruppe untergeht.



Mrs. Neugier: Ach so... Und was läuft super gut?

CB007: Die Freundschaften und der Zusammenhalt!

JW013: Ja, und organisationstechnisch gesehen... die gemeinsamen Wochenenden.

Mrs. Neugier: Ja, und wie ist es mit euch persönlich ... was habt ihr denn aus der Gruppe neben den Freundschaften so für euch gewonnen?

CB007: Auf jeden Fall Kenntnisse zu bestimmten Themen, die mir eine fundierte Meinung und ein gewisses Bewusstsein bezüglich einiger Umweltprobleme ermöglichen.

JW013: Stimmt... und viele schau Erlebnisse, positive und negative Erfahrungen, schöne Geburtstage sowie eine Chance zu Selbstverwirklichung.

Mrs. Neugier: Aha... und was wünscht ihr euch so für die Zukunft? Wie soll die aussehen?

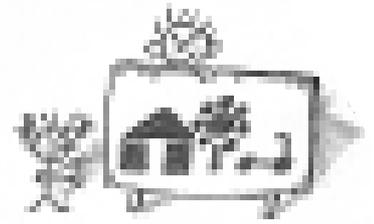
IM021: Tja... mal sehen. Aber auf jeden Fall wünsche ich mir, dass sich die Leute demnächst nicht in alle Winde zerstreuen (wenn die Schule und so dann vorbei ist) und dass der Nachwuchs es irgendwie peilt die Gruppe weiterzuführen.

JW013: Dass das Klima unter uns so bleibt... nur ab und zu etwas konstruktiver wird, damit ein paar mehr gelungene Aktionen herauskommen.

Mrs. Neugier: Na gut Kinder... dann danke ich euch erst einmal. Ach... eine Frage habe ich noch. Wo meldet man sich denn, wenn man eine Frage oder Interesse jeglicher Art hat?

CB007: Na, bei NATOUR - Reisen mit der GRÜNEN LIGA: Telefon 443391-50, Fax -53, E-Mail natour@grueneliga.de oder direkt in der Prenzlauer Allee 230 in 10405 Berlin.

Mrs. Neugier: Danke!



Leidet die Umweltbewegung an Altersschwäche?

von Matthias Karich

Als Fünfzehnjähriger kam ich 1992 zu einer Bürgerinitiative gegen die Autobahn A17. Ich erlebte die zunehmende Anbindung dieser BI an die GRÜNE LIGA – sah die Vor- und Nachteile. Mit siebzehn Jahren gründeten ein Freund und ich eine erste Jugendumweltgruppe, die später zahlendes Mitglied in der GRÜNEN LIGA wurde. So sammelten wir direkte Erfahrungen im Umgang mit der älteren Generation. Oftmals fragte ich mich: Was hält Dich eigentlich bei diesem Verein? Zu einer rein rationalen Antwort bin ich nicht gekommen. – Vielleicht ist es die Hoffnung, dass auch im Osten eine jugendliche Umweltbewegung (wieder) entsteht.

Probleme von Jugendumweltarbeit...

Eigentlich ist es unmöglich, mit wenigen Worten eine Bilanz der letzten Jahre zu ziehen. Dennoch will ich es versuchen. Verzichten muss ich an dieser Stelle auf eine Analyse der Jugend in Ostdeutschland. (Darunter wären das Anderssein von jungen Osis und die Gründe für den Mangel gesellschaftlich diskutierter Utopien zu behandeln.) Ich konzentriere mich also auf Probleme von Jugendumweltarbeit im Osten und auf daraus zu ziehende Schlussfolgerungen. Um es anschaulich zu machen, werde ich kurz formulierte Thesen zur Diskussion stellen.

...speziell bei der GRÜNEN LIGA

1. Bisher wurde nur spärlich der Versuch unternommen, aktiv Jugendliche an die GRÜNE LIGA zu binden. Hauptgrund war sicher-

lich, dass sich ein Großteil selbst noch jugendlich fühlte. Hinzu kommt der Anspruch, generationenübergreifend zu arbeiten. Dem steht allerdings entgegen, dass zur westlichen Gesellschaft die Resignation Älterer und das Rebellieren der Jüngeren dazugehören.

2. Umweltschutz in Ostdeutschland hat die GRÜNE LIGA als etwas Besonderes dargestellt, dafür aber keine Definition nach außen transportiert. Außerdem definierte sich die LIGA als Netzwerk der ökologischen Bewegungen im Osten und wollte diese bündeln. Die Realität von heute sieht so aus, dass a) Umweltschutz wenig von öffentlichem Interesse ist, b) die ökologische Bewegung größtenteils erstarrte und c) zusätzlich zur GRÜNEN LIGA nahezu alle West-Umweltverbände (außer dem BBU) auch im Osten vertreten sind.

Darüber hinaus notierte ich bereits 1996 für mich, dass die zunehmende Verwestlichung der GRÜNEN LIGA selbst auffällt. Als Entwicklungstendenzen beobachtete ich Kommerzialisierung, Auflösung von Gruppen – also Teilen des Netzwerks, Einnischung sehr stark individualisierter Personen und Entstehung neuer radikaler Gruppen außerhalb des Vereins.

3. Damit eng verbunden ist das Strukturproblem der GRÜNEN LIGA. Auf Jugendliche wirkt sie bei der ersten Begegnung als normaler Umweltverein und somit eher unattraktiv. Das Gründungstreffen 1990 in Buna, das von Dabeigewesenen mit Pathos hochgehalten wird, ist für junge Leute nichts als eine Hochzeit, deren Jubelstimmung sie nicht mehr nacherleben können. Wenn ihnen also nicht sofort – bei ihren ersten Begegnungen mit der LIGA – das Netzwerk fühlbar gemacht wird, ist es nicht erkennbar.

Im allgemeinen erscheint die GRÜNE LIGA jungen Leuten für einen Verein als zu handlungsunfähig und für ein Netzwerk zu starr.

...und allgemein

Das schwerwiegendste Problem von Jugendumweltarbeit ist wohl die Tatsache, dass Jugendliche immer weniger über Umweltthemen politisiert werden. So mag die GRÜNE LIGA im Bereich des praktischen Naturschutzes und der Freizeitgestaltung noch Jugendliche anziehen, beim politischen Engagement sieht's da schlechter aus. Nicht weniger bedeutsam sind die Lebensumstände junger Leute: die Mehrheit investiert (aus Zukunftsangst) viel Zeit in die Ausbildung und lässt sich teilweise auch bereitwillig unterdrücken. Freie Zeit wird dann für Konsum zur Kompensation der Anstrengungen genutzt. Selbst eine Umweltgruppe kann zum Erlebniskonsum dazugehören. Aber vielen ist ökologisches Engagement zu sehr mit Arbeit verbun-



Besetzungsaktion gegen den Bau der Autobahn A17 Dresden-Prag

Foto: Archiv

den, so dass sie dazu keine Lust haben. Oftmals – und gerade bei der GRÜNEN LIGA als besonders heterogener Gruppierung – sind die gesellschaftspolitischen Vorstellungen für Außenstehende nur unscharf zu erkennen. Das betrifft sowohl den Weg, also die Formen und Mittel zur Veränderung, wie auch die Vision oder Utopie von der Zukunft.

Zu sagen: „Hauptsache, die zukünftige Gesellschaft ist ökologisch“, kann heute demokratisch gesinnten Leuten nicht mehr genügen. Positionen z.B. zur Arbeits(platz)frage müssen auch von Umweltverbänden gefunden werden. Losungen wie „Umwelt schafft Arbeit“ greifen da zu kurz.

Was das Entstehen von Jugendumweltgruppen zusätzlich belastet, ist die auffällige Tatsache, dass rebellische Jugend-Aktionen sich „verbandsschädigend“ auswirken. Junge Leute merken, wenn kurz nach einigen ihrer Aktionen der Staat dem Mutterverein Fördermittel kürzt. Dieses „schlechte Gewissen“ würden sie sich gern ersparen.

Jugendumweltarbeit steht immer im Spannungsfeld zwischen erzieherischem und partizipativem Ansatz. Dazu ist nur grundsätzlich zu betonen, dass mit zunehmendem Alter der Jugendlichen die Anleitung durch Ältere zugunsten von Selbstorganisation der Gruppe zurücktreten sollte.

Die ständige Nähe zu und Kontrolle von Erwachsenen(-Strukturen) kann zur Beeinflussung führen und die „Jugendlichkeit“ einer Gruppe stören. Beispielsweise färbt das Kosten-Nutzen-Denken von Erwachsenen leicht auf aktionsmotivierte Teenager ab. Dabei ist doch wichtiger, was die Gruppe gefühlsmäßig möchte.

Jugendliche brauchen Freiräume

Wenn die GRÜNE LIGA auch weiterhin (oder wieder) politisch aktiv sein will – jetzt als ein Teil der Umweltbewegung im Osten –, braucht sie die Spontaneität und Kreativität von Jugendlichen. Dafür sollte sie aber auch politisch konkretere Aussagen zur Gesellschaft treffen, um letztlich politisch attraktiv für Jugendliche zu sein. Dies heißt heute, auch auf soziale Fragen eine Antwort zu geben. Zu begründen ist das mit der Tatsache, dass junge Leute in der Zerrissenheit zwischen Verbürgerlichung und Widerstand merken, ohne soziale Veränderungen die ökologische Frage nicht lösen zu können. Der grundsätzliche Wandel unserer westlichen Lebensweise muss – positiv, nicht mit dem Zeigefinger – wieder in die Diskussion gebracht werden. Unsere Umweltarbeit sollten wir vielleicht auch noch mehr als Sozial-Arbeit verstehen.

Genau dieser gesellschaftspolitisch-visionäre Aspekt wäre schließlich eine Möglichkeit, sich von den Alt-Umweltverbänden abzuheben. Denn wenn die Attraktivität für ostdeutsche Jugendliche steigen soll, muss klarer werden, was das Andere und Besondere an der LIGA ist, außer dass sie in der Wendezeit entstand.

Unabhängig davon, wie sich der „strukturelle Kampf“ – Netzwerk versus Verein – entwickelt, werden geeignete Ansätze für die Jugendarbeit gebraucht. Außerdem ist aktive Bildungsarbeit erforderlich, um alternative Denkweisen zu fördern und zu verbreiten. Schließlich ist bei den „verwestlichten“ Jugendlichen vieles schon wieder ein Informationsproblem – mangelnde Kenntnisse von Zusammenhängen behindern das Engagement.

Als Grundforderung ergibt sich für mich aus all diesen Gesichtspunkten, dass es wichtig ist, Freiräume für Jugendliche zu schaffen bzw. sie ihnen zu gewähren.

Das kann im günstigsten Fall sogar als Kooperation mit anderen Umweltgruppen vor Ort laufen, also beispielsweise in Form eines



Protest gegen das Atomforschungszentrum Dresden-Rossendorf

Foto: Archiv

Jugendumweltträgervereins. Es muss natürlich so gestaltet werden, dass den jungen Leuten die freie Wahl gelassen wird, wohin sie sich einmal entwickeln. Ab einem Alter von fünfzehn, sechzehn Jahren ist es besser, wenn ältere Umweltengagierte nur noch den Gruppenprozess moderieren, sich selbst also zur neutralen Person machen – bis die Jugendlichen sich allein verwalten wollen und können.

Eine Idee, um diesen Ansatz umzusetzen, ist der Aufbau einer Jugendgruppe, die sich ein eigenes, selbstveraltetes Domizil – eine Umwelt- und Projektwerkstatt (UmProWe) – schafft. Auch wenn die Unterstützung dafür viel Kraft kostet, können Erwachsene davon nur profitieren: 1) Sie haben jemand, der sie von außen kritisiert. 2) Die Jugendlichen bringen frischen Wind in die politische Arbeit und 3) Irgendwann ist dann auch dauerhafter Nachwuchs da.

Jugend hat ein Recht auf Rebellion.

Der Autor ist im Bereich Jugend und Umwelt bei der GRÜNEN LIGA Sachsen tätig.

Von der Stellvertretung zur Kooperation

von Dr. Hans-Peter Gensichen

Es hatte ja alles ganz optimistisch angefangen in der DDR: Schon 1971 drei Dinge: die „Wochen der sozialistischen Landeskultur“, das Umweltministerium der DDR und ein geschlossenes Umweltprogramm des VIII. Parteitagess der SED.

Aber schon 1974 die Wende: Die „Wochen des sozialistischen Landeskultur“ wurden ersatzlos gestrichen. Tiefpunkt des Ganzen war dann der Ministerratsbeschluss über die Geheimhaltung von Umweltdaten vom 16.11.82.



4. November 1989, Kreuzkirche Dresden: Aufbruch zur Demonstration gegen das geplante Siliziumwerk

Foto: Steffen Giersch

Wenn nicht schon 1973 der erste Umweltartikel in einer kirchlichen Monatszeitschrift der DDR erschienen wäre, wenn nicht im Frühjahr 1978 der „Erde-Kreis“ sich im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg konstituiert hätte, wenn nicht im Dezember 1979 die erste Nummer der Wittenberger Umweltzeitschrift BRIEFER verschickt worden wäre – *jetzt*, nach dieser Bankrotterklärung des SED-Staates, hätte dies und vieles andere, was in den frühen Jahren in den Kirchen schon passiert war – jetzt hätte das alles kommen müssen. Oder aber jetzt hätten die evangelischen Kirchen in der DDR vor dem Staat einknicken und bekennen können, dass dies ein Thema des Staates, nicht der Kirche sei bzw. dass man hier lediglich so weit gehen wolle wie der Staat dies wünsche.

Aber das geschah nicht. Wir übernahmen – in der totalen Minderheitensituation im entkirchlichten Osten – eine Stellvertreterrolle für eine chloroformierte und betonierte Gesellschaft. Die Minderheitenkirche, fast schon so klein wie eine Sekte, wurde so zu einer Monopolistin auf einem Themengebiet, das für sie, für uns ganz neu war. Verrückt! Wir waren nicht nur David *gegen* Goliath, sondern David *statt* Goliath. Denn der SED-Staat, der der Umwelt-Goliath hätte sein sollen (und auch wollen: siehe oben), fiel, wie gesagt, völlig aus.

Terraingewinn im Kopf

In den Kirchen waren zu dieser Zeit bereits genügend viele Leute zu der Überzeugung gekommen, dass eine „Ethik der Schöpfung“ unser ureigenes Ding sei. Diese Ethik der Schöpfung war uns tatsächlich im Jahrhundert davor abhandengekommen. Denn seitdem uns der Darwinismus (bzw. unser Kampf gegen ihn) so große Blessuren zugefügt hatte, wagten wir kaum noch eine laute Gegenrede gegen falsche Entwicklungen in den Naturwissenschaften und in der Technologie. Wir waren nach innen gekehrt. – Aber das brauchen wir nun auf. Im Prinzip geschah die Einsicht bei vielen, der Aufbruch im konkreten Fall dann immerhin noch bei einigen. Aber die wurden mehr. Eine Sternstunde war jener Beschluss der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1984 mit dem Satz: „Verantwortung wahrzunehmen für die Schöpfung ist ständige Aufgabe der ganzen Kirche“ – einstimmig angenommen.

Dass wir 1982 verstärkt weitergemacht haben und nicht eingeknickt sind, war (im Nachhinein betrachtet) der beste Schutz davor, 1990 den Fehler zu machen, wie wir ihn schon 1982 hätten machen können. Nämlich 1990 zu sagen: „Nun gut, in SED-Zeiten mussten wir hier stellvertretend etwas tun, das nicht unser Ding ist. Aber das machen ja jetzt die Regierung und die Verwaltung und die Verbände – wir aber ziehen uns da zurück.“ Aber dieser Rückzug fand nicht statt. Beziehungsweise er fand nur bei jenen statt, die schon vorher gar nicht so weit gekommen waren.

Jener Satz von Greifswald – „Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung ist ständige Aufgabe der ganzen Kirche“ – ist nicht erfüllt worden. Aber wir haben den Satz auch nicht fallengelassen. Andauernder Terraingewinn im Kopf. Nun einige Anmerkungen, wie denn dieses Nicht-Fallenlassen ausgesehen hat. Generell: Es war ein Nicht-Fallenlassen, bei dem auch etwas verloren ging.

Abnabelung und Kooperation

Die meisten kirchlichen Umweltgruppen transformierten sich nach dem Ende der DDR zu Aktionsgruppen oder Ortsverbänden von GRÜNER LIGA, NABU, BUND, GAA oder VCD. Manche „transformierten“ sich nicht, sondern flossen ein in jene neuen Gruppen. Später gingen manche in Agenda-21-Gruppen.

Mitglieder jener alten kirchlichen Gruppen findet man heute auch in Umweltdezernaten, in Ministerien, in Landesumweltämtern, in Naturschutzbehörden. Insgesamt gesehen, ist die Zahl derer aus den alten Umweltgruppen, die am Thema dran geblieben sind, sehr hoch.

Ich weiß von vielen guten Kontakten dieser Leute und dieser Gruppen zu Kirchengemeinden. Etwa wie in Berlin-Köpenick bei der Lokalen Agenda 21. Und von Kontakten zwischen Kirchenleuten und ganz neuen Umweltgruppen. Ich denke nur an unseren gemeinsamen Kampf gegen die ICE-Trasse bei Halle – oder an das Café Konzil in Nordhausen, ein lebendiges Denkmal an den „Konziliarischen Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ 1987-89.

Das Verschwinden vieler direkt kirchlicher Umweltgruppen ist dennoch ein Verlust. Es ist die gleiche Art von Verlust, wie wenn eine Mutter ein Kind großzieht und es dann aus dem Haus gehen sieht.

Unser schönstes Kind ist, glaube ich, die Aktion „Mobil ohne Auto“. Diese autofreie Aktion haben wir in den Kirchen 1981 „erfunden“. Sie ist 1989 von der BUNDjugend in Bayern aufgenommen worden. Seitdem gibt es sie deutschlandweit – die Kirchen immer als eine von vielen dabei. 1999 ist „Mobil ohne Auto“ nur mit sehr wenig Aufwand vorbereitet worden – es fehlten Gelder und Akteure. Dadurch bekam die Aktion fast wieder den Charakter, den sie in der DDR gehabt hat. Gegenwärtig gibt es Bemühungen, einen europäischen autofreien Tag am 22. September 2000 zu realisieren. In Frankreich gab es das ja schon. Das wäre dann eine ziemlich starke Transformation unseres Ansatzes.

Umweltgruppen sind nicht alles

Eine Umfrage 1990 bei den 2.500 Lesern der kirchlichen Umweltzeitschrift BRIEFE ergab: 62 Prozent von ihnen hatten nie näheren oder entfernten Kontakt zu einer kirchlichen Umweltgruppe gehabt. „Umweltbewegung“ hieß also auch: Einzelne, die sich nicht speziell ökologisch organisieren, lassen sich davon bewegen – man findet sie in ganz normalen Gottesdiensten oder als Mitglied einer Synode oder als kirchlicher Mitarbeiter oder als Mitglied einer Bürgerinitiative. Deren christliches Umweltbewegt-Sein kann sich dann ganz vielfältig äußern – mehr binnenkirchlich oder eher die Kirchengrenzen überschreitend oder beides. Wie auch immer, das Verschwinden spezieller Umweltgruppen ist nicht das Ende der Bewegung – konnte es ja zumindest für 62 Prozent der BRIEFE-Leser schlechterdings nicht sein.

Gerade jüngst gab es ein gutes gesamtdeutsches und ökumenisches Zeichen für den Fortgang der Bewegung: Im Mai 1999 fand deutschlandweit die katholisch-evangelische „Woche für das Leben“ statt. Thema dieses Jahr: „Gottes Erde – zum Wohnen gemacht“ – und der Inhalt ganz klar ökologisch. Kirchenleitungen haben das gewollt.

Immer wieder Vorreiter

Auf dem großen Vertretertreffen kirchlicher Umweltgruppen 1990 in Hirschluch wurde die Weichenstellung diskutiert: Kirchliche Umweltsarbeit in Zukunft nur noch als innerkirchliche oder kooperierend mit Verbänden und Verwaltungen? Aber das Entweder-Oder hat so nicht stattgefunden. Zwei Beispiele:

Die Synode der Kirchenprovinz Sachsen beschloss 1997: Keine Gentechnik auf Kirchenland! Und die Kirche ist die größte Landbesitzerin. Es wird mit der Kirchenprovinz Sachsen nur noch Pachtverträge mit der Formel „keine Gentechnik“ geben. Wir handeln hier also sowohl ganz innerbetrieblich-kirchlich wie auch pionierhaft in die Gesellschaft. Übrigens ist dieser Beschluss auch innerkirchlich pionierhaft; denn 800 Jahre lang haben wir unser Land nur zu *einem* Zweck verpachtet: Um die Besoldung der Geistlichen zu gewährleisten. Und jetzt „leisten“ wir uns ganz neue Kriterien. Wir bringen ökologische Moral in unser Verpachtungsverhalten.

Im Kreis Wittenberg läuft seit 1997 ein Kooperationsprojekt „Biotopverbund mit Hilfe von Kirchenland“. Alle deutschen Raumord-

nungsminister wollen Biotopverbünde; aber die sind schwer durchzusetzen, wenn die Verpächter Nein sagen. Die evangelische Kirche sagt im Kreis Wittenberg Ja. Dort probieren wir das – und dann weiten wir das aus. Also noch eine Pioniertat, bei der die Kirche selbstlos handelt.

Wo wir nicht gut sind

Ich skizziere das folgende Beispiel mit Datumsangabe, obwohl ich viele solcher Dinge erlebe: 4. Mai 1999 in Dessau. Zwei hauptamtliche kirchliche Umweltleute sitzen zuerst, um 18 Uhr, im katholischen Stundengebet in der Dreieinigkeitskirche. Schöpfungsbezogen, mit Umweltpredigt. Dazu etwa zwanzig Mitglieder der katholischen Gemeinde. Danach, 19 Uhr, in der sehr dicht benachbarten

evangelisch-methodistischen Kirche, eine Darstellung der Ergebnisse der Energieberatung für dieses Gebäude. Wieder sind die beiden hauptamtlichen kirchlichen Umweltleute dabei – und der katholische Pater sowie der methodistische Pfarrer – und zwölf seiner Gemeindeglieder. Wir hatten seit Monaten diese beiden Veranstaltungen als eine Einheit propagiert: Spiritualität *plus* Aktivität. Ora et labora. Innen und außen. Aber das war wohl nicht angekommen bei den beiden Gemeinden. Einige waren zwar hier hingegangen – und einige andere dort. Aber keiner – außer den Offiziellen – zu beiden.

Kirchliche Umweltbewegung, die wirklich *Bewegung* ist, müsste diese Verbindung schaffen. Auch für *die* gibt es natürlich positive Beispiele; aber hier, auf dieser Strecke, sind wir bisher gar nicht gut. Und gerade das ist *unsere* Strecke!

Forschungsheim heute

Das Kirchliche Forschungsheim (KFH) in der Lutherstadt Wittenberg war immer das Zentrum der kirchlichen Umweltbewegung und ist dies auch heute. Es hat sich dabei

mehrfach verändert – und ist sich doch treu geblieben. Zum einen nahm die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu. Heute sind hier neun Personen angestellt, dazu kommen eine Honorarkraft und eine FÖJ-lerin. Das heißt: Wir haben uns vervierfacht gegenüber den achtziger Jahren.

Seit zwei Jahren existiert zudem eine Fachstelle „Umwelt und Entwicklung“, die deutschlandweit arbeitet. Seit der gleichen Zeit verstärken zwei Mitarbeiter das Team, um ein ökologisch ausgerichtetes kirchliches Programm für die Region Dessau-Wittenberg-Bitterfeld zu konzipieren. Zwei weitere Kollegen arbeiten an einem Ausstellungsprojekt „Umweltraum“.

1995/96 wurde das Haus gegenüber dem berühmten Lutherhaus nach Kriterien ökologischen Bauens saniert und rekonstruiert. Zur gleichen Zeit erhielt das Forschungsheim wieder den Vereinsstatus. Als Verein war es 1927 auch gegründet worden. Gegenwärtig hat der KFH e.V. 200 Mitglieder – teils Einzelpersonen, teils evangelische Kirchengemeinden und Landeskirchen. Die kirchlichen Geldmittel fließen ab dem Jahre 2000 spärlicher. Daher wird eine Stiftung ins Leben gerufen, die das Umweltengagement von Christen und Kirchen in Ostdeutschland finanzieren hilft.

Der Autor ist Leiter des Kirchlichen Forschungsheims Wittenberg und Redakteur der kirchlichen Umweltzeitschrift BRIEFE.



Mobil ohne Auto - schon 1981 in der DDR

Foto: Klaus Gaber

Visionen auf dem Berg

Im Umweltbildungshaus Johannishöhe werden Träume wahr

von Milana Müller

40 Leute sitzen zum Halbjahrestreffen der GRÜNEN LIGA im Seminarraum des Umweltbildungshauses Johannishöhe in Tharandt bei Dresden. Es wird heiß über die verbliebenen Utopien debattiert. Wer hat denn noch welche? Haben wir sie - vielleicht auch unbemerkt - verwirklicht?

Ja, und vielleicht sitzen wir ja auch in einer?

Tolles Kompliment. Geht runter wie Öl.



Neun Jahre sind wir an diesem Ort. Wir - das sind die Menschen, die das Projekt „Umweltbildungshaus Johannishöhe“ als GRÜNE-LIGA-Haus mit aufgebaut haben und immer noch mittragen. Der Ort - das ist die Johannishöhe, ein Felssporn, einige Meter über Tharandt gelegen, den die GRÜNE LIGA samt ihrer Bebauung 1992 auf unseren Vorschlag mit Mitteln aus dem sächsischen Umweltministerium und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt kaufen konnte.

Damals waren viele der GRÜNE-LIGA-„Entscheidungsträger“ doch recht skeptisch. Was das wohl werden wird? Aber sie stimmten trotz ihrer Bedenken zu, das Grundstück zu kaufen.

Und damit begann eine große Utopie Wirklichkeit zu werden; eine Utopie, die

sich in viele kleine teilen lässt. Manche davon sind wahr geworden, von machen haben wir uns verabschiedet. Natürlich gibt es immer noch welche, denn was soll ein Leben ohne Träume?

Aber jetzt etwas konkreter:

Selbstversorgung undogmatisch

Eine der Ideen war es, so viel wie möglich, selbst zu produzieren. Sie begann sich zu verwirklichen, als wir unsere ersten zwei Ziegen auf einem Ziegenhof erarbeiteten. In der Zwischenzeit haben wir viele Erfahrungen mit der Ziegenmentalität gesammelt. Aber der wichtigste Beitrag war, endlich die Milch aus den Eutern zu zuppeln und später auch daraus Käse zu machen. Auch unser Garten versorgt uns in den Sommermonaten mit Kräutern, Gemüse und Beeren. Weiter sind wir leider noch nicht gekommen mit der Selbstversorgung. Brot backen und Bienen halten sind Themen, die uns in der Zukunft beschäftigen werden.

Ein Grundsatz für die Selbstversorgung ist für mich persönlich: „Lieber mehr selbst machen, als so viel fremdbestimmt arbeiten zu gehen.“ Das heißt für mich, bewusst die Konsumspirale runterschrauben. Das ist kein Dogma, sondern eine Grundidee für mein Leben.

Eine andere Möglichkeit der Selbstversorgung ist die Eigenversorgung mit Energie. Für die Wärmeversorgung ist das relativ leicht. So haben wir einen modernen Holzvergaserkessel mit einer Solaranlage gekoppelt. Eine alte Weisheit besagt: Holz macht doppelt warm. Zuerst

Unsere Geschichte

1991

- 6 Menschen
- bürokratischer Kampf um das Gelände
- Besorgen der Gelder

1992

- 6 Menschen (-2 +2)
- Entrümpelung (5 große Container)
- Aufmaß und Beginn des Umbaus (Zum Glück haben wir vorher nicht gesehen, wie kaputt das Haus wirklich war)

1993

- 8 Menschen (+2)
- Bau der Pflanzenkläranlage
- Rohbau fertig

1994

- 6 Menschen (-2)
- Kompostklo eingeweiht
- erstes Ferienlager
- erster Käse wird hergestellt

1995

- 5 Menschen (-1)
- internationales Workcamp: Bau des Teiches
- Innenausbau und Wärmedämmung

1996

- 5 Menschen
- Einweihung des Umweltbildungshauses
- internationales Workcamp: Geländegestaltung
- erste Schulprogramme

1997

- 7 Menschen (-2 +4)
- vier Menschen ziehen fast gleichzeitig auf die Johannishöhe
- etwas Ruhe für die Verbliebenen

1998

- 7 Menschen
- internationales Umweltbildungscamp
- 3 Wochen Weiterbildung für 24 UmweltbildnerInnen aus 7 verschiedenen ost- und mitteleuropäischen Ländern

1999

- 7 Menschen
- Bau von „Schloss Ziegenbarth“ aus Holz, Stein und Lehm

beim Sägen und Hacken und später beim Heizen. Mehrmals im Jahr gibt es bei uns gemeinsame Arbeitstage, bei denen es sich vorwiegend ums Holzmachen dreht. Denn 25 Raummeter Holz pro Jahr müssen erst mal aus dem Wald geholt und zu Stapeln aufgeschichtet werden. Aber

Unsere Grundsätze

- jeder nimmt die Verantwortung für sich selbst wahr
- ökologischer Lebensstil
- gemeinschaftliches Zusammenleben

jede Holzaktion ist auch eine schöne Gemeinschaftsaktion.

Wir leben auch ohne eigenes Auto. Wir haben Glück mit der Lage unseres Domicils in der Nähe von Dresden; die gute S-Bahn-Verbindung ermöglicht es uns, fast alle Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzulegen. So haben wir nach der großen Bauphase beschlossen, unser Auto wieder loszulassen.

Eine Zukunft für Kinder

Eine andere Utopie wurde wahr, als nach fünf kinderlosen Jahren auf der Johannahöhe Ina mit Christian und Julia zu uns zogen. Vorgestellt hatte ich mir immer, dass es für Kinder, die in Gemeinschaften leben, mehr Menschen gibt, mit denen sie was unternehmen können, als

eben „nur“ die Mutter und im günstigen Fall der Vater. Auch die Erwachsenen können sich in der Betreuung abwechseln und es ist nicht Kampf und Krampf mal irgendwo hinzugehen.

Ich muss sagen, diese Idee hat sich bestätigt und das Leben hat sie in vielen Farben noch viel bunter gemacht. Wir, die Erwachsenen, gewannen ein Stück ursprünglicher Lebensenergie, die nur Kindern innewohnt. Die Kinder fanden mehr Möglichkeiten der Orientierung für ihre eigene Entwicklung. So fahren Julia oder Christian einfach mal mit den anderen auf Paddeltour oder versorgen die Tiere mit mir gemeinsam oder oder oder...

Auch einen „Vater“ haben sie gefunden, der nicht zwangsläufig mit der Mutter eine Paarbeziehung leben muss. All das sind für mich neue Formen, die zwar so konkret nicht vorgedacht waren, die aber bei einem verbindlichem Zusammenleben in einer größeren Wahl-„Familie“ möglich werden.

Friede Freude Eierkuchen?

Jetzt sieht alles aus wie Friede Freude Eierkuchen. Und so werde ich jetzt schreiben, dass es auch Konflikte zwischen den einzelnen Lebensstilen der hier lebenden Leute gibt und dass wir versuchen sie miteinander zu lösen, auch wenn es nicht immer ganz einfach ist.

Welche Visionen gibt es noch? Erst waren es die ökologischen, die uns dazu „getrieben“ haben dieses Projekt zu be-

ginnen. Jetzt arbeiten wir an dem sozialen Zusammenleben und danach bleibt immer noch die Visionen einer echten Gemeinschaftskasse.

Ich merke schon, es ist alles nur angerissen worden, doch vielleicht gibt das auch



Gemeinsam den Alltag organisieren...

Fotos: Jens Heinze

Mut, die eigenen Visionen wieder hervorzukramen und zu sehen, was sich davon verwirklichen lässt.

Unsere Erfahrung für solche Projekte an sich ist, dass es gut ist, wenn das Eigentum niemandem privat gehört. Die zweite Erkenntnis ist, dass es gut war, mit wenigen Menschen zu beginnen, um sich über Grundsätzliches zu einigen.

Die Autorin lebt auf der Johannahöhe bei Tharandt und arbeitet im dortigen Umweltbildungshaus der GRÜNEN LIGA Sachsen.

Mehr Kohle, mehr Kies?

Von Ulrich Wieland

Als Folge einer noch von der Regierung de Maizière erlassenen und im Einigungsvertrag bekräftigten bergrechtlichen Gleichstellung von Kies mit Kohle und Gold setzte Anfang der 90er Jahre in den neuen Bundesländern ein aggressiver Raubbau oberflächennaher Bodenschätze ein. Die Folgen dieser Politik riefen seit 1991 eine breite Widerstandsbewegung bei Kommunen, Bürgerinitiativen und Kirchengemeinden hervor. In der GRÜNEN LIGA wurde 1993 das Netzwerk der Initiativen Gesteinsabbau zur Koordination und Vernetzung dieser Gruppen gegründet und seit 1996 als Bundeskontaktstelle bestätigt.

Die Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau unterstützt die Betroffenen bei ihrer unmittelbaren Vor-Ort-Interessenvertretung auf Landes- und Bundesebene durch Information und Koordination. Sie dient als Kompetenzzentrum für Stellungnahmen als „Träger Öffentlicher Belange“ zum Thema Gesteinsabbau in den neuen Bundesländern und fördert den Erfahrungsaustausch zwischen den Gruppen. Seit 1997 finden jährliche Bundestreffen von Kies-, Sand- und Gesteinsabbauinitiativen in Berlin statt. Dort werden Erfahrungen ausgetauscht und aktuelle Entwicklungen diskutiert, um Neigkeiten zu laufenden Verfahren, Gutachten und juristisches Wissen

Steinbeißer



schnell und unkompliziert weiterzugeben. Als wichtigstes Informationsmedium dient die Zeitung „Steinbeißer“, die seit 1996 regelmäßig von der Bundeskontaktstelle herausgegeben und auch im Internet veröffentlicht wird. In Sachsen finden außerdem finden zweimonatliche Mitgliederversammlungen statt.

Zur Zeit wird das Netzwerk von 34 Bürgerinitiativen und Einzelpersonen vorwiegend aus den neuen Bundesländern getragen, hinzu kommen etwa 150 interessierte Personen und Gruppen, die den Steinbeißer beziehen.

Der Autor leitet die Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der GRÜNEN LIGA.

Hoffnung ist nicht Optimismus

von Michael Schaaf

Die Gruppen, die sich im Herbst 1989 in Leipzig zusammenfanden, um einen unabhängigen, eigenverantwortlich handelnden Umweltverband – den ÖKOLÖWEN – zu gründen, bestanden bereits seit Anfang der achtziger Jahre und haben mit ihren diversen Aktivitäten für manche Aufregung bei den staatlichen und den unheimlichen Organen gesorgt.

Die katastrophalen Umweltverhältnisse in Leipzig und seinem Umland haben viele Menschen bewegt, und rund 150 von ihnen trafen sich am 23. November 1989 in einem Hörsaal der Universität, um in Zukunft eigenverantwortlich und selbstbestimmt ihre Sicht der gesellschaftlichen Notwendigkeiten zu vertreten. Dass wir heute durch unsere Wirtschafts- und Lebensweise nicht zerstören dürfen, wovon wir und folgende Generationen morgen noch leben wollen, war und ist Grundverständnis des Vereins und seiner Mitglieder.

„Konzept und Aktion“

Der Stopp des Tagebaus Cospuden 1990, der Vorhang aus Getränkedosen vor dem Rathaus und über die Hainstraße, die Demo gegen weiteren Straßenbau durch den Auwald oder die Aktion gemeinsam mit ROBIN WOOD gegen den Anteilsverkauf an den Stadtwerken haben die Aktionsfähigkeit des Vereins gezeigt, mit der öffentliche Aufmerksamkeit für dringende aktuelle Probleme mobilisiert wurde.

Konzepte wie die zu Tempo 30 in Leipziger Wohngebieten, zur Abfallwirtschaftssatzung, zu Entsiegelungspotentialen in der Stadt, Möglichkeiten der Partierenaturierung oder Umweltqualitätszielen zeigen das Bemühen, auch sehr detailliert und im Grundsätzlichen an Lösungen für Umweltprobleme im Leipziger Raum mitzuarbeiten. Dafür ist der Verein u.a. mit dem alternativen Verkehrspreis des Verbandes selbstverwalteter Fahrradläden, dem Preis für Abfallvermeidung des Landes Sachsen und dem Preis für nachhaltige Aktionen des Verbandes Umweltberatung Nordost ausgezeichnet worden. Nicht vergessen soll darüber die viele „unspektakuläre“ Arbeit sein: Stellungnahmen schreiben, die Mitarbeit im Netzwerk der GRÜNEN LIGA und in Gremien wie dem Umweltbeirat beim Regierungspräsidium oder

im Naturschutzbeirat der Stadt sowie die praktische Naturschutzarbeit gehören ebenso zum Profil des ÖKOLÖWEN wie seine Einrichtungen Stadtgarten Connewitz, Umweltbibliothek Leipzig und Kompostbüro.

Heute ist ein langer Atem gefragt

Nach zehn Jahren eine Bilanz über die Arbeit des ÖKOLÖWEN zu ziehen, heißt natürlich auch, die eigenen Einflussmöglichkeiten auf gesellschaftliche und behördliche Entscheidungen realistisch einzuschätzen. So waren die Jahre kurz nach der Wende von einer großen Offenheit der Verwaltung gegenüber Ideen und Konzepten geprägt, die von außen an sie herangetragen wurden. Bedingt durch den Neuaufbau der Umweltverwaltung und die Vielzahl der anstehenden Probleme wurde unser Engagement dankbar aufgegriffen. Die Mitgestaltung von behördlichen Planungsprozessen ist heute ungleich schwieriger und bedarf eines langen Atems. Die Einbindung von Umweltverbänden in Planungsprozesse hat heute in den meisten Fällen nur noch kosmetische Korrekturen der Planung zur Folge. Bei der Einbringung von eigenen Konzepten muss wesentlich intensiver Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit durchgeführt werden als noch vor wenigen Jahren. Trotz allem ist festzustellen, dass in Leipzig ein aufgeschlosseneres Klima für die Belange des Umweltschutzes herrscht, als dies anderswo der Fall zu sein scheint. Dies darf der Verein wohl zu einem Teil seiner Arbeit zurechnen, zum anderen Teil ist es unseren Partnern in den Verwaltungs- und Entscheidungsgremien zu danken.

Politische Vorentscheidungen unantastbar?

Eine realistische Einschätzung über die Arbeit des ÖKOLÖWEN zu geben, bedeutet gleichzeitig auch, Entwicklungen und Vorhaben zu benennen, bei denen wir bisher keinen Erfolg hatten. Das trifft insbesondere auf Vorhaben zu, für die bereits eine politische Entscheidung gefällt und damit ein ergebnisoffenes Verfahren unter Beachtung anderer Kriterien wie Umweltverträglichkeit, Finanzierung oder Sozialverträglichkeit nicht möglich war. Zu erwähnen ist beispielhaft die Planung der Abfalldponie Cröbern, wo der ÖKOLÖWE frühzeitig auf die

Überdimensionierung aufmerksam gemacht hat. Die nun wieder geplante Erhöhung der Müllgebühren ist eine heute zu tragende Erblast der damaligen Fehlentscheidung. Ein zweites Beispiel ist die unsägliche Diskussion um die Abaggerung der Gemeinde Heuersdorf. Schon bei der Planung des Kraftwerks Lippendorf haben wir auf die vorhandenen Überkapazitäten auf dem Strommarkt aufmerksam gemacht. Unter den heutigen Bedingungen des liberalisierten Strommarktes wird es noch deutlicher, dass die Strom- und Wärmekapazitäten von Lippendorf nicht gebraucht werden. Wir setzen uns deshalb weiterhin für den Erhalt von Heuersdorf ein. Der Beschluss der sächsischen Staatsregierung zur Divestierung von Heuersdorf muss zurückgenommen werden. Ein weiteres Dreiskau-Muckern und Werbelin – devastiert, aber wegen Rückgang der Kohleförderung nicht abgebagert – darf es nicht geben.

Steine brechen, Autos teilen

Wie kann es Leipzig schaffen, dass die Stadt wieder für mehr Menschen als Wohnort anziehend wird und der Trend zum natur- und ressourcenschonenden Siedlungsbau gedämpft wird? Wir wollen unseren Beitrag durch die Zusammenarbeit mit dem Pilotprojekt „Behutsame Stadterneuerung“ und die Kooperation mit dem Grünflächenamt bei der Aktion „Steinbruch und Fassadenbegrünung“ leisten, um die Wohnumfeldqualität in diesen Quartieren durch eine ökologische Aufwertung zu verbessern. Wir werden uns weiterhin in die Diskussion um eine umwelt- und stadtverträgliche Ausrichtung der Verkehrspolitik in Leipzig einbringen. So arbeiten wir derzeit mit den Leipziger Verkehrsbetrieben an der flächendeckenden Einführung eines CarSharing-Systems, das im kommenden Jahr gestartet werden soll. Wir wollen die intensive Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit fortsetzen, für die z. B. die Zusammenarbeit mit der Stadt bei der Ausrichtung der Leipziger Umwelttage steht, die im nächsten Jahr zum vierten Male stattfinden. Vaclav Havel schrieb einmal: Hoffnung ist nicht Optimismus. Es ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, ohne Rücksicht darauf, wie es ausgeht. In diesem Sinne können wir die nächsten zehn Jahre GRÜNE LIGA in Angriff nehmen.

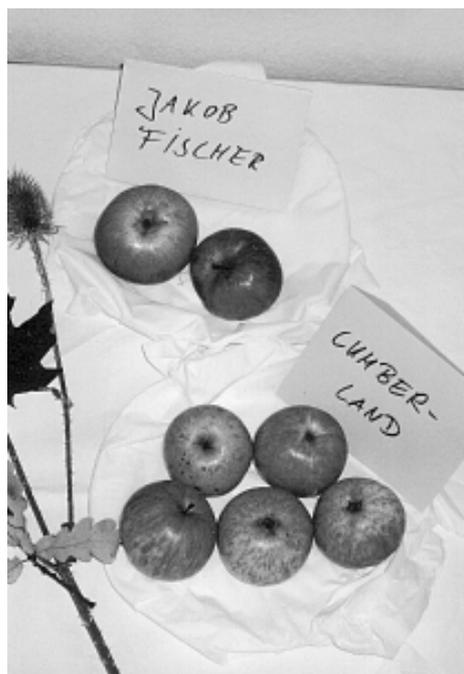
Der Autor ist Geschäftsführer des Leipziger Umweltverbandes ÖKOLÖWE (GRÜNE LIGA Sachsen) und Redakteur der Leipziger Umweltzeitung KURT.

Konsequent vielfältig

Bunte Menschen mit grünem Herzen

von Marco Schruhl

„Wir wollen konsequenten Umweltschutz betreiben und setzen dabei auf Vielfalt und Pluralität“, sagt Andreas Leps. Der junge, bärtige Landesgeschäftsführer der GRÜNEN LIGA Thüringen holt tief Luft und legt los: „...Kartierung von Ruderalflächen, Dachbegrünungs-Kampagne, Streuobstwiesen, Studie zur Effizienzkontrolle von Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen, Fahrradverleih, Umweltbibliotheken und Umweltmedienzentrum“ – Kurze Atempause – „Aktivitäten gegen Truppenübungsplätze, Seminar ‚Zeiss und die Rüstung‘ und immer wieder Stellungnahmen, Stellungnahmen. Wenn das nicht hilft: Podiumsdiskussion, Protestaktion bis hin zur Beteiligung einzelner an Feldbesetzung und zivilem Ungehorsam.“



Streuobst hat viele Namen

Fotos: Reizzwecke

Fast alle Projekte und Aktionen kennt Andreas Leps persönlich. 1993 kam er nach Thüringen, „frisch verliebt“. Politisch ist Leps nach eigenen Aussagen ein „Wendekind“. 1989/90 hat er in Wittenberg seine Sympathie für die Bürgerrechtsbewegung um Friedrich Schorlemmer entdeckt. „Mit meinem Umzug nach Thüringen kam dann auch der Umweltschutz dazu, der bei der GRÜNEN LIGA ja eng mit dem Bürgerrechtsgedanken verbunden ist.“

In der Thüringer GRÜNEN LIGA gehört Leps zur „zweiten Generation“, die nach 1992/93 dazu gestoßen ist. „Es war vor allem diese zweite Generation, die sich dafür eingesetzt hat, einen eigenen Landesverband zu gründen.“ Zuvor hatte es einige Diskussionen gegeben. Vor allem die erste Generation war skeptisch: „Wozu noch eine Ebene zwischen den Gruppen vor Ort und dem Bundesverband gründen?“ Neben der Bewahrung von Eigenständigkeit und dem Netzwerkcharakter war deshalb auch die Vermeidung unnötiger Bürokratie eine Bedingung für die Gründung des Thüringer Landesverbandes 1994.

Nach über fünf Jahren zieht Andreas Leps eine erste Bilanz:

„Die GRÜNE LIGA in Thüringen definiert sich nach wie vor über die Gruppen vor Ort.“

Der dem Landesverband vorstehende SprecherInnenrat hat sich als effektives Gremium erwiesen, um Informationen auszutauschen, die Arbeit vor Ort zu unterstützen und einige gemeinsame Projekte durchzuführen.“

So wird das ursprünglich in Erfurt entstandene Streuobstwiesenprojekt jetzt auch von anderen lokalen Gruppen angeboten. Vor Ort werden Streuobstwiesen gepflegt, ein „Pommologe“ bestimmt alte Apfelsorten. Zur Verwertung des Streuobstes hat der Landesverband eine Saftpresse angeschafft. Neben seiner Aufgabe als Landesgeschäftsführer sieht Andreas Leps seinen Schwerpunkt in der Arbeit vor Ort in Weimar. Dazu gehört der Protest gegen zwei unnötige Umgehungsstraßen und die Erarbeitung eines lokalen Nachhaltigkeitskonzepts für Weimar. Angebote wie Umweltbibliothek und Fahrradwerkstatt mit -verleih sollen erhalten bleiben. Am wichtigsten ist für die GRÜNE LIGA Weimar jedoch die Einmischung in die kommunale Umwelt- und Verkehrspolitik.

Andere Orte – andere Schwerpunkte. Die IG Stadtökologie Arnstadt z.B. zählt neben der Kommunalpolitik Umweltbil-



Andreas Leps

dung und Medienarbeit zu den Schwerpunkten. So entstand in Arnstadt das größte Umweltmedienzentrum in Thüringen.

Auch den Kampf gegen Autobahn und ICE-Trasse durch den Thüringer Wald hat man in Südthüringen noch nicht aufgegeben. „Die Südthüringer haben nach einiger Frustration im Kampf gegen die Großprojekte in den letzten Jahren neuen Mut geschöpft. Unabhängig vom Erfolg dieses Protestes soll es mit dem Umweltschutz vor Ort auch im Kleinen vorangehen. Dazu planen die Südthüringer eine regionale Umweltkonferenz, die auch für andere Regionen Schule machen könnte“, sagt Andreas Leps. Zudem gibt es in Bethem ein alternatives Lebensprojekt.

Das Geschehen in der GRÜNEN LIGA kann man aktuell in der „Reizzwecke“ verfolgen. Die Jugend- und Umweltzeitung für Thüringen wird schon seit sieben Jahren von der IG Stadtökologie in Jena herausgegeben. Nebenbei begrünt man in Jena Dächer und bringt Großprojekte wie Flugplatzausbau und Arbeitsamtsneubau in der Saaleaue zum Wackeln.

Erfolgreich protestierte man hier bereits gegen die geplante Freilandversuche mit „Roundup-resistentem“ genmanipuliertem Winterölraps in Hohlstedt bei Jena (siehe Kasten). Ende 1996 gab Monsanto den Versuchsstandort Hohlstedt auf. Andreas Leps: „Vielleicht war das kleine Dorf in Ostdeutschland ja für Monsanto der Anfang vom Ende.“

Der Autor ist Redakteur der Zeitung „Reizzwecke“.

Wenn wir stark bleiben...

10 Jahre Umweltarbeit in Magdeburg

von Gudrun Matschaß

Angefangen hat alles in unserer Familie. Der Aufenthalt in der Natur gehörte zum Lebensinhalt. Umwelt begriff ich zuerst als „schöne Landschaft“, die es zu schützen galt, weil sie einfach zur Lebensfreude beitrug.

1989 hatte auch mich eine ansteckende Euphorie ergriffen. Jetzt dürfen wir alles sagen, dachte ich, nun haben wir die große Chance, unsere Träume und Sehnsüchte wahr zu machen – alles, was jahrzehntelang unter den Teppich der Staatsmacht gekehrt wurde, können wir hervorholen.

Dass jeder unter Demokratie und eigenen Ideen etwas anderes versteht, sah ich 1990 bei einem Besuch in meinem Heimatdorf. Der Bürgermeister hatte im Auftrag des Gemeindefriedhofes Bäume auf dem kleinen Friedhof abhacken lassen, weil erstens die Blätter auf die Gräber fallen und zweitens Eschenholz nur Geld bringt, wenn es zu Brettern verarbeitet wird. Durch meine Fotos und Zeitungsartikel konnten weitere Baumfällaktionen verhindert werden. Dieses Erlebnis ließ in mir den Entschluss reifen, mich aktiv für den Naturschutz einzusetzen.

In Magdeburg konnte ich die Veränderungen sehen: Die Stadt glich nach der Schließung der SERO-Annahmestellen einem „Müllhaufen“. Durch das neu eröffnete Ökozentrum kam ich zur „Müllgruppe“. Jede Woche trafen sich fast zwanzig Leute in den Räumen der Grünen Partei, um Informationen zu Abfallwirtschaft und Müllverbrennung auszutauschen und sich der Müllprobleme anzunehmen. Mitglieder von Umweltverbänden, darunter die spätere Umweltministerin Heidrun Heidecke, und interessierte Bürger besuchten erste Abfallseminare.

Auch ich machte mich mit dem Abfallwirtschaftsgesetz vertraut, fotografierte weiter und schrieb kleine Zeitungsartikel. GRÜNE-LIGA-Mitbegründer Bernd Oppermann saß damals für den Verband im Magdeburger Stadtrat. Nach einer

Fraktionssitzung, wo ich Fotos und Artikel zur Magdeburger Müllmisere vorstellte, wurde mir Anfang 1991 eine ABM als Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit angeboten. Ich nahm gern an, denn seit 1989 war ich ohne Arbeit.

Am Anfang hatten wir ein kleines Büro mit einem Arbeitsraum und einer Abstellkammer. Die ersten Artikel und Briefe schrieben wir auf einer Schreibmaschine mit viel „Tipp-Ex“. Das erste Projekt war eine kleine historische Parkanlage

Um uns Kenntnisse über Ökologie, Politik und Gesetze anzueignen, besuchten wir Seminare der GRÜNEN LIGA Berlin und des Umweltbundesamtes. Meine Kolleginnen qualifizierten sich zu Umweltberaterinnen, ich arbeitete in der Bundeskontaktstelle „Abfall“ mit. Ich habe noch nie soviel Neues erfahren wie in den letzten zehn Jahren.

Unsere erste große Aktion war die Bepflanzung eines Feuchtbiotops. Unter dem Motto „Nicht nur vom Umweltschutz re-



Zwiebelernte in Frößnitz/Petersberg, 1995

Foto: Gudrun Matschaß

ge im Magdeburger Stadtteil Ottersleben. Um unser Pflegekonzept, das ökologische Schwerpunkte beinhaltete, gab es oft Auseinandersetzungen mit dem Grünflächenamt, denn Ökologie und Parklandschaft passen nicht immer zusammen. Unsere Zivildienstleistenden kümmerten sich um den Park, zwei Mitarbeiterinnen um die „Umwelterziehung“ und den Aufbau einer Umweltbibliothek, zwei weitere um die Finanzen.

Im Juni 1991 entstand der erste Magdeburger Umweltreport mit dem Untertitel „Eine Stadt macht sich kaputt“. Diesen überreichten wir vor laufenden Fernsehkameras dem Oberbürgermeister, um auf die katastrophalen Zustände aufmerksam zu machen.

den, sondern etwas tun“ verteilten wir Plakate und selbst gedruckte Flugblätter, um die Bürger der Stadt zum Müllsammeln einzuladen. Es kamen etwa achtzig Umweltfreunde, und wir hatten sogar ein Schlauchboot, um Müll aus dem Wasser zu fischen. Leider war der Erfolg nur von kurzer Dauer, denn nach acht Wochen war wieder alles „vollgemüllt“.

Wie geht man mit solchen und anderen Rückschlägen um? Darauf gibt es keine pauschale Antwort. Für mich und viele andere gilt heute noch: „Wir machen trotzdem weiter!“

„Ihr Grünen wollt doch wieder in die Höhle“, sagte ein Mitarbeiter der Wasser- und Schifffahrtsdirektion, als wir

uns gegen Staustufen in Elbe und Saale stark machen. „Die Verpackungssteuer macht die Wirtschaft kaputt“, hieß es von führenden Vertretern der Industrie- und Handelskammer. Auch mit solchen Pauschalurteilen mussten wir lernen umzugehen.

1993 war die GRÜNE LIGA mit einem Stand beim Evangelischen Kirchentag in München und zeigte unter anderem eine Fotodokumentation über die Colbitz-Letzlinger Heide. Alle demokratischen Strömungen und Parteien in Sachsen-Anhalt setzten sich damals noch für eine friedliche Nutzung der Heide ein. Der Truppenübungsplatz der Wehrmacht und der Sowjetarmee wurde sechzig Jahre benutzt und verwüstete eine einst schöne Landschaft. Auch die GRÜNE LIGA demonstrierte mit Plakaten: „Aufschwung Ost durch Schießplätze? Nein danke! – Rüstungsgelder für den Umweltschutz!“ Trotzdem beschloss das Verteidigungsministerium, die Heide weiterhin militärisch zu besetzen. Die Menschen in Sachsen-Anhalt bekamen ihren ersten Dämpfer in Sachen Mitbestimmung.

Heute baut die Bundeswehr ihr „Laseroeffengefechtzentrum“ mitten in die Heide. Es kostet Millionen Mark an Steuergeldern, doch was macht das schon. Die Rüstungsindustrie hat Aufträge, das zählt. Auch in der „superdemokratischen“ Bundesrepublik darf sich das Volk eben nicht alles erlauben.

Für mich war die Umweltarbeit eine große Bereicherung in meinem Leben, aber ich hatte auch große Schwierigkeiten, mit Gleichgültigkeit und Niederlagen fertig zu werden. 1996 wollte ich sogar aus der GRÜNEN LIGA austreten, weil auf der damaligen Mitgliederversammlung das Geld im Mittelpunkt stand. Meiner Meinung nach sind die Beiträge zu hoch, um z.B. Arbeitslose oder Alleinstehende mit Kindern zur Mitgliedschaft zu bewegen. Umweltarbeit darf nicht das Privileg einer „Elite“ sein, die es sich finanziell leisten kann.

Trotz mancher Enttäuschung gab es auch unglaubliche Momente, die mich wieder aufgebaut haben, wie beim Evangelischen Kirchentag 1995 in Hamburg. 5000 Menschen brachen in Jubel aus, als verkündet wurde, dass die Erdölplattform eines Ölmultis nicht in der Nordsee versenkt wird, sondern recycelt werden muss. Da wurde spürbar, welche Macht eine Massenbewegung auf Konzerne ausüben kann.

1995 bekam unser Landesverband die „Anerkennung nach §29 Bundesnaturschutzgesetz“, d.h. wir dürfen Stellung-

nahmen zu Bauvorhaben und zur Ausweisung von Naturschutzgebieten abgeben. Das bringt sehr viel Arbeit mit sich, denn pro Woche erhalten wir bis zu zwanzig Verfahren, die geprüft werden müssen. Nach anfänglicher Skepsis sage ich heute, es war die richtige Entscheidung. Die Informationen über Vorhaben sind sehr wichtig für unsere Arbeit und ermöglichen eine frühzeitige Beteiligung. So gaben wir auch eine Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan



Feste feiern können auch Ökos: Elbe-Saale-Camp 1995 Foto: Gudrun Matschaß

(LEP) von Sachsen-Anhalt ab. Bei der Anhörung im Landtag trug ich den Standpunkt der GRÜNEN LIGA vor: keine Staustufen in Elbe und Saale, keine Autobahn durch die Altmark, keine ICE-Trasse durch die Saale-Elster-Aue, keine weiteren Gewerbegebiete und keinen Wohnungsbau auf wertvollem Ackerboden. Weder Golfplätze im Harz noch ein gigantischer Großflughafen bei Stendal, von denen der Aufbau Sachsen-Anhalts abhängt. Und dann zitierte ich aus dem Buch „Grün kaputt“ von Dieter Wieland:

„Ein Kahlschlag geht durch das Land. Noch nie hat eine Generation so viel Landschaft verbraucht. Und so viel Bäume gefällt. Noch nie hat eine Generation so viel Natur bereinigt, begradigt, plantiert, drainiert und zugeschüttet. Und versiegelt und verbaut mit Asphalt und Beton.

Jedes Jahr 60.000 ha in der Bundesrepublik. Die Größe des Bodensees. Und schon wieder fehlen 3000 Kilometer Autobahn. Schon wieder fehlen Bauland und Gewerbezone. Wir planen für einen Kontinent mit unerschöpflichen Reserven. Dabei sind wir eines der kleinsten Länder der Welt. Immer größere und stärkere und schnellere Maschinen schieben die Grenzen des Machbaren täglich hinaus. Und erpressen durch ihren hohen Unterhalt täglich mehr und immer eiliger Entscheidungen. Gewachsen sind Bedenkenlosigkeit, Gleichgültigkeit und Ahnungslosigkeit. Bequemlichkeit und Trägheit. Achselzucken. Kompromißbereitschaft, wo es keinen Kompromiss mehr geben darf. Und täglich wachsen neue Ansprüche und neue Forderungen. Und neue Zwänge.

Eine immer kleiner werdende Bevölkerung beansprucht immer mehr Fläche. Und der Bedarf scheint unersättlich. Das tägliche Quantum Landverbrauch ist schon Routine. Ist schon Norm. Weniger bedeutet Krise. Sinkende Bilanzen. Weniger Arbeitsplätze.“

Trotz dieser Horrorvorstellung, die leider real ist, gibt es für die nächsten zehn Jahre noch viel zu tun, vor allem aber zu unterlassen. Ich wünsche mir von den Umweltschützern, vor allem in den Vorständen, eine Abkehr von „Elitegebaren“ und „Visionenspinnerei“. Das bringt uns nicht auf den Weg zu einer „Ökologisierung der Gesellschaft“, denn die meisten Menschen können sich darunter nichts vorstellen. Auch mit dem Begriff „Agenda 21“ weiß das Volk auf der Straße nichts anzufangen. Da haben wir irgendwo die Beziehung zur Realität verloren.

Durch unsere praktische, alltägliche Umweltarbeit versuchen wir, die Menschen zu gewinnen und zu überzeugen. Ein mühseliger Weg, aber der einzig gangbare. Umweltschutz fängt ganz bescheiden und klein an, durch die persönliche Betroffenheit jedes einzelnen, der nicht überfordert werden möchte, sonst macht er nämlich nicht mehr mit. Wir müssen die Sprache der Leute sprechen; das hochwissenschaftliche Vokabular, das auf manchen Umwelttagungen zelebriert wird, trägt nicht dazu bei, unser Anliegen „rüberzubringen“. Ich sehe als Hauptursache dafür, dass immer weniger Menschen bei uns mitmachen wollen, dass sie uns nicht mehr verstehen.

Die Autorin ist Mitarbeiterin der Landesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA Sachsen-Anhalt in Magdeburg.

Natur und Mensch unter Druck

Verkehrs-Rückschau 1993-99

von Inge Stenzel

Keine andere Branche zeigt die „Schere im Kopf“ zwischen Anspruch und Wirklichkeit so deutlich wie der Verkehrsbereich. Jeder weiß: wir gefährden mit unserem Mobilitätswahn in wachsendem Maße Weltklima und Gesundheit. Dabei geht es nicht mehr ausschließlich um die Bedrohung landschaftlicher Ressourcen wie unzerschnittener Biotop oder natürlicher Flussläufe. Es geht um unsere existenziellen Grundlagen, die bewusst oder unbewusst der Wirtschaft und ihrem Wachstum untergeordnet werden – insbesondere in einer Zeit, die durch steigende Erwerbslosigkeit geprägt ist. Weil die Masse unserer Mitbürger sich dem Trend anpasst und sich machtvollen ökonomischen Entscheidungen unterordnet, setzen nur wenige Aktive dieses Wissen auch in Handeln um.

Die für Umweltbewegte chaotische Verkehrspolitik vergangener und gegenwärtiger Verantwortungsträger zeigt, wohin eine Gesellschaft steuert, wenn die Schere zwischen Verantwortung und Macht kapitalgesteuert ist, wenn nicht mehr Gesetze Landschaften vor dem Betonieren schützen, sondern leere Kassen. Zur Farce geraten dabei plakative Feststellungen wie diese: „Der Rat der EU-Verkehrsmminister ist ernsthaft besorgt über die rasche Zunahme des Straßengüterverkehrs und des Luftverkehrs. Zukünftig soll Wirtschaftswachstum gesichert werden, ohne dass sich die negativen Folgen des Verkehrs auf die Umwelt verstärken.“¹

Hier kann man noch Millionen verschwenden

Die Wurzeln für Engagement im Verkehrsbereich liegen in regionaler Betroffenheit, die zu der Erkenntnis führt, dass sich die Probleme gleichen: Kapital und Wirtschaft sehen „Verkehrseingänge“ und fordern Großprojekte (Verkehrspunkte Deutsche Einheit). Die Politik schafft sodann die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu ihrer Durchsetzung (Beschleunigungsgesetz, Planungsvereinfachungsgesetz). Damit werden alle, die eine wirkliche Alternative zu einem geplanten Verkehrsweg fordern, von vornherein am Erfolg gehindert. Betroffenheiten werden relativiert, Klagen schei-

tern. Ganz selten kommt den „Streitern für eine andere Verkehrspolitik“ ein europaweit geltender Schutzstatus (Vogelschutz-Richtlinie, Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie) zu Hilfe, der Klagen auf internationaler Ebene rechtfertigt und politische Entscheidungen in Frage stellt, überlagert durch das „Argument der knappen Kassen“.



„Straßen verbinden“ - aber was, warum und wie?

Foto: Gudrun Matschaß

Ein Beispiel ist das jahrelange Tauziehen Bundesländer-übergreifender Verkehrsinitiativen um die inzwischen beiseitegelegte ICE-Trasse Nürnberg-Berlin, die mit ihrer geplanten Neubaustrecke Lichtenfels-Erfurt-Halle/Leipzig ein Lehrbeispiel für die genannten Wirkungsmechanismen ist. Mit den geplanten 180 bis zu zwanzig Meter hohen Betonsäulen durch die Saale-Elster-Aue wären EU-Schutznormen zur Ausweisung des NATURA-2000-Netzes verletzt worden – dort kommt u.a. regelmäßig der „streng geschützte“ Wachtelkönig vor. Dies sorgte unerschrocken dafür, dass die Entscheidung der damaligen rot-grünen Landesregierung von Sachsen-Anhalt zum politischen Druckmittel der EU auf die Bundesregierung wurde – das Kabinett hatte die Nichtausweisung der Saale-Elster-Aue als FFH-Gebiet wegen der Konkurrenz zur ICE-Trasse beschlossen. Dabei wurden Millionen in den Sand gesetzt – allein die Planungskosten zwischen Er-

furt und Halle/Leipzig betragen etwa eine halbe Milliarde Mark – und es werden immer noch riesige Summen für zu erfüllende Anschlussaufträge verschwendet. Wer kann dafür Rechenschaft fordern, dass diese Mittel dem sanierungsbedürftigen vorhandenen Streckennetz fehlen? Die Ironie der Geschichte will es, dass EU-Fördergelder dafür noch

nicht in Anspruch genommen werden können, weil Sachsen-Anhalt seine FFH-Gebiete immer noch nicht vollständig ausgewiesen hat.

Widerstand im Transitland

Weil in Sachsen-Anhalt zehn „Verkehrspunkte Deutsche Einheit“ geplant und damit Planungs- und Erfahrungsmuster für Straße (Autobahn), „schnelle Schiene“ (ICE) und Flussausbau (Saalestaustufe Klein-Rosenburg) vorhanden waren, versuchte das Saale-Büro der GRÜNEN LIGA eine Verkehrsinitiative des Bundesverbandes zu starten, die aber nicht finanzierbar war. Stattdessen bildete sich 1993 ein Facharbeitskreis Verkehr, in dem Aktive aus mehreren neuen Bundesländern die Thesen der GRÜNEN LIGA zu Verkehrsfragen entwickelten („Straßen sind aller Laster Anfang“).

Der Facharbeitskreis der GRÜNEN LIGA musste inzwischen in eine Bundeskon-

taktstelle im Regionalbüro Halle umgewandelt werden, weil durch Krankheit, Wechsel der Themenbearbeiter und besondere regionale Initiativen die Voraussetzungen für einen Arbeitskreis nicht mehr bestanden.

Die Praxis der vergangenen Jahre hat immer wieder gezeigt, dass die problembezogene überregionale Zusammenarbeit der Umweltverbände für die Stärkung ihrer Positionen in Verkehrsfragen unverzichtbar ist. Deshalb ist die Bundeskontaktstelle Verkehr eingebunden in ein bundesweites Netz von Initiativen: für die Stärkung der Flächenbahn, für die Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans, für eine europäische Schwerverkehrsabgabe, für die Erhaltung von Schutzgebieten an Havel, Elbe und Saale, für Tempo-30-Zonen innerorts.

Wirtschaft und Verkehr entkoppeln

Die Förderung bezahlbarer öffentlicher Verkehrssysteme und des nichtmotorisierten Verkehrs, die Instandsetzung und Modernisierung des vorhandenen Bahnnetzes (statt Streckenstilllegung und damit Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen von Mobilität) – das wird nur möglich, wenn die Beliebigkeit bei der Förderung des Individual- und Frachtverkehrs begrenzt wird durch steigende Sensibilität für Technik- und Verkehrsfolgen. Das bedeutet vor allem die Förderung von Verkehrsvermeidungsstrategien, z.B. durch die Entkoppelung von Wirtschaft und Verkehr, statt einer Fortsetzung der bisherigen „Straßenverkehrspolitik“.

Die Reduzierung der Stickoxidbelastung durch technische Verbesserungen an Kraftfahrzeugen ist nur ein Teilerfolg, den die Verkehrslobby überbewertet. Es bleiben und wachsen die Probleme durch zunehmenden CO₂-Ausstoß, der Ressourcen- und Landschaftsverbrauch, die Überlagerungseffekte mit Luftschadstoffen und insbesondere das Problem Lärm. Das bisherige Politikprinzip, es allen recht zu machen (Umweltverbände ausgenommen), funktioniert gerade im Verkehrsbereich nicht mehr. Solange die Preise im öffentlichen Verkehr ständig angehoben werden, ist dem „automobilen“ Bundesbürger sein Prestigeobjekt näher als die nächstgelegene ÖPNV-Haltestelle.

Anders an einem Sonntag im vergangenen November in Halle: Die Straßenbahn-Gesellschaft HAVAG hatte anlässlich der Einführung eines neuen Fahrplans und der Anbindung von Halle-Neustadt an das Straßenbahnnetz zur kostenlosen Mitfahrt eingeladen. Alle Bahnen waren gut besetzt bis überfüllt – eine enorme Akzeptanzsteigerung über das Portemonnaie. Es ist zu erwarten, dass schon bei einer Halbierung der Fahrpreise die Akzeptanz für den ÖPNV entscheidend steigen würde.

Die Durchsetzung des Marktwirtschaftsprinzips – Eigenerwirtschaftung von Betriebsmitteln über den Fahrpreis – funktioniert nicht bei der bisher praktizierten Wettbewerbsungleichheit der Verkehrs-



Grünes Rollback auf ostdeutschen Straßen? Foto: KFH

träger. Eine umweltverträgliche Gewährleistung von Mobilität gehört zu den Pflichten des Staates und nicht in die Alleinverfügung privater Anbieter.

Zunehmend wird auch das Konzept „Neue Arbeitsplätze durch umweltverträglichen Verkehr“ ausgehebelt. Ein Beispiel ist das wachsende Problem der globalen Märkte auch bei der Auftragsvergabe der Bahn. So äußerte der Bundesverkehrsminister vor der versammelten deutschen Bahnindustrie, dass diese „im Zeitalter der Globalisierung nicht das Recht beanspruchen kann, einziger Auftragnehmer eines staatlichen Eisenbahnmonopols (zu sein). Offene Märkte bedeuten einen Abschied von dieser traditionellen Vorstellung.“²

Fazit: Wir werden uns weiter einmischen mit dem Ziel, den Prozess der Globalisierung zu verändern zugunsten regionaler Aktivitäten.

1 DNR-EU-Rundschreiben 10-12/99.

2 Mitteldeutsche Zeitung (MZ), 15.10.99. Dazu auch MZ 1.11.99: "Adranz plant Abbau von 3000 Stellen".

Die Autorin koordiniert die Bundeskontaktstelle Verkehr der GRÜNEN LIGA.

Kurze Theorie der Beschleunigung

Die Probleme der Verkehrsbeschleunigung, wie sie 1993 auf dem Bürgerinitiativen-Verkehrskongress in Halle thematisiert wurden, sind inzwischen offensichtlicher geworden:

- Die Geschwindigkeit der Fortbewegung nimmt zu.
- Die Strecken wachsen proportional zur Geschwindigkeit.
- Der Energieverbrauch steigt exponentiell mit der Geschwindigkeit.
- Landgebundene Verkehrsmittel beanspruchen mit zunehmender Geschwindigkeit mehr Fläche. Das „kinetische Produkt“ steigt mit der dritten Potenz
- Mit zunehmender Geschwindigkeit schrumpfen die Abstände. Ballungsräume und „Werktagshauptstädte“ entstehen.
- Mit zunehmender Mobilität wächst die Abhängigkeit des ökonomischen Systems vom Verkehr.
- Die Beschleunigung wird durch das kinetische Kapital in Gang gehalten und vorangetrieben (kinetische Kolonialisierung).

Von A wie Abfall bis Z wie Zoo

von Heidrun Kopf

Wissen ist Macht! Deshalb gibt es bei der GRÜNEN LIGA in Halle eine Umweltbibliothek. Nun fragen Sie sich vielleicht, warum bei der GRÜNEN LIGA und wer sind die Benutzer? Die Antwort ist eigentlich einfach.

Jede neue wissenschaftliche Erkenntnis, die unser Verhalten beeinflusst, führt zu einem mehr oder weniger emotional ausgetragenen Pro oder Kontra.

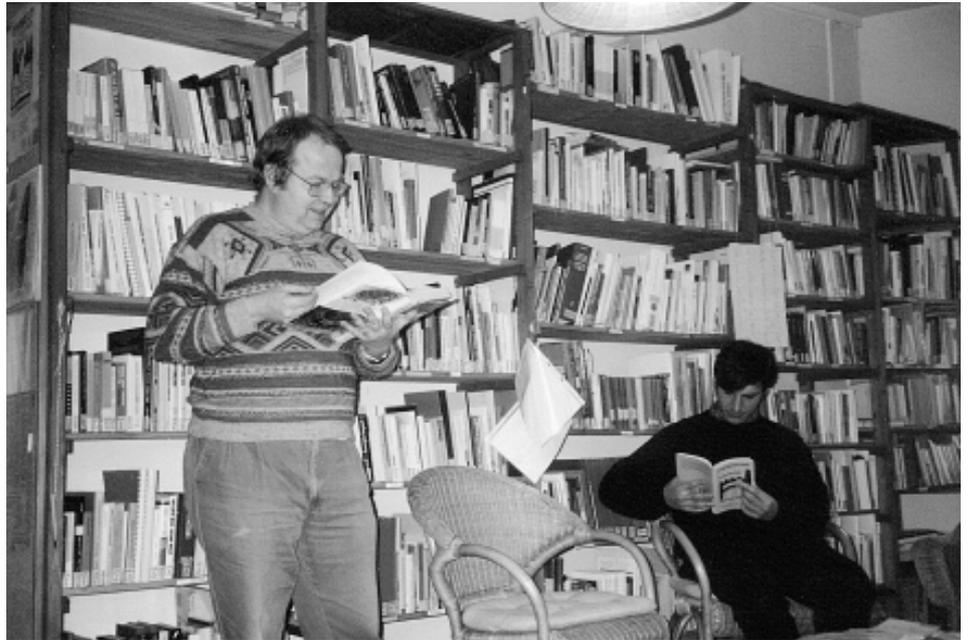
In unseren Buchbeständen finden sich besonders die wissenschaftlichen Abhandlungen, die das Kontra hervorheben. So sind kritische Werke über Gentechnik, Straßenausbau, Massentierhaltung, Abfallentsorgung, Eingriffe in Fließgewässer usw. ausleihbar. Diese Gegenargumente werden in der heutigen technologisierten und grundsätzlich ökonomisch ausgerichteten Welt häufig außer Acht gelassen. In der Umweltbibliothek sind solche wissenschaftlichen Gegenargumente für alle zugänglich.

In den letzten Monaten der DDR spielten die Umweltfragen im Raum Halle-Leuna-Bitterfeld neben dem Wunsch nach politischen Veränderungen eine entscheidende Rolle. Die ökologische Arbeitsgruppe beim Kirchenkreis Halle trug ab 1988 mit ihrer Bibliothek dazu bei, interessierten Bürgern oft nicht zugängliche Umweltli-

teratur anzubieten. Das war der Anfang der halleschen Umweltbibliothek.

Zu dieser Zeit war ein Raum in der evangelischen Georgengemeinde der Treffpunkt für vorwiegend Jugendliche, die sich hier informieren konnten. Damals waren „Spiegel“ und „GEO“ sehr begehrt, das Interesse der Leser war riesig. Es gab auch einen sehr großen Nachholbedarf an

Zeitschriften sowie Loseblattsammlungen zu Umwelttechnik und -recht. Unter den mehr als 400 ständigen Nutzern sind vor allem junge Menschen, die sich für Umweltfragen, ökologischen Landbau, Naturschutz und Gentechnologie interessieren. Auch Gruppen aus Schulen und Umweltverbänden besuchen die Umweltbibliothek, um zu lesen, zu diskutieren, sich Videos anzuschauen, sich selbst eine Mei-



Der Weg vom Wissen zum Handeln beginnt oft in der Umweltbibliothek

Foto: Archiv

Hallesche Umweltblätter

Calendula bietet seit sieben Jahren ein Podium für halleschen Umweltengagierte und -interessierte. Die Zeitschrift berichtet monatlich über die regionale und kommunale Umweltpolitik, bringt aber auch populärwissenschaftliche Beiträge. Dazu kommen Veranstaltungen und Anschriften der halleschen Umweltvereine und -initiativen. Die ehrenamtliche Redaktion besteht aus fünf Mitarbeitern solcher Verbände. Die Druckkosten werden durch (Förder-)Abos, Spenden und Zuwendungen der Verbände aufgebracht. So wird auch der monatliche Vertrieb an Institutionen, Parteien und Verwaltungen finanziert, die so kostenlos erfahren, was (über sie) geschrieben wird. Dies hat über die Jahre eine gewisse politische Wirkung nicht verfehlt. M.S./G.M.

Informationen über Umweltdaten. Unter Leitung von Mathias Waschitschka gelang es, einen Buchbestand aufzubauen, der Antworten auf solche drängenden Fragen geben konnte.

In der bewegten Wendezeit wurde die kleine Bibliothek stark besucht. Anfang 1990 erhielt die Umweltbibliothek einen eigenen Raum im „Reformhaus“ der Bürgerbewegungen. Von Fördermitteln wurde weitere Literatur gekauft. Gleichzeitig erweiterten sich auch die Schwerpunkte um Themen wie Altlasten, Recycling, Landschaftspflege oder Umwelterziehung.

1992 erhielt die GRÜNE LIGA den Auftrag, die Bibliothek weiterzuführen. Der Buchbestand erhöhte sich durch Zuwendungen und Spenden kontinuierlich. Ein Videorecorder wurde angeschafft und ein computergestütztes Bibliotheksverwaltungsprogramm installiert. Der Buchbestand stieg auf über 2000. Dazu kamen 14 aktuelle

Informationen über Umweltdaten. Unter Leitung von Mathias Waschitschka gelang es, einen Buchbestand aufzubauen, der Antworten auf solche drängenden Fragen geben konnte.

Informationen über Umweltdaten. Unter Leitung von Mathias Waschitschka gelang es, einen Buchbestand aufzubauen, der Antworten auf solche drängenden Fragen geben konnte.

Die Autorin leitet die Umweltbibliothek der GRÜNEN LIGA in Halle.

10 Jahre „Wende“ – 10½ Jahre BI Kernenergie



von Anke Wagner

Die Bürgerinitiative Kernenergie wurde im Frühjahr 1989 von Greifswalder Ärzten und Ärztinnen gegründet, um die Gesundheitsrisiken und unglaublichen Sicherheitsmängel des Atomkraftwerks „Bruno Leuschner“ in Lubmin öffentlich bekanntzumachen.

Nicht zuletzt dem hartnäckigen Engagement der BI Kernenergie ist es zu verdanken, dass diese „atomaren Zeitbomben“ 1990 abgeschaltet wurden. Das gleiche Schicksal widerfuhr auch dem ersten, schon 1960 in Betrieb genommenen DDR-Atomkraftwerk, einem 63-MW-Reaktor gleicher Bauart in Rheinsberg. So blieb Greifswald und Rheinsberg der GAU erspart, doch nicht der BI die weitere Arbeit. Weil die West-Stromkonzerne kein Interesse an diesen DDR-Altlasten zeigten, wurden sie Bundesbesitz und in die Energiewerke Nord (EWN) umgewandelt. Dann wurde recht schnell der „schnelle Abriss“ beschlossen.

Der Abriss ist ein weltweit einmaliges Experiment, denn noch nie wurden AKWs russischer Bauart von dieser Größe und mit Laufzeiten von bis zu 17 Jahren (wie in Lubmin) abgerissen. Mit der Stilllegung haben sich auch die Aufgaben der BI verändert. Sie versucht seitdem darauf aufmerksam zu machen, dass durch den Abriss radioaktive Belastungen auf die Bevölkerung in der Region zukommen. Sie fordert eine Diskussion der Frage, ob der „schnelle Abriss“ überhaupt die sicherste Variante des Umgangs mit stillgelegten AKWs ist. Denn weder die alte noch die „neue“ Bundesregierung und schon gar nicht die EWN lassen in dieser Frage so etwas wie ein Problembewusstsein erkennen.

Atomtüll-Aufschwung Ost

Der „schnellen Abriss“ zieht außerdem ein weiteres Problem nach sich. Mit ihm wird zur Zeit der Bedarf an dem neu errichteten Zwischenlager Nord (ZLN) begründet. Doch das war nicht immer so: Anfangs wurde das ZLN ganz offiziell als bundesweites Zwischenlager geplant, bis sich in der Bevölkerung Protest regte. Erst danach änderte sich die Argumentation in die Richtung, dass das ZLN nur für den Müll aus Lubmin und Rheinsberg gebaut werden solle. Nicht geändert hat sich hingegen die Größenordnung, so dass Umweltminister Trittin im November 1999

ein Zwischenlager genehmigt hat, das für den Bedarf der beiden Standorte viel zu groß ist. In der Castor-Halle bleiben z.B. 40 Stellplätze frei. In den Hallen für schwach- und mittelaktiven Müll wird bereits seit zwei Jahren das praktiziert, was die EWN eigentlich mit dem Zwischenlager Nord wollen: die Konditionierung und Lagerung von Müll aus diversen bundesdeutschen Atomkraftwerken. Denn nur das bringt Geld. Ein Mitarbeiter des Bundesumweltministeriums meinte zur Kritik an dieser Praxis, dass wir uns doch freuen sollten, dass „unsere“ Konditionierungsanlagen so beliebt seien, schließlich seien sie billig und sichern Arbeitsplätze. Wenn die ersten Castoren, die aus politischen Gründen nicht in Ahaus oder Gorleben ankommen, nach Lubmin rollen, werden wir wohl ein ähnliches Argument zu hören bekommen. Dazu kommt vielleicht noch der Verweis auf die rechtliche Lage, die es nicht gestattet, eine Einlagerungsbeschränkung auf „Ost-Müll“ durchzusetzen, obwohl es in der aktuellen Diskussion immer als machbar hingestellt wird.

Atomare Standortpolitik

In Zukunft werden sich die Arbeitsgebiete der BI Kernenergie noch weiter ausdehnen müssen. Schon jetzt wird der Standort Greifswald/Lubmin von den EWN samt seiner „atomfreundlichen Bevölkerung“ für diverse Zukunftsprojekte der Atomindustrie beworben: Für den Europäischen Druckwasserreaktor EPR wird eine Fläche freigehalten, ebenso für das Kernfusionsprojekt ITER. Für die Fusionsforschung wird bereits ein millionenschweres Experiment mit dem Namen „Wendelstein 7x“ am Stadtrand von Greifswald errichtet. Das aktuelle Gesäusel, dass in Lubmin ja schon der Ausstieg vollzogen sei, dass sogar ein Gaskraftwerk gebaut werde (wenn auch in einem EU-Vogelschutzgebiet), übertönt diese Pläne der EWN nur so lange, bis sich der politische Wind dreht. Dies äußert die Standortkommission, die die weitere Nutzung des Geländes planen soll und der natürlich auch die EWN angehören, ganz offen.

Der nächste Castor rollt nach Greifswald

Das aktuellste Problem ist der zu erwartende Castor-Transport von Rheinsberg nach Greifswald. Vier Castoren mit den abgebrannten Brennelementen sollen im Frühjahr nach Lubmin transportiert werden. Besonders problematisch ist auch hier, dass der hiesige Castor-Behälter trotz völlig anderer Konstruktionsart nicht



Aktion zur Eröffnung der Hallen 1-7 des atomaren Zwischenlagers Nord (ZLN) 1997
Fotos: BI Kernenergie

durch praktische Tests auf seine Sicherheit gegenüber hohen Temperaturen, Sturz usw. geprüft worden ist.

Es gibt keine schlechteren (von laufenden AKW nach irgendwohin) oder besseren Atomtransporte (von Rheinsberg nach Lubmin). Es ist skandalös, dass sogar im Umweltministerium inzwischen dieser Unterschied gemacht wird, um einen an sich ziemlich überflüssigen Transport zu rechtfertigen. Die Castoren können auch in Rheinsberg stehen bleiben, bis ein Endlager in Betrieb ist. So bleibt wieder nur die BI, die gemeinsam mit der bundesweiten Anti-Atom-Bewegung diesen Transport verhindern will. Viel Arbeit also für die rund zwanzig Aktiven, die im letzten Jahrzehnt vor allem eines gelernt haben: niemals aufzugeben, jedenfalls nicht, bis das letzte AKW abgeschaltet, das letzte Fass Atomtüll so sicher wie möglich gelagert ist und der Strom von der Sonne produziert wird!

Die Autorin ist Vorsitzende der BI Kernenergie Greifswald.

Zehn Jahre Arbeit – und nun?

Erfahrungen aus dem brandenburgischen Gransee – die sich ohne weiteres verallgemeinern lassen

von **Norbert Wilke**

Als Mitbegründer der GRÜNEN LIGA habe ich den Werdegang des Vereins in den letzten zehn Jahren aufmerksam verfolgt. Einige Anmerkungen sind meinerseits notwendig.

Die Entstehung der GRÜNEN LIGA reicht in das Jahr 1989 zurück. Mit der Gründung der Gesellschaft für Natur und Um-

gen wurden ausgebaut. Aufgrund der ersten Kartierungen der Fachgruppen wurden Unterschutzstellungen beantragt und zum Teil durch die Behörden umgesetzt. Die Basisgruppen agierten zunehmend losgelöst von den Vorständen.

Zeitgleich bildeten sich 1986 kirchliche Umweltgruppen, die den Freiraum Kirche nutzten, um auf schwerwiegende Umweltprobleme in der DDR hinzuweisen. So entstand 1986 der Evangelische Umweltkreis Menz, der sich u.a. mit den Auswirkungen des Kernkraftwerks Rheinsberg auf das Umland beschäftigte. Zunehmend fanden auch politische Themen Eingang in die Arbeit der kirchlichen Umweltgruppen.

Vereinigung und Teilung

Angesichts der wachsenden Umweltprobleme und der allgemeinen Stagnation in der DDR gab es bald erste gemeinsame Aktionen kirchlicher und staatlicher Umweltschützer. Im Sommer 1989 kam es zu Treffen der Stadtökologiegruppen mit Vertretern kirchlicher Umweltgruppen.

Hier liegen die Wurzeln der GRÜNEN LIGA.

Auf dem Landschaftstag des Kreises Gransee im Oktober 1989 wurde der Gründungsauftrag für eine GRÜNE LIGA bekannt gemacht. Am 3. Januar 1990 wurde die GRÜNE LIGA Oberhavel in Zehdenick von mehr als 70 Leuten gegründet. Die LIGA war somit die größte Umweltschutzorganisation; kirchliche Umweltgruppen, die GNU-Fachgruppen und ehrenamtliche Naturschutzhelfer hatten sich in ihr vereinigt. In der Folgezeit

wurden Fach- und Themengruppen gebildet, die eigenständig arbeiten sollten.

Mit der Volkskammerwahl vom März 1990 wurden dann die Weichen auf Wiedervereinigung gestellt. Damit endete automatisch der „Alleinvertretungsanspruch“ der GRÜNEN LIGA für Ostdeutschland. Im gleichen Jahr gründete sich der Naturschutzbund (NABU), im Mai 1990 auch im Kreis Oberhavel. Die GRÜNE LIGA vermochte es nicht, die Naturschutzfacharbeit an sich zu binden. So sammelten sich die Mitarbeiter der ehemaligen Fachgruppen beim Naturschutzbund. Die GNU als nicht gewachsene Umweltgruppe im Kulturbund löste sich auf. Ganze Bezirksgruppen, wie in Frankfurt/Oder, wechselten zum BUND.

Diese Teilung der Umweltbewegung lähmte fortan die Aktivitäten. Diese Lähmung hält bis heute an. Eine Zusammenarbeit zwischen den Verbänden erfolgt nur sporadisch und nicht kontinuierlich.

Das hohe Maß an ehrenamtlicher Arbeit, das in der Wendezeit vorhanden war, brach weg. Die notwendige Neuorientierung der meisten Menschen ließ nachhaltige personelle Umbrüche folgen.

Einen besonderen Aderlass stellte der Wechsel aktiver Leute in Politik und Behörden dar. Wegzüge, insbesondere nach Westdeutschland, und Rückzüge aus dem gesellschaftlichen Leben bis hin zum Selbstmord ließen die Mitstreitergruppen schmelzen. Viele ehemals jugendliche Grünligisten etablierten sich in der Gesellschaft und fanden ihren Platz im System. Die Arbeitsintensität ließ fortan keinen Raum für ehrenamtliche Umweltschutzarbeit, es blieben nur Erinnerungen und Nostalgie.

Ökologischer Rollback

Spätestens ab 1993/94 wurde durch Politik und Medien ein Rollback im Umweltbereich eingeleitet. Insbesondere in der Presse wurden die Umweltschutzarbeit und ihre Vertreter diffamiert und als Wirtschaftsbremser dargestellt. Zeitgleich brach bei der Landtagswahl 1994 in Brandenburg das parlamentarische Standbein der Um-



10 Jahre später: ratlos oder ideenreich?

Foto: GL Brandenburg

welt (GNU) im Jahr 1980 unternahm der Staat den Versuch, eine in den DDR-Kulturbund integrierte „sozialistische Umweltbewegung“ als Gegenpol zu den in der Bundesrepublik erstarkten Grünen zu setzen. Bei der GNU handelte es sich also um eine von „Oben“ ins Leben gerufene Bewegung. So gab es als erstes einen Vorstand, in den Betriebsleiter, Behördenvertreter und Wissenschaftler berufen wurden. Im Kreis Oberhavel waren das u.a. der Leiter der Meliorationsgenossenschaft, die CDU-Kreisumweltschutzamtsleiterin und ein Mitarbeiter des Limnologischen Instituts am Stechlinsee. Durch die Einbindung der seit Jahren ehrenamtlichen Naturschutzhelfer bekam die GNU schnell eine Basis. Es gründeten sich Facharbeitsgruppen, eine Vernetzung der Naturschutzaktivitäten begann, naturschutzfachliche Einrichtungen

weltbewegten – Bündnis 90/Die Grünen – weg.

Die Arbeit der GRÜNEN LIGA blieb auf einem niedrigen Niveau stabil, während viele andere „Wendevereine“ schnell von der Bildfläche verschwanden. Die umweltpolitischen Durchbrüche blieben der LIGA in Brandenburg verwehrt. Weder die Volksinitiativen und -begehren noch die Aktionsbündnisse führten zum Erfolg. Verhinderte Großprojekte waren meist nur das Ergebnis des finanziellen Rückzugs von Investoren.

Von der Politik wurde jeder Schwachsinn an Projekten im Land gefördert, um einen wirtschaftlichen Aufschwung vorzugaukeln. Es gab keine Regeln mehr. Naturschutzschädigende Vorhaben wurden rechtlich durchgedrückt. Die Arroganz der alleinregierenden SPD im Land Brandenburg führte zu einer verstärkten Abwendung der Bürger von der parlamentarischen Demokratie (50% Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 1999).

Heute stehen die Zeichen schlecht. Mit der Auflösung des Umweltministeriums nach der Landtagswahl 1999 und der Angliederung einiger Abteilungen an das Landwirtschaftsministerium wird deutlich, welcher Stellenwert der Umweltarbeit unter der SPD/CDU-Koalition zugemessen wird. Die Institutionelle Förderung für Umweltvereine im Land ist in Gefahr, die weitere Existenz einer Landesgeschäftsstelle mit bezahlten „Naturschutzfunktionären“ ist fraglich. Die ehrenamtliche Arbeit hat einen Tiefpunkt erreicht, neue aktive Mitstreiter werden kaum noch gewonnen. Der Rückzug in die gesellschaftlichen Nischen ist weit vorangeschritten.

Wir stehen nicht nur am Anfang eines neuen Jahrtausends. Grundlegende Lebenseinstellungen und Werte sind in Frage gestellt. Die Existenz der Umwelt und der Menschheit ist bedroht. Politik und Wirtschaft haben über die Medien die Gesellschaft im Griff. Trotz ständig wachsender Umweltprobleme wie Klimaänderung, Waldsterben, Ozonbelastung oder Artensterben werden diese Themen aus dem Bewußtsein weitgehend ausgeblendet und eine heile Welt vermittelt, die es nicht mehr gibt.

Chancen für die GRÜNE LIGA

Die GRÜNE LIGA kann sich nur als konsequente Nichtregierungsorganisation etablieren und überparteilich arbeiten.

Der basisdemokratische Ansatz der Arbeit und die Aufgabenverteilung von unten nach oben müssen gewahrt bleiben.

Der Verein muß in jeder Weise handlungsfähig bleiben, Sponsoring-Aktionen dürfen nicht zu Abhängigkeiten führen.

Ein klares Profil zu den anderen, etablierten Umweltverbänden muß erkennbar bleiben. Für Menschen, die zunehmend kritisch zu der Arbeit dieser Vereine eingestellt sind, muß die Tür bei uns offen stehen.

Da sich die Umweltprobleme verschärfen, muß die LIGA auch mehr umweltpolitische Oppositionsarbeit leisten. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen hat mehr und mehr den Anspruch aufgegeben, die parlamentarische Interessenvertretung des Umweltgedankens zu sein. Eine zu enge

Bindung an diese Partei wäre für unsere weitere Arbeit kontraproduktiv.

Die Basisarbeit der Regionalgruppen muß das Primat haben. Wir sind mehr als ein Umweltverein. So müssen auch private Belange von Mitgliedern berücksichtigt werden – z.B. keine Überlastung von Aktivisten, Pflege persönlicher Kontakte und Mitgliederpflege. Die sich abzeichnende finanzielle Verschlechterung für die Landesverbände erfordert neue Wege. Es sollten langfristig Möglichkeiten geschaffen werden, den Verein ohne Bundes- oder Landesfinanzierung zu führen und auf rein ehrenamtlicher Basis zu arbeiten. Die Landesverbände müssen diese Variante prüfen.

Die LIGA muß mehr vom Reagieren zum Agieren kommen. Gesellschaftliche und umwelttechnische Alternativen müssen gelebt und praktiziert werden. Alternative Lebensformen können schon heute Keimzellen einer neuen Gesellschaftsform bilden und müssen verstärkt unterstützt werden. Wir werden in den nächsten Jahren erhebliche Verluste an Landschaft, Naturlandschaft und Arten, somit an Lebensqualität, hinnehmen müssen. Der Verein GRÜNE LIGA wird finanzielle und personelle Rückschläge erleiden und möglicherweise bald absolut ehrenamtlich arbeiten. Die GRÜNE LIGA ist der aus meiner Sicht beste Umweltverband, und wir tragen eine Tradition und eine Idee ein Stück weiter, ohne zu wissen, ob wir jemals den Erfolg sehen werden. Es wird eine neue Generation in der Umweltbewegung heranwachsen.

Der Autor ist Sprecher der GRÜNEN LIGA Oberhavel (Brandenburg) und Mitglied des Bundessprecherrats der GRÜNEN LIGA.

ES GRÜNT SO GRÜN

Grüne Liga, Grüne Partei, Grüne Jugend, Grüne Liste ...
Was ist der Unterschied?

GRÜNE LIGA:
Vereinigung, Bündnis aller ökologisch interessierten Kräfte in der DDR, sachlich ausgerichtet, unabhängig, parteiübergreifend (bspw. sind Gruppen, Verbände, Kommissionen verschiedener Parteien eingeschrieben);

GRÜNE PARTEI:
politische Partei, die für eine auch ökologisch ausgerichtete Politik eintritt und diese parlamentarisch umsetzt;

GRÜNE JUGEND:
politische Vereinigung ökologisch interessierter Jugendlicher, Mitglied der GRÜNEN LIGA;

GRÜNE LISTE:
1. Vereinigung, Bürgerbewegung, Mitglied der GRÜNEN LIGA;
2. gemeinsamer Listenname verschiedener Parteien, Vereinigungen usw. zum Aufstellen von Kandidaten zu den Kommunalwahlen (örtlich andere Bezeichnungen möglich).

Vor zehn Jahren: grüne Vielfalt, manchmal verwirrend

Zeitung der GRÜNEN LIGA, 1990

Anzeige

MATROSEN
Agentur für Print und Online

**Layout und
Webdesign
für NGOs**

Greifswalder Straße 4 10405 Berlin
T: 030.20.45.35.77 F: -78 www.matrosen.de

Aus der Kirche ins Dorf

Der Umweltkreis Menz – eine Keimzelle der Ökobewegung Ost

von Reinhard Dalchow

Anfang der 80er Jahre begannen wir in Menz mit ersten Treffen eines kirchlichen Umweltkreises. Eigentlich nichts



Zum traditionellen Kirchlichen Umweltsonntag in Menz bei Rheinsberg kamen auch 1997 viele...

Spektakuläres, eher ähnlich den Treffen guter Fachgruppen der Gesellschaft für Natur und Umwelt. Das Besondere lag in dem Versuch, die Fragen und Probleme von Natur und Umwelt in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Also das, was uns Menschen in den Dörfern nachgesagt wird - sie entfernen sich nur so weit, wie sie auch die Kirchturmspitze ihres Dorfes noch sehen können - sollte im Blick auf die Umweltprobleme durchbrochen werden.

Das geschah nicht von heute auf morgen, es war ein Entwicklungsprozess. Hilfreich war für uns der Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit von 1973. Wir sahen, dass die Belastung unseres Bodens und Grundwassers durch die sogenannte industrielle Landwirtschaft ihre Ursache in dem immensen Fleischverbrauch der DDR und dem überdurchschnittlichen Export zur Devisenbeschaffung hatte. Deshalb sprachen wir über alternative Ernährung, ethische Verantwortung gegenüber Massentierhaltung und unverantwortlichem Düngemittel- und Pestizidmitteleinsatz.

Die Katastrophe von Tschernobyl führte uns zu Grundsatzfragen an den Energieverbrauch - beziehungsweise die Energieverschwendung. Das Kernkraftwerk

Rheinsberg vor der Tür, begannen wir die Atomkraft kritisch zu hinterfragen. Ein großer Teil der Bevölkerung, der im Werk eine gut dotierte Arbeit hatte, hörte allerdings kritische Fragen nicht gern. Dennoch sahen wir es als unsere ethische Verpflichtung an, über die gravierenden Probleme der Atomkraftwerke mit all ihren Folgen zu reden.

In und nach der Wende war plötzlich alles ganz anders. Endlich konnten wir umfassendere Informationen bekommen. Und es war in einem bisher unbekanntem Maß möglich, sich außerhalb kirchlicher Räume mit Umweltfragen kritisch auseinanderzusetzen. Mit Gleichgesinnten gab es einen Aufbruch in die Öffentlichkeit. Wir gründeten im Kreis Oberhavel die GRÜNE LIGA mit - und gehören ihr als Kirchlicher Umweltkreis Menz bis heute an.

Die GRÜNE LIGA als Netzwerk hat sich bewährt, weil sie den Mitgliedsgruppen die Eigenständigkeit nicht nimmt und dennoch eine intensive Zusammenarbeit ermöglicht.

Die Umweltprobleme haben sich in den letzten zehn Jahren nicht wesentlich verändert. Sie sind nur subtiler geworden. Wissenschaftler und Institute, Verbände und Initiativen können ihre Forschungsergebnisse präsentieren, ihre Sicht der Dinge darstellen. Ob Gentechnik oder Ozonloch - um nur zwei Beispiele zu nennen -, es sind komplizierte Sachverhalte, die in ihren Auswirkungen auf Mensch und Natur unterschiedlich bewertet werden. Der Anspruch auf wissenschaftliche Nachweisbarkeit oder Beweisbarkeit wird jedoch überbetont. Die Betroffenheit vieler Bürger, etwa bei der Atompolitik, wird zwar zur Kenntnis genommen, hat aber bisher wenig Auswirkungen auf Wirtschaft und Politik.

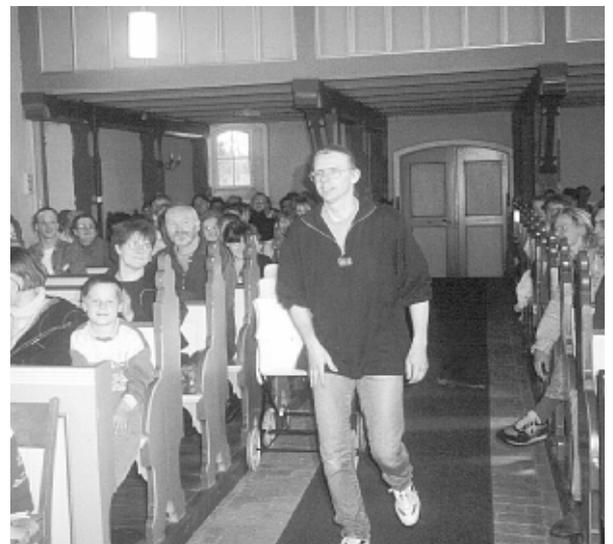
Die augenblicklichen Auseinandersetzungen zwischen Politik und Wirtschaft um die Atomausstiegs-Szenarien zeigt es überdeutlich.

Gutachten, Forschungsergebnisse und viel Informationsmaterial liegen zu den meisten gravierenden Umweltproblemen vor, die Umsetzung allerdings kommt nur im Schnecken-tempo voran.

Unsere Hoffnung, dass es mit dem Neuanfang nach der Wende zu einer vernünftigen, gleichrangigen Beziehung zwischen Ökonomie und Ökologie kommen könnte, hat sich nicht erfüllt. Dabei gibt es viele gute und nachvollziehbare Entwürfe, die auch eine vernünftige ökologische Entwicklung beinhalten, wie z.B. die Ökosteuer. Bei der öffentlichen Diskussion über die Kosten werden aber ökologische Kriterien wie die Klimaproblematik selten angesprochen.

Deshalb bleibt es Aufgabe der Umweltverbände und auch der Kirchen, die Strukturen und Mechanismen, die weltweit ein riesiges zerstörerisches Potential erreicht haben und große soziale Probleme mit sich bringen, aufzudecken und so für die Bewahrung der Schöpfung einzutreten.

Der Autor ist Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und Vorsitzender des Vereins pro terra, der die gleichnamige Umweltzeitung herausgibt.



...unter ihnen Liedermacher Gerhard Gundermann

Fotos: Reinhard Dalchow

Ralf bäckt

Geburtstagstorte!

von Eva Schmitt

Was essen Raben gern? Natürlich Körner und Nüsse, wie alle Vögel (neben vielem anderen)! Deshalb wollen wir eine Geburtstagstorte mit Samen und Nüssen backen. Der große Vorteil dieser Torte ist, daß sie leicht gelingt. Torten erfordern normalerweise einen Bisquitboden, und der wird bei mir fast nie so, wie er soll. Anders bei dieser Torte.

125 g fein gemahlener Weizen
 25 g Naturreis, ebenso fein gemahlen
 250 g Butter
 100 g Vollrohrzucker (Granulat)
 4 Eier
 ½ Päckchen Weinsteinbackpulver
 1 TL Naturvanille oder Mark einer Vanilleschote
 1 Prise Salz
 abgeriebene Schale und Saft einer halben Zitrone (unbehandelt!)
 200 g Haselnüsse
 50 g Sonnenblumenkerne
 75 g Kürbiskerne
 50 g Bitter- oder Blockschokolade
 100 ml Buttermilch

Zum Tränken, Füllen und Garnieren:
 ½ Glas frisch gepreßten Orangensaft
 1 EL Honig
 100 g Nuß-Schoko-Creme (z.B. Samba)



Zeichnung: Luwie

75 g Nußmus
 3 EL Sahne
 Kakaopulver

Den Zucker und die Eier so lange auf höchster Stufe rühren, bis eine schaumige, dickliche braune Creme entstanden ist, die nicht mehr knirscht. Dann Salz, Vanille, Zitronenschale und -saft einrühren.

Kürbiskerne und Schokolade grob hacken, die anderen Nüsse mahlen und alles mit dem Weizen- und Reismehl und dem Backpulver vermengen. Die Mehl-Nuß-Mischung im Wechsel mit der flüssigen, aber nur noch höchstens lauwarmen Butter und der Buttermilch unter die Eiercreme rühren.

Eine Springform mit Backpapier bis zum Rand auskleiden, den Teig einfüllen, glattstreichen und im Ofen bei 175°C (Gas Stufe 2) etwa 70 Minuten backen. Ofen nicht vorheizen und den Kuchen relativ weit unten (auf einem Gitter) im Ofen plazieren. Nach der Garprobe mit einem Holzstäbchen den Kuchen etwa 10-15 Minuten abkühlen lassen und dann auf ein Kuchengitter oder eine Platte stürzen.

Den Orangensaft mit Honig nach Geschmack süßen und damit den Kuchen tränken. Dazu die Oberfläche an mehreren Stellen mit einem Holzstäbchen einstechen. Kuchen vollständig abkühlen lassen. Die Torte mit einem Messer oder noch besser einem Bindfaden, den man um den Kuchenrand legt und langsam zuzieht, einmal waagrecht durchteilen

Die untere Hälfte vorsichtig mit der Nuß-Schoko-Creme bestreichen. Ist sie zu zäh, erhitzt man sie im Wasserbad, bis sie sich gut verstreichen läßt. Dann den oberen Boden aufsetzen. Sahne und Nußmus gut verrühren und die Torte damit rundherum bestreichen.

Aus einem festen Blatt Papier die Form eines Raben ausschneiden. (Wer das zu schwierig findet, kann einen gedruckten Raben auf die erforderliche Größe hochkopieren und ausschneiden.) Das Papier so auf die Oberfläche legen, daß sich der Rabe in der Mitte der Torte befindet. Das Innere der Schablone mit Kakao oder mit Schokoladenraspeln (Blockschokolade grob reiben) bestreuen. Papierschablone abziehen - fertig ist die Geburtstagstorte! Verschönern läßt sie sich nur noch, indem man auch den senkrechten Rand vorsichtig mit Schokoraspseln bestreut.

Guten Appetit!

Die Autorin ist Redakteurin der Berliner Umweltzeitung DER RABE RALF.

KÖPENICKER WEINLADEN
 Faßverleih und mehr



Mo.-Fr. 14-18.30
 Sa. 10-14
 Tel. 6119009

Köpenicker Straße 8 · 10997 Berlin-Kreuzberg

TILIA Naturkost
 mit Imbiss

Berliner Str. 101a
 (U2 Vinetastraße)



Tel. 47 30 35 31
 Fax 47 30 35 32
 Mo-Fr 9-19 Uhr
 Sa 9-13 Uhr

NATURKOST
frei Haus
 zum günstigen Preis
 für Berlin und Brandenburg

BORKENSTEIN
 Groß- und Einzelhandel
 Stefan Borkenstein
 Hiddenseer Str. 11, 10437 Berlin

Tel./Fax: (030) 442 65 99
 Katalog kostenlos anfordern!

Wasser sucht sich den Weg des geringsten Widerstands

Was wir alles dachten erreichen zu können und warum die Wende mittlerweile Schnee von gestern ist

von Michael Bender

Wenn ich heute in einer ORB-„damals war's“-Fernsehdokumentation den ZK-Hoffnungsträger Egon Krenz ins Mikrofon bellen sehe, denke ich: „Ein Glück, dass diese Scheiße vorbei ist.“ Ein Glück, dass ich jetzt losfahren kann, wo-

Selbstbestimmung

Mitte '89 war's. Nicolae Ceausescu hatte gerade den Karl-Marx-Orden bekommen, nachdem er Demonstrationen von Bergarbeitern mit Eisenstangen zusammenschlagen ließ, Egon Krenz übermittelte nach der Wiederherstellung des Himmlischen Friedens unverbrüchliche Kampfesgrüße nach Peking und ein gewisser Herr Honecker gedachte sich weitere fünf Jahre als Generalsekretär wählen zu lassen. So konnte das nicht weitergehen. Im Sommer '89 ging ich erstmals zu einem der offenen Donnerstagstreffen des „Grünen Netzwerks Arche“, dem selbsternannten Meinungsführer der unabhängigen – gleichwohl kirchlichen – Umweltbewegung. Es war eine Offenbarung. Da sprachen Menschen selbstbewusst und ohne Scheu das aus, was ich in meinem Büro in einem stark parteilastigen Außenhandelsbetrieb lieber für mich behielt, schon aus Sorge um den Arbeitsplatz. (Den konnte

ich ein halbes Jahr später allerdings in der Pfeife rauchen.)

In der „Arche“ entbrannten in der Umbruchphase heiße Streitgespräche darüber, wie sich denn die Umweltbewegung am besten organisieren sollte. Die einen forderten eine Grüne Partei und gründeten sie dann auch. Die anderen versuchten, die Umweltinitiativen in einem Netzwerk zu verbinden, das ihre Selbstbestimmung nicht untergraben würde. Daraus entstand die GRÜNE LIGA – die sich heute allerdings mehr und mehr als Verband mit einheitlichem Erscheinungsbild präsentiert. Der Erfolg ihrer medienwirksamen Aktionen misst sich oft mehr an der Erwähnung ihres Namens als daran, ob ein Inhalt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt wurde. Statt ehrenamtlich arbeitender Projektgruppen, deren Sprecher sich auf gemeinsame Positionen einigen und sich regelmäßig einem Plenum stellen, in dem jeder seine Meinung frei äußert, bestimmen zunehmend hierarchische Machtstrukturen und -spiele das Geschehen, polarisieren sich „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“. Vertriebsstrukturen werden aufgebaut, Immobilien gehandelt. Von Förderung allein kann man ja schließlich nicht leben...

Funktionierende Vernetzung

Was mache ich nun bei der GRÜNEN LIGA? Ich leite seit März 1990 die vier bis sechs Mitglieder umfassende Projektgruppe Wasser der „Arche“, die 1992 der GRÜNEN LIGA Berlin beigetreten ist – und



Wasser sucht sich viele Wege: Aktion gegen Flussausbau 1995

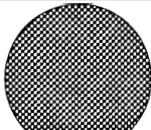
Foto: Michael Bender

hin ich will. Eine Befreiung, nicht hinter guten Bekannten aushorchende Stasi-Spitzel vermuten zu müssen. Gut, dass der Staatssozialismus nicht mehr versucht, mir seine Denkstrukturen aufzudrücken. Na, jedenfalls stand ich der friedlichen „Revolution“ nicht zu sehr im Wege...

DAUERTIEFPREISE  RIESENAUSWAHL

Boxhagenerstr. 109 Mo-Fr 9-18.30 Sa 9-13

NATURKOST
FRIEDRICHSHAIN



Naturkost Mitte Naturwaren

Linienstraße 150 • 10115 Berlin

Mo.-Fr. 10-18.30 Uhr • Sa. 9-13 Uhr

habe inzwischen auch eine bezahlte, arbeitsamtsgeförderte Stelle bei diesem Verein.

Nachdem heute weit weniger Gift in unsere Flüsse geleitet wird als in DDR-Zeiten, bekommt ein anderer Faktor des Gewässerschutzes größere Bedeutung: die Gewässermorphologie; also die Frage, ob ein Bach oder Fluss munter mäandrierend dahinplätschert oder durch Stauhaltung, Uferverbau und zu enge Deichführung seiner Lebensvielfalt beraubt wurde.

Im Oktober 1992 gehörte die Wassergruppe daher zu den Mitbegründern des „Aktionsbündnisses gegen den Havelausbau“, bei dem die Vernetzung tatsächlich praktisch funktioniert, sogar über die Umweltverbände hinaus. Statt einer Sitzung gibt es verbindliche Absprachen, ein gemeinsames Arbeitsfeld, das für die einzelne Gruppe allein nicht zu bewältigen ist, und den Willen zur Zusammenarbeit. So gelingt es (immer mal wieder), Ressourcen auf einen Punkt zu bündeln.

Auf Bundesebene versuchen wir, Einfluss auf die wasserbezogene EU-Gesetzgebung und deren Umsetzung in deutsches Recht zu nehmen. Noch scheint allerdings zu wenigen klar zu sein, dass die grundlegenden Bestim-



mungen für Trink- und Badewasser sowie für den Schutz des Grund und Oberflächenwassers nicht in Berlin, Bonn oder – wie im Grundgesetz vorgesehen – in den Bundesländern, sondern im fernen Brüssel und Straßburg gemacht werden. Entsprechend dünn ist die Beteiligung an den Treffen des Gesprächskreises Wasser beim Umwelt-Dachverband DNR. Diejenigen, die sich dann doch zusammenfinden, dürfen allerdings als ausgewiesene Experten ihres Fachs angesehen werden. Angenehm auf dieser Ebene ist, dass hier nicht der Verbandsneid dominiert – vielleicht auch, weil Wasser noch nicht zu den Top-10-Umwelthemen gehört und daher wesentlich stärker auf der Sachebene diskutiert werden kann, als dies z.B. bei der Atomkraft der Fall ist.

Lebensquell oder Profitquelle?

Allerdings weckt der allgemeine Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Globalisierungswahn den Wunsch, mit dem Wasser so umzugehen,



als wäre es nicht der Quell allen Lebens. „Warum soll die Trinkwasserversorgung Vorrang vor anderen Nutzungen haben?“ (wenn sich anders daraus mehr Geld machen lässt), fragt das Wirtschaftsministerium der rotgrünen Bundesregierung. Und: „Warum streben die Wasserwerke eigentlich an, die Grenzwerte weit zu unterbieten, wenn es weniger kostet, sie gerade einzuhalten?“ Müssten wir wirklich eines Tages auf die Straße gehen und ein Recht auf einwandfreies Trinkwasser einfordern? Ein Recht auf Obdach gibt es ja jetzt im Osten Deutschlands auch nicht mehr. Wer nicht zahlen kann, muss halt auf sauberes Wasser verzichten - das ist die zu Ende gedachte Logik der Privatisierung.

Der Autor leitet die Projektgruppe Wasser der GRÜNEN LIGA Berlin.

"Der Rabe Ralf" ist erschienen

Der Rabe Ralf, Informationsblatt der Grünen Bewegung, herausgegeben von der GRÜNEN LIGA Berlin, mit Sitz in der Jessnerstr. 19, in 1035.

Nun ist er endlich aus dem Nest gefallen, der schon seit Oktober angekündigte Rabe.

Locker kommt er daher, wenn auch noch etwas dünn auf den Beinen, aber vielleicht wird aus einem häßlichen Entlein (wie im Märchen) noch einmal ein stolzer Schwan. Man kann ja nie wissen ...

Finden kann man je einen Artikel über Müllnotstand und Altlasten der Tierproduktion, einen überdimensionalen über die Mainzer Str., außerdem eine Kinderseite, Termine, ein Adressenverzeichnis.

Und sonst? Wahlprüfsteine, eine Theaterkritik, Grundgesetz oder Verfassung?, die Jessnerstr. selber (aber das hatte man schon im Grünstift gelesen).

Von Anfang bis Ende beschäftigten mich drei Fragen: Warum noch ein Umweltblatt in Berlin? Worin besteht denn seine Eigenart? Wer sind wohl die 20 000 Leser, die erreicht werden sollen? Eine Antwort fand ich (leider) nicht.

Doch als ich dann auf der Seite Acht gelesen habe, daß sich die Redaktion selbst noch nicht einig ist, ob Infoblatt oder Monatsschrift, und daß aus diesen Gründen die potentielle Leserschaft gefragt wird: "Vielleicht habt Ihr den lösenden Gedanken?", legte ich die Zeitung erst einmal beiseite.

Kommt Zeit, kommt Rat. Wir wollen es hoffen.

Olaf G. Klein

Ein Schwan sollte es ja eigentlich auch nicht werden... aus: GRÜNE LIGA Rundbrief, 1991



supergünstig!
für Einsteiger - jetzt zugreifen

Peace-Food-2000
Das "Billig-Bio-Markt"-Konzept mit
bislang über 800 Produkten
zu sensationell herabgesenkten
Dauertiefpreisen!

Lebensbaum Naturwaren GmbH
Pallasstraße 10/11 • 10781 Berlin Schöneberg • Tel. 215 93 04
Mo - Fr. 9.30-19.00 Uhr
Sa 9.30-14.00 Uhr

Engagiert für Berlins Nordosten

In Berlin-Pankow arbeitet eine gemeinsame Bezirksgruppe von GRÜNER LIGA und NABU - mit sichtbaren Erfolgen

von **Katrin Koch**

Der Umweltladen der Pankower Naturschutzverbände hat sich zur wichtigen Adresse für alle interessierten BürgerInnen entwickelt. Aufbauend auf eine lange Naturschutztradition, arbeiten und treffen sich hier die Mitglieder der Pankower Bezirksgruppen der GRÜNEN LIGA, des Naturschutzbundes (NABU), der Naturschutzjugend (naju), des Fahrradclubs ADFC sowie Bürgerinitiativen des „Aktionsausschusses Berlin Nordost“ und die fünf Arbeitsgruppen der „Werkstatt Barnim“.

Seit 1990 konnte der Umweltladen hauptamtlich geführt werden. Die gute Zusammenarbeit mit aufgeschlossenen Menschen – egal von welchem Verband –, feste Öffnungszeiten sowie zwei regelmäßige Termine pro Monat sorgen für die so überaus wichtige Kontinuität der Arbeit und den steten „grünen Stachel im Fleisch“ der Bezirks- und Landespolitiker.

Baumschutz auf Baustellen - eine Dokumentation von Maßnahmen und deren Wirksamkeit ist das Ergebnis einer seit 1996 durchgeführten Begleituntersuchung auf 40 Baustellen in Zusammenarbeit mit dem Naturschutz- und Grünflächenamt (NGA) Berlin-Pankow. Der Umweltladen beteiligte sich darüber hinaus am Baumkataster des Bezirkes Pankow.

Auf Anregung der Verbände wird durch die GärtnerInnen des NGA eine extensive Park- und Grünanlagenpflege auf ausgewählten Flächen durchgeführt – die Pracht blühender Langwiesen erfreut nicht nur Spaziergänger, sondern bietet unzähligen Vogelarten reichlich Insektenfutter.

Die Verlagerung eines Weges sowie ein Holzgeländer schützen eine der ältesten im Schloßpark Niederschönhausen wachsenden Stieleichen vor den starken Beeinträchtigungen (Rindenschäden, Hundeurin, Bodenverdichtungen), denen viele ihrer „Schwester“ im Park ausgesetzt sind, sowie vor übertriebenen

Schnittmaßnahmen. Denn insbesondere Altbäume müssen regelmäßig durch das NGA auf Gefahrenstellen hin begutachtet werden, damit niemand zu Schaden kommt. Sollte nun ein Ast herunterbrechen, fällt er ins Gebüsch. Ein kleiner Umweg zugunsten dieser uralten Schönheit und besonders geschützter Totholzbewohner.

Maßgeblich war der Umweltladen an der „Initiative für einen Grünen Flächennutzungsplan“ – als Gegenentwurf zum FNP des Berliner Senats – beteiligt. Hauptaktionen richteten sich gegen den Bau der Schnellstraße „Nordtangente“ und der Bebauung der „Elisabeth-Aue“ – Bauvorhaben, die nicht notwendig sind und denen wertvolle Grünbereiche zum Opfer fallen würden.

In Zusammenarbeit mit dem Umweltamt betreute der Umweltladen ein zweijähriges Projekt „Eigenkompostierung“ an vier Standorten in seiner Nähe.

Neuere Schwerpunktthemen des hauptamtlichen Engagements im Umweltladen sind die Lokale Agenda 21 und der Gebäudebrüterschutz, bei dem es um Vogel- und Fledermausarten geht, die Gebäude als Brut-, Wochenstuben- und Zufluchtquartier nutzen.

Die Mitglieder der Verbände sind ehrenamtlich als Naturwächter in den Naturschutzgebieten des Bezirkes Pankow tätig und arbeiten wissenschaftlich in den NABU-Fachgruppen Ornithologie, Greifvogelschutz und Herpetologie mit. Gemeinsam mit dem Forstamt Berlin-Buch und dem NGA wird jedes Jahr ein Amphibienzaun an Wochenenden und Feiertagen betreut.

Mit vielen Vorträgen, Exkursionen, Diskussionen, Ausstellungen und Informationsständen machen die Verbände ihre Positionen zum Erhalt der Lebensräume

für Pflanzen und Tiere und damit auch der Verbesserung der Lebensqualität der Menschen deutlich.

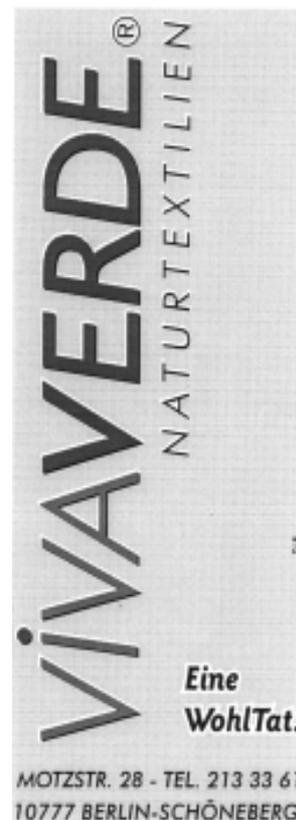
Die 1995 entstandene „Werkstatt Barnim“ hat einen umfangreichen Forderungskatalog zur landeskulturellen Entwicklung des im Norden Berlins angrenzenden Barnim an die Berliner und Brandenburger Politik und Verwaltung zusammengestellt. Vieles davon blieb bis heute unerfüllt.

Unser größtes Defizit: Es ist uns in zehn Jahren nicht gelungen, eine feste Kinder- und Jugend-AG auf die Beine zu stellen – nach unseren Vorstellungen, also keine „Umwelterziehung“, bei der Kinder von Vereinen im „privatökologischen“ Kampf für die Umwelt instrumentalisiert werden (etwa nach dem Motto: „100.000 Kinder besuchen jedes Jahr unsere Einrichtung XY“), sondern wo sie gemeinsam mit fachlich versierten Gruppenleitern Exkursionen und Naturbeobachtungen durchführen, Artenkenntnisse erlangen, ihre Beobachtungsgabe schulen und

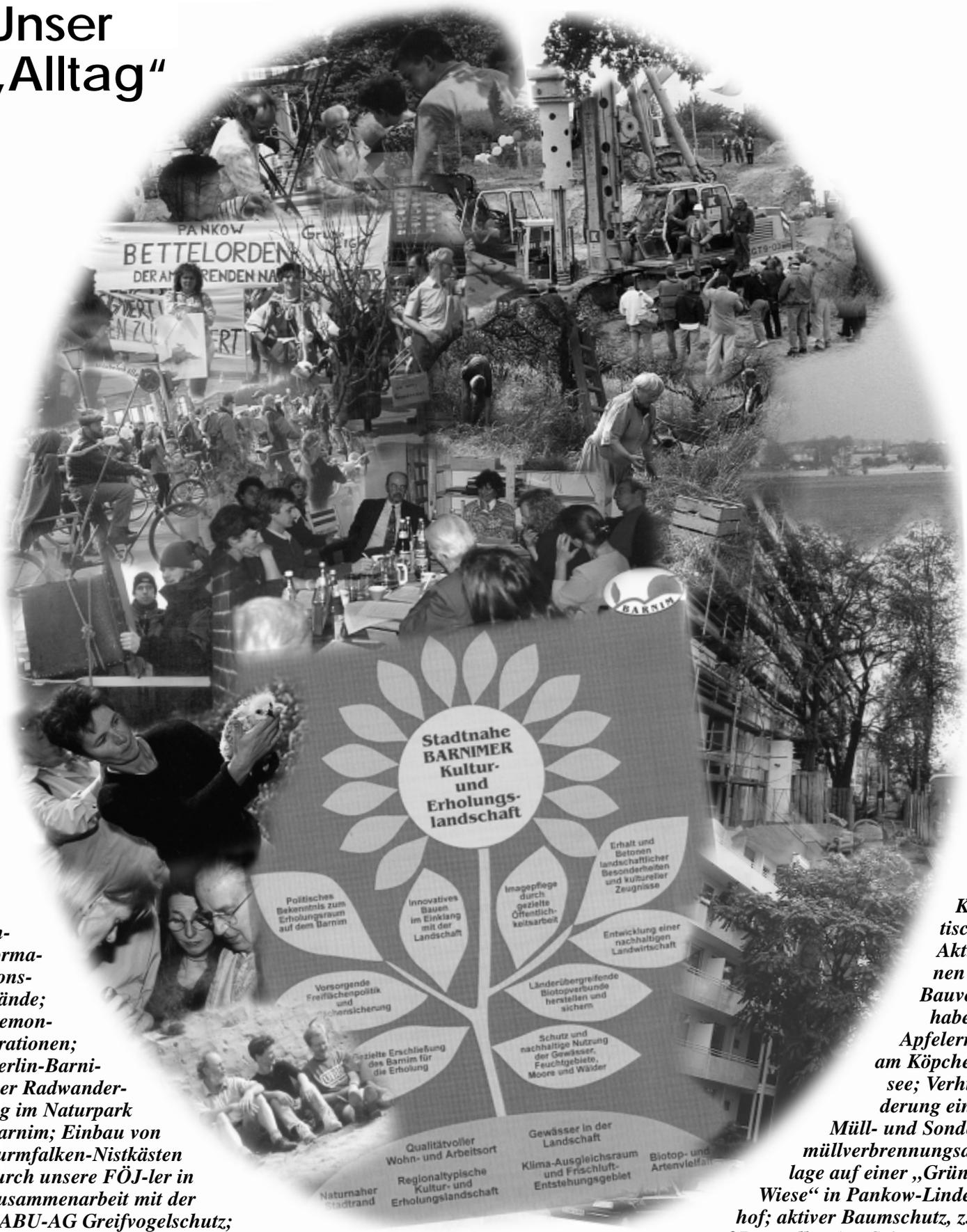
die Zusammenhänge natürlicher Prozesse erlernen können. Rückschlüsse auf ihre zukünftige Lebensgestaltung können die Kinder dann – wenn sie es wollen – selbst ziehen, kein mahnen-der Zeigefinger soll sie „prägen“. Was nutzt es, Projekttag und Gastvorträge in Schulen, Schülerpraktika und Kinderfeste durchzuführen, wenn die (zum Modewort verkommene) Nachhaltigkeit ausbleibt?!

Für so einen „Klub junger Naturforscher“ braucht es ein festes Haus, gute Arbeitsbedingungen und festes Fachpersonal - keine befristeten Beschäftigungsmaßnahmen. Die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung wird von der Gesellschaft leider nicht anerkannt und mitgetragen.

Die Autorin ist langjährige ehren- und hauptamtliche Mitarbeiterin im Umweltladen Berlin-Pankow.



Unser „Alltag“



Informationsstände; Demonstrationen; Berlin-Barnimer Radwandertag im Naturpark Barnim; Einbau von Turmfalken-Nistkästen durch unsere FÖJ-ler in Zusammenarbeit mit der NABU-AG Greifvogelschutz; Greifvogelexkursion mit Katrin Koch; Käferexkursion mit Prof. Dr. Tembrock im Schloßpark Niederschönhausen; Arbeitseinsätze im Schutzgebiet am Köpchensee mit Wolfgang Heger u.a. (li. Seite v.o.n.u.).

Kritische Aktionen zu Bauvorhaben; Apfelernte am Köpchensee; Verhinderung einer Müll- und Sondermüllverbrennungsanlage auf einer „Grünen Wiese“ in Pankow-Lindenhof; aktiver Baumschutz, z.B. auf Baustellen (re. Seite v.o.n.u.).

Unten: Ziele der „Werkstatt Barnim“, die sich für die Landschaftsentwicklung des Berliner Nordostens und der angrenzenden Brandenburger Gemeinden einsetzt.

„Das ist ein ganz toller Ort“

Von Eseln, Weidenhütten und Kanutouren

Anja Lehmann im Gespräch

Vor einigen Tagen kamen ein paar Kinder zu mir und meinten, sie hätten da gelesen,



Kahnumsetzung „Masurische Art“

Foto: Gediminas Micuta

daß bei der GRÜNEN LIGA eine Projektgruppe mit dem Namen NATOUR existiert, die was mit Reisen für Kinder und Jugendliche zu tun hat. Das würde sie jetzt mal etwas näher interessieren. Ob ich nicht bereit wäre, ein paar Fragen zu beantworten. Na klar, hab ich da gesagt, und los ging die Fragerei!

Anja, erzähl doch mal, wie lange arbeitest du denn schon bei der GRÜNEN LIGA?

Ach, ich glaube, schon seit fast neun Jahren. Ist 'ne ziemlich lange Zeit, aber an

das erste Ferienlager kann ich mich noch genau erinnern.

Also Ferienlager machst du schon von Anfang an, aber doch nicht allein? Gehen dir die Kinder nicht manchmal auf die Nerven, nach so langer Zeit?

Tja, seit neun Jahren bin ich in allen Ferien mit Kindern unterwegs, da gibt's sicher auch Zeitpunkte, da ist die Arbeit anstrengend und zehrt mächtig an den Nerven. Das läßt man sich dann lieber nicht anmerken. Aber wenn ich so zurückblicke, überwiegen auf jeden Fall die schönen Momente. Viele Kinder kenne ich schon seit Jahren, die meisten von ihnen sind inzwischen größer als ich.

Was aus ihnen so geworden ist, ist sehr

spannend für mich. Einige engagieren sich seit einiger Zeit sogar in der Jugendgruppe der GRÜNEN LIGA Berlin, die wollten auch außerhalb der Ferien was gemeinsam auf die Beine stellen.

Allein mach ich das natürlich nicht. Im Moment bin ich immer mit Konrad und vielen lustigen Betreuern, die

wir schon eine Weile kennen, unterwegs. Zwischendurch sitze ich mit Katrin im Büro und wir bewältigen den Papierkram.

Also, was ist denn an euren Ferienlagern anders als an denen von, ähm, zum Beispiel TUI?

Ich weiß nicht, was bei denen in den Ferien passiert, aber wir bemühen uns um erlebnisreiche Wochen, wo viel draußen in der Natur los ist. Da werden zum Beispiel für interessierte Kinder Pflanzen und Tiere bestimmt, es gibt Waldführungen und -spiele, Beobachtungen im und am See.

Vogelhäuser werden gebaut und viel mit Wolle, Ton, Pappmachè oder Bienenwachs gebastelt. Es wird aber auch jede Menge getobt und viele Feste werden gefeiert, wir schlafen im Zelt oder im Heu oder in selbstgebauten Höhlen und, und, und... Am besten, ihr kommt mal mit!

Daß unsere Ferienlager sehr vielen Kindern Spaß machen, zeigt sich an der großen Nachfrage und daran, daß man sich am Bahnhof oft mit Handschlag begrüßt. Meist habe ich die Hälfte der Gesichter in vergangenen Ferien schon gesehen.

Wie alt muß man denn sein, wenn man mit euch verreisen will?

Wir haben mit Reisen für „Kleine“ von sieben bis zwölf Jahren angefangen. Weil viele der Kinder plötzlich älter als zwölf waren, haben wir vor ein paar Jahren an-



Erschöpft vom Toben

Foto: Anja Lehmann

gefangen, auch Touren für „Größere“ auszutüfteln. Das sind dann Reisen per Rad, per Kanu, zu Fuß oder auch im Segelboot. Da ist meistens Teamgeist und auch Kochkunst gefragt.

Und wie viele Kinder verreisen so mit euch?

In den Ferienlagern schwankt die Zahl zwischen 20 und 60, bei den Abenteuertouren für die Jugendlichen sind es so 20 bis 30 pro Tour. Könnt ihr euch ja ausrechnen, wieviel das so im Jahr sind. Dazu kommen noch diverse Klassenfahrten, da fahren wir zwar nicht selbst mit, aber organisiert werden müssen die auch.



Paddeln im Augustowska-Urwald

Foto: G. Micuta



Götterfest in Brückentin

Foto: Annette Baumann

Wieso Klassenfahrten, was habt ihr denn damit zu tun?

Auf der Suche nach Ferienlagerzielen fanden wir vor ein paar Jahren einen kleinen Ort in Mecklenburg in der Nähe des Müritz-Nationalparks, der Brückentin heißt. Dort gibt es eine Handvoll Häuser, die seit nun fünf Jahren die Jugendnaturchutzakademie der GRÜNEN LIGA beherbergen. Dorthin gehen die meisten Klassenfahrten, die wir organisieren.

Was heißt denn nun schon wieder Jugendnaturchutzakademie?

Das ist ein ganz toller Ort, wo sich Kinder mal so richtig austoben, aber auch was lernen können. Seitdem wir Brückentin betreuen, haben wir dort viel Kraft und Zeit investiert, um viele Veränderungen in ökologischer Hinsicht zu erreichen. Seit diesem Jahr gibt es dort eine Holzheizung, gekoppelt mit Solarwärme, und eine Regenwassernutzungsanlage. Aber auch in den Jahren vorher wurde viel gebaut und gepflanzt. So wurden die Streuobstwiese erweitert, ein Kräuter- und ein Färbergarten angelegt, Weidenhütten- und Zäune geflochten und auch sonst viele Sträucher gepflanzt. Tiergehege und Ställe wurden gebaut, so daß jetzt Ziegen, Schafe, Esel, Schweine, Kaninchen und Meerschweine zu den ständigen Bewohnern Brückentins zählen. Es gibt ein Wasserlabor, eine Filzwerkstatt und eine Töpferwerkstatt.

Ihr seht schon, da läßt sich Projektarbeit mit Freizeit gut verbinden. Für die totale Entspannung gibt es dann auch noch Fahrräder, Kanus und Ruderboote.

Und wer kümmert sich dann dort um die Schüler? Das könnt ihr ja nicht so nebenbei machen, oder?

Nein, natürlich nicht. Es gibt viele engagierte Leute dort, die die Basteleien, Waldführungen und Projekte mit den Kindern durchführen, und Konrad ist die mei-

ste Zeit in Brückentin. An den Wochenenden und in den Ferien, wenn dort unsere Ferienlager sind, bin ich auch dort.

Wir haben auch gelesen, daß ihr bei Projekttagen an Schulen mithelft. Ist dafür überhaupt noch Zeit?

Na ja, so richtig viel Zeit bleibt nicht. Vor drei, vier Jahren, als unser Ferien- und Klassenfahrtsangebot noch nicht so groß

war, habe ich öfter an Schulen bei Projekttagen mitgemacht, zum Beispiel zum Thema Müll oder Wasser. Außerdem war eine Zeit lang Schulhofbegrünung mein Arbeitsgebiet. Davon übrig geblieben ist noch ab und an das Pflanzen von Weidenhütten, von denen einige von uns gebaute in Berlin stehen und hoffentlich auch noch wachsen.

Wenn Schulen Interesse an unserer Hilfe haben, geben wir uns Mühe, das im Zeitplan unterzubringen.

Und wie lange habt ihr noch vor weiterzumachen?

Ach, darüber denkt man wohl jedes Jahr im Herbst aufs Neue nach. Es macht trotz allem Streß und der ganzen Hin- und Herfahrelei einfach Spaß. Die Arbeit mit Kindern hält fit, es gibt kaum was schöneres als fröhliche Kindergesichter. Auch wenn man wahrscheinlich nicht immer alles erreicht, was man sich so vornimmt.

Auf jeden Fall sind die Ferien im nächsten Jahr schon verplant und Brückentin so gut wie ausgebucht.

Na dann wünschen wir euch viel Spaß, und danke, das du uns die Fragen so geduldig beantwortet hast. Vielleicht sehen wir uns nächstes Jahr im Ferienlager.

Anja Lehmann ist Projektleiterin bei NATOUR-Reisen in der GRÜNEN LIGA Berlin.

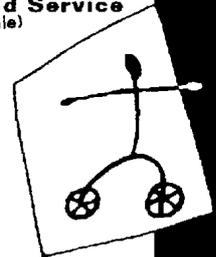
GEBRAUCHTE FAHRRÄDER

An- und Verkauf
Berlin - Kreuzberg
Köpenicker Str. 16
täglich 11-19 Uhr
Sonnabend 11-15 Uhr
☎ 61143 68



**Diamant Dawes Stevens
Fahrradmanufaktur Liegeräder**

Selbsthilfe und Service
(auch DDR-Ersatzteile)



ostrad

Winsstr. 48 10 405 Berlin 44 34 13 93
Mo-Fr 10.00-18.30

WURZELWERKE v.
Verbrauchergemeinschaft

Naturkost
zu Selbstkostenpreisen

Oderstraße 10 in Friedrichshain
Telefon/Fax 294 12 16
täglich geöffnet ab 10 Uhr (außer So)

Mo-Fr
10-12
+ 15-19
Sa 12-15
Uhr

Eine Welt Laden

Umzug! Jetzt Christburger Straße 38

BAOBAB

B Ü C H E R E I

Für Geisteswissenschaft und soziale Frage
Buchhandlung und Antiquariat



Mo-Fr 9-18, Sa 9-13

Jott wee dee,
ganz weit draußen,
aber nicht ganz
hinter'm Mond...

Tel.: 8 02 93 04
im S-Bhf. Mexikoplatz, 14163 Berlin

Im „verflixten“ 7. Jahr

Das Mobile Wasserlabor der GRÜNEN LIGA Berlin

von Ulrike Sachse

Nach wie vor flitzt unser Wassermobil durch die Straßen Berlins und Brandenburgs, die meisten Wasserproben werden von den Interessenten inzwischen jedoch zur GRÜNEN LIGA gebracht. Und für einzelne Proben schicken wir auf Anfrage lieber einen CO₂-neutralen Fahrradkurier durch die Stadt.



Das Wasserlabor hat sich mit seinen kostengünstigen Untersuchungen von Leitungs- und Brunnenwasser also einen guten Ruf und eine Stammkundschaft erworben. Viel Wert legen wir auf die individuelle Beratung der Interessenten, damit unnötige Untersuchungen erspart bleiben, unnötige Ängste vor „verseuchtem“ Wasser genommen werden können, aber eben auch alle notwendigen Analysewerte ermittelt werden. Aus einem umfangreichen Standardprogramm, von „Standard 1“ für Brunnenwasser bis „Standard 8“ für die Überprüfung von Wasserfiltern kann die optimale Untersuchung ausgewählt werden, oder es wird eine individuelle Kombination erstellt. Organische Parameter und mikrobiologische Untersuchungen gehören neben den üblichen anorganischen Parametern zum Untersuchungsprogramm. Darüber hinaus werden auch Boden- und Schadstoffuntersuchungen in Wohnräumen vorgenommen. Das dazu erforderliche umfangreiche Wissen über Umweltgifte aller Art, das z.Z. noch erarbeitet wird, hält uns auch im nunmehr siebenten Lebensjahr auf Trab.

Jüngstes Kind: Das UMWELTKONTOR

Das UMWELTKONTOR wurde sozusagen aus der Arbeit des Wasserlabors geboren, denn Schadstoffe im Wasser feststellen ist das eine – aber gibt es danach nicht mehr zu tun als das verseuchte Wasser zu meiden? In bestimmten Fällen hilft ein Wasserfilter, aber nicht jeder Kaufhallenfilter hält, was die Verpackung verspricht. Das UMWELTKONTOR „umrankt“ so als Anbieter ausgewählter Produkte die Arbeit des Wasserlabors.

Bei der Auswahl wird besonders auf die Funktionalität und individuelle Anpassung an die Erfordernisse und Wünsche der Kunden Wert gelegt. Ökologische Effekte und finanzielle Ersparnisse für die Kunden ergeben sich dabei eher nebenbei, aber natürlich erwünscht. Unser Wasserfilter wird z.B. aufgrund der Wasseranalyse aus verschiedenen Filterkartuschen zusammengestellt, die sich leicht erneuern lassen oder eine sehr lange Lebensdauer haben. Die Beeinflussung des Wassers wird auf das notwendige Maß beschränkt.

Ein anderes ökologisch effektvolles Produkt besonders für Gärtner ist die Kom-

posttoilette. Ohne den Einsatz von Chemie, Wasser oder Energie wird eine hygienische Entsorgung der Fäkalien ermöglicht, die im Zuge eines Kompostierungsprozesses zu Humus umgebaut werden. Die wertvolle Ressource Trinkwasser wird nicht beeinträchtigt und der auf demselben Grundstück befindliche Brunnen erhält die Chance, sauberes Wasser zu fördern.

Die Autorin leitet das UMWELTKONTOR der GRÜNEN LIGA Berlin.



Grafik: Nikolai Kraneis

N a t u r **Handel mit natürlichen Baumaterialien**
 Angenehmes Wohnklima durch:

- Pflanzenfarben
- Fußbodenbeläge
- alternative Dämmstoffe
- Holzfenster und -türen
- Vollholzmöbel

a m b a u Elke Szukal
 Tucholskystr. 22 - 10117 Berlin, Tel. 283 21 00, Fax 283 59 71

Impressum

Herausgeberin und Redaktionsanschrift:

GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030/2044-745, Fax -468
E-Mail: bundesverband@grueneliga.de Internet: <http://www.grueneliga.de>

Redaktion/Layout: Oliver C. Pfannenstiel, Matthias Bauer

V.i.S.d.P.: Klaus Schlüter

Auflage: 15.000; Druck: Tribüne Druck GmbH, Berlin-Treptow

Titelfoto: Thomas Kästner; grafische Unterstützung: Beatrice Altfeld

Diese Zeitung ist eine einmalige gemeinsame Ausgabe der Umweltzeitungen:

Alligator, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030/2044-745, Fax -468

Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde, c/o Kirchliches Forschungsheim, Wilhelm-Weber-Str. 1a, 06886 Wittenberg, Tel. 03491/467090

Calendula, Große Klausstr. 11, 06108 Halle, Tel./Fax 0345/2021618

Der Rabe Ralf, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030/443391-47, Fax -33

GrünDerZeit, Schützengasse 16, 01067 Dresden, Tel. 0351/4943-354, Fax -450

Informationsbrief Umweltberatung, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel./Fax 030/2044416

Kurt, Bernhard-Göring-Str. 152, 04277 Leipzig, Tel. 0341/3065-301, Fax -302

Libell, c/o Grüne Liga, Waldstr. 1, 14478 Potsdam, Tel. 0331/87135-13, Fax -72

pro terra, Goethestr. 26, 10625 Berlin, Tel./Fax 030/3191-273

Reizzwecke, Schillergäßchen 5, 07745 Jena, Tel./Fax 03641/426391

Steinbeißer, c/o U. Wieland, Prof.-Virchow-Str. 8, 08280 Aue, Tel. 0371/832172

UfU-Informationsbrief, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 4284993-0

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin wieder. Nachdruckgenehmigungen auf Anfrage.

GRÜNE HÄUSER

Die Grüne Liga strebt nicht nur in Großstädten die Einrichtung von **Umweltberatungszentren** an.

Diese können beispielsweise vom örtlichen Rat (Natur/Umwelt/Wasser) und der Grünen Liga gemeinsam betrieben werden, wie es derzeit in Rostock funktioniert. Wichtig ist allein das Anliegen: Die Bürgerinnen und Bürger mit Information, Beratung und Beispiel, Veranstaltungen zu unterstützen. In diesem Sinne plant die Grüne Liga ein computerisiertes Datennetz; aktuelle nationale und internationale Werte sollen damit republikweit zur Verfügung stehen.

Liebe Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Bezirksräte, vertun Sie diese Chance nicht. Wir haben eine gemeinsame Umwelt – wir brauchen ein gemeinsames Umweltberatungszentrum. Die Daten dem Volke, Tür auf zu Grünen Häusern!

Nicht alles hat sich geändert...

Zeitung der GRÜNEN LIGA 1990

in den neuen Bundesländern

Anzeige



KOMPOSTTOILETTEN Bei uns haben Sie die Wahl!
Sitzen Sie Probe an unseren **Info- und Messetagen** am 7./8. April 2000

KATALOG anfordern bei: **UMWELTKONTOR** der GRÜNEN LIGA
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin-Prenzlauer Berg

UMWELTKONTOR
der GRÜNEN LIGA Berlin

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Tel.: 030 - 44 33 91 57/58
Fax: 030 - 44 33 91 33
www.komposttoilette.de

Wir bekommen keine Provisionen von ostdeutschen Tankstellenprojekten – ganz ohne Ehrenwort!

Diese Publikation ist ohne Fördermittel, aus dem eigenen, überlasteten Etat der GRÜNEN LIGA e.V. entstanden. Wir freuen uns über Spenden.

Spendenkonto: GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Konto Nr. 306 05 02
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Ökologisch surfen!
Das Netzwerk im Netz
www.grueneliga.de

Literaturauswahl

der GRÜNEN LIGA e.V.

zu bestellen über GRÜNE LIGA, Bundesgeschäftsstelle, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030 / 204 47 45, Fax 030 / 204 44 68, material@grueneliga.de
Alle Hefte sind zzgl. Porto zu beziehen.

„Wasser“, 5,00 DM, Fachheft zur Wasserpolitik.

„Nachhaltige Regionalentwicklung im ländlichen Raum“, 19,80 DM, Fachheft.

„Man lernt nie aus“, 2,00 DM, Fachheft zur Umwelterziehung.

„Abfall“, 2,00 DM, Fachheft zur Abfallpolitik.

„Umweltschutz und Neue Medien“, 6,50 DM, Fachheft zur Internetnutzung.

„Regenwassermanagement“, 15,00 DM, Fachheft zur Regenwassernutzung (zu bestellen über GRÜNE LIGA Berlin).

Eine umfassende Literaturliste ist ebenfalls gegen Porto zu bestellen.

Umweltadressen

...in den neuen Bundesländern – eine Auswahl

BI Kernenergie

PF 3238, 17462 Greifswald
Tel./Fax 038 34 / 89 21 50
bi.kernenergie@gryps.comlink.apc.org

BUND

Brandenburg

Am Kleistpark 11, 15230 Frankfurt
Tel. 03 35 / 500 48-86, Fax -87
bund.brandenburg@bund.net

Mecklenburg-Vorpommern

Karl-Marx-Str. 19a, 19055 Schwerin
Tel. 03 85 / 56-54 70, Fax -36 61
bund.mv@bund.net

Sachsen

Henriettenstr. 5, 09112 Chemnitz
Tel. 03 71 / 3014-77, Fax -18
bund.sachsen@bund.net

Sachsen-Anhalt

Steubenallee 2, 39104 Magdeburg
Tel. 03 91 / 54-333 61, Fax -152 70
bund.sachsen-anhalt@bund.net

Thüringen

Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt
Tel. 03 61 / 555 03-10, Fax -19
bund.thueringen@bund.net

Weitere Büros und Gruppen von BUND
und BUNDjugend bei den Landesge-
schäftsstellen erfragen

GREENPEACE

Chausseestr. 131, 10115 Berlin
Tel. 030 / 28 39 15-50, Fax -51
gp-berlin@gaia.de

Gruppen in Cottbus, Dessau, Eisenach,
Erfurt, Frankfurt, Greifswald, Halle,
Jena, Leipzig, Neuruppin

GRÜNE LIGA

Bundesgeschäftsstelle

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030 / 20 44-745, Fax -468
bundesverband@grueneliga.de

Berlin

Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 44 33 91-0, Fax -33
berlin@grueneliga.de

Bezirks- und Mitgliedsgruppen in
Friedrichshain, Hellersdorf, Köpenick,
Marzahn, Prenzlauer Berg, Treptow,
Pankow und Weißensee

Brandenburg

Waldstr. 1, 14478 Potsdam
Tel./Fax 03 31 / 871 35 13
gl.bb-igst.potsdam@t-online.de

Büros:

Forststr. 9, 03238 Finsterwalde
Tel./Fax 035 31 / 70 14 95
gl.bb-buero.fiwa@t-online.de

Hauptstr. 72, 14776 Brandenburg
Tel. 033 81 / 22 44 97

Büros/Mitgliedsgruppen in/um Caputh,
Cottbus, Forst, Gransee, Großbeeren,
Kleinmachnow, Potsdam, Wittstock

Mecklenburg-Vorpommern

Wismarsche Str. 190
PF 01 02 43, 19002 Schwerin
Tel. 03 85 / 56 29-16/-20, Fax -22
gl.schwerin@t-online.de

Regionalbüro: Hinter der Mauer 1
Lagebuschturm, 18055 Rostock
Tel. 03 81 / 497 98-0, Fax -29
gl.rostock@t-online.de

Büros: Bad Doberan, Neustadt-Glewe

Sachsen

Schützengasse 18, 01067 Dresden
Tel. 03 51 / 49 43-350, Fax -450
gl.dresden@link-dd.cl.sub.de

Regionalbüros:

Czornebohstr. 82, Sternwarte, 02625
Bautzen, Tel. 035 91 / 60-58 60, Fax
-70 50, gl.oberlausitz@link-l.cl.sub.de

Henriettenstr. 5, 09112 Chemnitz
Tel./Fax 03 71 / 30 44 70
gruene.liga-c@link-c.cl.sub.de

Obertorplatz 9, 01744 Dippoldiswalde
Tel. 035 04 / 61 85 85

ÖKOLÖWE, Bernhard-Göring-Str. 152
04277 Leipzig, Tel. 03 41 / 306 51-80
Fax -79, oekoloewe@hddl.de

IG Stadtökologie
Kleine Biergasse 3, 08056 Zwickau
Tel. 03 75 / 277 21-71, Fax -77

Johannishöhe, 01737 Tharandt
Tel./Fax 03 52 03 / 371 81
gl.johannishoeh@ipn-b.de

Sachsen-Anhalt

Immermannstr. 36, 39108 Magdeburg
Tel./Fax 03 91 / 732 97 22
gl.magdeburg@ipn-b.de

Regionalbüro:

Große Klausstr. 11, 06108 Halle
Tel./Fax 03 45 / 202 40 84
gl.halle@mp-halle.cl.sub.de

Thüringen

Goetheplatz 9b, 99423 Weimar
Tel./Fax 0 36 43 / 531 30
grueneliga.thuer@real-net.de

Regionalbüros:

Espachstr. 3a, 99094 Erfurt
Tel./Fax 03 61 / 225 17 35
grueneliga.erfurt@real-net.de

Schillergäßchen 5, 07743 Jena
Tel./Fax 036 41 / 44 93 04
grueneliga.jena@real-net.de

Bahnhofstr. 16, 98527 Suhl
Tel./Fax 036 81 / 72 00 10
grueneliga.suhl@real-net.de

Bundeskontaktstellen/ Facharbeitskreise

Atomenergie: Achim Weber, c/o GL
Dresden
Gentechnik: Inge Stenzel, c/o GL Halle
Gesteinsabbau: Uli Wieland,
Prof.-Virchow-Str. 8, 08280 Aue,
Tel. 03 71 / 83 21 72,
gl.gesteinsabbau@link-l.cl.sub.de
Internationales: Annette Baumann, c/o
GL Berlin
Ökolandbau und Tourismus: Matthias
Baerens, c/o GL Schwerin
Regionalentwicklung: Tomas Brück-
mann, c/o GL/Ökolöwe Leipzig
Verkehr: Inge Stenzel, c/o GL Halle
Wasser: Michael Bender, c/o GL Berlin

Eine Ansprechpartner/innen-Liste der
GRÜNEN LIGA ist in der Bundesgeschäfts-
stelle erhältlich

Kirchliches Forschungsheim

Wilhelm-Weber-Str. 1a,
06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel. 034 91-46 70 90, Fax -40 02 13
kfh.wittenberg@t-online.de

Michael Succow Stiftung

Borstellstr. 14, 12167 Berlin
Tel./Fax 030 / 79 41 01 46

NABU

Berlin

Hauptstr. 13, 13055 Berlin
Tel. 030 / 986-41 07, Tel./Fax -70 51
nabu.berlin@ipn-b.de

Brandenburg

Heinrich-Mann-Allee 93a
14478 Potsdam
Tel. 03 31-81 04 34, Fax -86 08 36
nabu-brandenburg@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Zum Bahnhof 24, 19053 Schwerin
Tel. 03 85 / 758 94-81, Fax -98
nabu.mv@t-online.de

Sachsen

Löbauer Str. 68, 04347 Leipzig
Tel. 03 41 / 233 31-30, Fax -33
lv@nabu-sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Schleiufer 18 a, 39104 Magdeburg
Tel. 03 91 / 561 93-50, Fax -49

Thüringen

Dorfstr. 15, 07751 Leutra
Tel. 036 41-60 57 04, -21 54 11
nabu-th@t-online.de

Weitere Büros und Gruppen von NABU
und Naturschutzjugend bei den Landes-
geschäftsstellen erfragen

ROBIN WOOD

Lindenallee 32, 16303 Schwedt
Tel. 033 32 / 25 20-10, Fax -11
rowo_magazin@umwelt.ecolink.org

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel./Fax 030 / 204 44 09

Umweltberatung Nordost

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel./Fax 030 / 204 44 16
gl.ubnordost@ipn-b.de

Umweltprojektwerkstätten

Berlin

Samariterstr. 32, 10247 Berlin
umprowe@ipberlin.berlinet.de

Brandenburg

Hauptstr. 33, 14806 Dahnsdorf
Tel./Fax 03 38 43 / 22 69

Mecklenburg-Vorpommern

Lange Str. 14, 17489 Greifswald
Tel. 038 34 / 89-75 14, Fax -45 23
projektwerkstatt@gryps.comlink.apc.org

Sachsen

Hüttendorf gegen die A17
Robert-Matzke-Str. 16, 01139 Dresden
Tel. 01 71 / 842 94 08

Thüringen

Schillergäßchen 5, 07745 Jena
Tel./Fax 036 41-42 63 91, -44 93 04
japs@japs-jena.de

Karl-Liebnecht-Str. 2, 07806 Neustadt/
Orla, Tel. 03 64 81 / 519 04

Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU)

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030 / 428-499 30, Fax -004 85
mail@ufu.de

Gr. Klausstr. 11 06108 Halle
Tel./ Fax 03 45 / 202 65 30
ufu.halle@t-online.de

WWF

Naturschutzstelle Ost

Schulstr. 6, 14482 Potsdam
Tel. 03 31 / 747 31-0, Fax -30
potsdam@wwf.de

Projektbüro Ostsee

Hiddenseer Str. 6, 18439 Stralsund
038 31-28 07 01, Fax -29 75 99

Projektbüro Elbe

Gerhard-Hauptmann-Str. 47
39108 Magdeburg
Tel. 03 91 / 731 59-75, Fax -76